

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1943.

Donnerstag, den 15. Dezember 1904.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die Insertions-Gebühr

Betrag für die sechsgeheilene Anstalts-
seite ober deren Raum 40 Pfg. für
politische und gesellschaftliche Vereins-
und Veranlassungs-Anzeigen 25 Pfg.
„Kleine Anzeigen“, das erste (zeit-
gedruckte) Wort 10 Pfg., jedes weitere
Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben
zählen für zwei Worte. Inserate für
die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr
nachmittags in der Expedition abgegeben
werden. Die Expedition ist an Wochen-
tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn-
und Feiertagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnement-Preis pro Nummer 1
Bierteljährlich 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus.
Einzeln Nummer 5 Pfg. Sonntags-
nummer mit illustrierter Sonntags-
beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-
abonnement: 1,10 Mark pro Monat.
Eingetragen in die Post-Zeitungs-
preisliste. Unter Kreuzband für
Deutschland und Oesterreich-Ungarn
3 Mark, für das übrige Ausland
4 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Quittung.

Im Monat November gingen bei dem Unterzeichneten folgende Parteibeiträge ein:

Nachen, D. W. 10.—, Berlin, Beiträge der Wahlkreise: 4. Kreis Südost 1000.— (darunter Vortrag Dr. F. in Ober-Schönebeide 3.—, zurückgezahlte Vierprozentige v. C. R. durch D. 6.—, Verkehrslos der Rauers, Raumnstr. 6 10.—, Wahlvereinsbeiträge durch Hadelbusch 1.—, A. C. Seibel 1.—, Hugo 1.—), 4. Kreis Ost 1000.—, 6. Kreis 2000.— (darunter verlängerte Sitzung 1,80, Mann aus dem Fond 2.—, rote Hochzeit Moabit R. J. 2,55, Vierprozentige v. d. Kollegen der Firma Schubert u. Werth, Sept. u. Okt. 40,15, Schulz 0,50, A. W. Mitter 1.—, Kranzüberich, 529, Bez. 4,50, Wendt, Lehrterstr. 3.—, durch Pöhl, Van Gradusstr. 2.—), Berlin, diverse Beiträge: R. W. 100.—, Gesammelt am Stammtisch Auguststr. 72, 3,55, Madetes 5.—, A.-G.-G. Brumenstr., Abt. Tischlerei, Ueberschuh v. Kranzpende 28,40, Freiwillige Beiträge eines Restaurateurs aus der Reubenburgerstr. d. S. Dunkel 3.—, „Junggefallen“ 10.—, Parteikasse der Arbeiter von Kardemann u. Co. 25.—, M. u. S. W. 10.—, Sechs Hutmacher, Königsstr. 27.—, Die Kontobuch-Arbeiter vom Wedding 5.—, Dr. P. A. 100.—, A. W. 50.—, P. S. 50.—, Zweidrittel der Tischlergesellen von Gagelstr., Baumhültenweg 7.—, für wiedererworbene Rechte 10.—, Pension zum Kampfe für Wahrheit und Recht 4.—, Von den Patienten der Heilstätte Grabowsee 10,50, Von den Arbeitern und Arbeiterinnen der Buchdruckerei Bortwirts, Abteilung Buchbinderei 15.—, S. C. W. 30.—, Verichterstattung vom Parteitag, Reuenhagen (Dübahn) 4.—, Alter Nordhäuser 5.—, Landpartie Gesangverein „Glohauge“ 4,30, Zur Stichwahl im Kreise Schwerin, aus Charlottenburg 15.—, Gemütliche Geburtstagsfeier b. A. Schulz, d. Frau Reich 1,80, Mitglieder d. H. - Dr. 4,20, Gutenberg 45.—, E. D. Subrau 1.—, A. Lu., Glogauerstr. 5.—, Bernburg, Wahlkreis Anhalt II 25.—, Bielefeld, C. Sch. 2.—, Vern 50.—, Bentzen (Oberchl.) von den Parteigenossen 4.—, Bielefeld, Geburtstagsfeier in der roten Ede 3,20, Bremen, Maschinenpersonal der „Bremser Bürgerzeitung“ 18,70, Breslau, sozialdemokr. Verein 150.—, Crefeld, Parteibeitrag des sozialdemokr. Volksvereins 100.—, Cottbus, R. Mühlh. 25.—, Donauwörthingen, 2. badischer Reichstags-Wahlkreis 10.—, Dittersdorf im Erzgebirge, rote Kindtaufe 2,40, Eilenburg, durch den Vertrauensmann 50.—, Erfurt, Wahlkreis Erfurt-Schl.-Riegeln, 25.—, Hallenberg (Oberhesseln) 3.—, Französisch-Buchholz, Geburtstagsfeier 1,20, Pärth, Wahlverein 20.—, Glogau, Wahlkreis, durch den Vertrauensmann 20.—, Gotha, durch den Vertrauensmann 30.—, Gießen, C. A. 10.—, Hamburg, 3. Wahlkreis 6000.—, Hohenstein-Ernstthal, C. P. 5.—, Hamburg, im Monat November im „Echo“ eingegangen 248,17, Hamburg, Klempnerwerkstatt Gierack, Seumestr. 4.—, Karlsruhe, gef. auf einer fidelem roten Hochzeit 2.—, Kattowitz, sozialdem. Verein 5.—, Ludenwalde, Wahlverein 100.—, Ludenwalde, Rufus 5.—, Langenbielau, v. Wahlverein durch d. Kreisvertrauensmann A. Rahn i. Oberl. 50.—, Leipzig, 12. u. 13. sächsischer Reichstags-Wahlkreis 2000.—, München, Waldfürer 5.—, Peterwaldau, v. Wahlverein durch den Kreisvertrauensmann A. Rahn 15,50, Regensburg, rote Hochzeit von G. 1.—, Roßburg-Hohenort, soziald. Wahlverein 50.—, Regensburg, sozialdemokr. Verein, 4. Quartal 10.—, Reichenbach i. Schl., vom Wahlverein durch den Kreisvertrauensmann A. Rahn 11.—, Stralburg im Eis, Altwater 5.—, Stuttgart, G. H. 10.—, St. Ilgen bei Heidelberg, sozialdemokr. Wahlverein 5.—, Solingen, durch das Kreiskomitee, 50.—, Schwabach, sozialdemokr. Wahlverein 10.—, Teltow-Beesow-Charlottenburg, Zentral-Wahlverein 5000.— (darunter von den Arbeitern Reugebauer u. Schibisch, Bau Viehhof 8,75, Dr. M. Albertin, München 10.—), Wandbeck, vom sozialdemokratischen Verein 500.—, Berlin, den 9. Dezember 1904.
Für den Parteivorstand: A. Gerisch, Kreuzbergstr. 30.

Die Bekämpfung der Wurmkrankheit durch Fälschung.

Der Zwischenfall in der Reichstags-Sitzung am Montag während der Vergarbeiter-Debatte bedarf einer besonderen Erörterung, weil der Sitzungsbericht des „Vorwärts“ den Tatbestand verzieht, natürlich ohne Schuld der Berichterstatter, da infolge des sensationellen Auftritts im Hause Unruhe entstand, die auf der Journalistentrübene störend wirken mußte. So kam es, daß der Bericht den Regierungsvertreter Oberberggrat Reuß den entscheidenden Satz aus dem Knappschaftlichen Jahresbericht nicht verlesen läßt.

Tatsächlich hat der Regierungskommissar den Satz verlesen, und gerade dadurch ergab sich die vom Genossen Sachsse hernach konstatierte Fälschung.

Die Sache liegt folgendermaßen: Im Jahresbericht des Bochumer Knappschaftsvereins pro 1903 wird seitens des Oberarztes Rodizinalrats Dr. Tenholt erklärt, es seien 22 992 Bergleute in 32 576 Fällen wegen Wurmkrankheit ärztlich behandelt worden; im Jahre 1902 waren nur 1872 Wurmkrankte in Behandlung. Diese dürren Zahlen besagen genügend für die entscheidliche Ausdehnung der Seuche.

Nun teilte Genosse Sachsse mit, der Oberarzt in Bochum schreibe, mindestens ein Drittel Wurmkrankte blieben ungeheilt, d. h. würden den Parasiten nicht los. Unserem Genossen entgegen der Oberberggrat Reuß, das sei nicht wahr, der Knappschaftsbericht nenne diese große Biffer ungeheilt nicht. Auf den Ruf: „Verlesen!“ nahm der Regierungskommissar den knappschaftlichen Jahresbericht vor und las tatsächlich den ganzen Absatz 5 auf Seite 87 a. a. D. vor, also auch den entscheidenden letzten Satz. Und wahrhaftig, die für unsere „Bekämpfung“ der Wurmflechte so charakteristische Angabe des Oberarztes war in dem Berichtsgemälde des Regierungskommissars nicht enthalten!

Nunmehr erhielt Sachsse das Wort und las aus seinem Berichtsgemälde folgenden Satz vor (ebenfalls Seite 87, Absatz 5):

„Nach den allgemeinen Eindrücken, welche in den Krankenanstalten gewonnen werden, ist anzunehmen, daß etwa ein Drittel, vielleicht noch mehr der Wurmträger durch Abtreibemittel vom Wurm nicht zu befreien sind.“

Natürlich große Sensation im Hause, denn gerade die von uns seit gedruckte Angabe fehlte in dem Berichtsgemälde, welches der Regierungsvorleser benutzt hatte! Der Herr blieb sprachlos. Sachsse fragte mit Recht, ob hier eine Fälschung vorliege und wer sie begangen habe. Ist es doch gewiß skandalös, daß in einem vor der Volksvertretung und der ganzen Welt regierungsgemäß benutzten Sanitätsbericht gerade diejenige Stelle nicht enthalten ist, die ein klares Bild gibt von der wahren Gefährlichkeit der Wurmflechte. Wer hat die Angabe ausgemerzt? Hat man der Regierung einen eigens für sie präparierten Bericht übergeben, damit sie im guten Glauben — ein Fälscherunterschieden zu entfallen dem Sozialdemokraten ermöglichte?

Sachsse benutzte einen „Entwurf“ des Berichtes. In der vorletzten Vorstandssitzung des Bochumer Knappschaftsvereins machte ein Arbeitervertreter aufmerksam auf die nunmehr berichtigt gewordene Verichterstattung und forderte erneute Beratung der gegen die Seuchengefährdung ergriffenen Maßregeln. Darauf beantragte der Vertreter Vergarbeiter Lütjens die ominöse Stelle — zu streichen! Also eine hochwichtige, ja entscheidende Kundgebung des verantwortlichen Oberarztes sollte unterschlagen werden. Auch wenn sie nicht richtig wäre, so hat sie doch als Ansicht des leitenden Arztes, zumal einer Autorität wie Dr. Tenholt, Anspruch auf allseitige Beachtung und durfte unter keinen Umständen unterdrückt werden. Dies erklärten auch die Arbeitervertreter im Knappschaftsvorstande, lehnten einstimmig den Antrag Lütjens ab, und da Stimmengleichheit laut Geschäftsordnung Ablehnung bedeutet, so durfte der Text des „Entwurfes“ nicht geändert werden.

Wie kommt nun der Regierungskommissar zu einem Knappschaftsbericht, in dem der entscheidende Text doch geändert ist? Der hat nach dem Vorbild des französischen Abenteurers in „Wimma v. Barnhelm“ das „Glück korrigiert“. Der brachte die Regierung vor aller Welt in die für sie doppelt peinliche Lage, sich von einem Sozialdemokraten auf einem offenbar gefälschten Sanitätsbericht festnageln zu lassen? Das ist nun die Frage, auf die am Montag der gänzlich verblüffte Regierungskommissar keine Antwort gab.

Zweifellos werden zunächst die Arbeitervertreter im Bochumer Knappschaftsverein die Verwaltung fragen, ob sie nicht weiß, woher die zweierlei Berichte stammen. Es liegt durchaus im öffentlichen Interesse, den Ausgang dieses unerhörten Skandals festzustellen.

Rachschiff. Der Fall zeitigt immer neue Rätsel. Soeben erhalten wir das amtliche Stenogramm der Montags-Sitzung. Wir ersehen daraus, daß eine höchst merkwürdige Veränderung mit der Rede des Regierungskommissars vorgegangen ist! Während nämlich das von dem Herrn vorgelesene wörtliche Zitat aus dem Knappschaftsbericht in seinem überwiegenden Teile wie gebührend „eingezogen“, d. h. als ein wörtliches Zitat kenntlich gemacht ist, bricht der Einzug gerade an der Stelle ab, wo die Verichterstattung beginnt, auf der es bei dem oben besprochenen Zwischenfall ankam! So macht nun das stenographische Protokoll den Eindruck, als ob der Regierungskommissar den entscheidenden Satz nicht wörtlich vorgelesen, sondern in freier Rede vorgetragen habe! Natürlich wird hierdurch für den nicht in der Reichstags-Sitzung anwesenden Leser des Stenogramms der ganze Vorgang unverständlich, die Möglichkeit ist auch geschaffen, das, worauf es ankommt, als nicht dem Knappschaftsbericht entnommen anzusehen. Sonst sind alle anderen wörtlichen Zitate aller Redner durch Einzug als Zitate kenntlich gemacht, um so auffälliger ist, daß gerade das Zitat des Herrn Reuß an der entscheidenden Stelle abbricht! Wir stellen deshalb ausdrücklich fest, daß Herr Oberberggrat Reuß auch den nunmehr im Stenogramm nicht gekennzeichneten Satz wörtlich aus dem Knappschaftsbericht zitierte! Vielleicht erkundigt sich der Herr Regierungskommissar, wie die außerordentlich merkwürdige Zitatenverfälschung zustande kam.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 14. Dezember.

Militärpensionen.

Der Reichstag begann Mittwoch seine Sitzung erst um 2 Uhr, da viele seiner Mitglieder an dem Begräbnis des verstorbenen nationalliberalen Führers Dr. Hamacher teilgenommen hatten. Auf der Tagesordnung standen die beiden Vorlagen, die unter dem gemeinsamen Namen des Militärpensions-Gesetzes zusammengefaßt werden. Kriegsminister v. Einem begründete den Entwurf. Das heißt, er machte sich die Begründung sehr leicht. Namentlich vermied er es konsequent, die höchst unbedeuten Deckungsfrage zu berühren, während er um so freigelegter mit den gewohnten Lobeshymnen auf unser herrliches Kriegsheer umsprang.

Nach ihm redete in ermüdender Weitschweifigkeit der Nationalliberale Graf Oriola, der, soweit seine hoch-agrarischen Bestrebungen ihm dazu Zeit lassen, in der Bearbeitung oder doch Besprechung dieser Frage seine Hauptaufgabe erblickt. Der interessanteste Punkt der Rede des nationalliberalen Grafen war seine begeisterte Anpreisung der Wehrsteuer. Nicht oppositionell geberdete sich der Zentrums-Abgeordnete Sped, zolltarifrischen Angedenkens. Wenn man den Worten des ultramontanen Redners Glauben schenken darf, so hat das Zentrum die Absicht, mit der

Vorlage eine gründliche Abstellung des Unwesens der frühzeitigen und unmotivierten Offizierspensionierungen zu verbinden. Auch will das Zentrum die Vorlage, die es an die Budgetkommission verwiesen wünscht, nur unter gleichzeitiger Regelung der Deckungsfrage bewilligen. Freilich: es war die erste Lesung. Bei den zweiten Lesungen stellt sich's gewöhnlich im Zentrum anders. — Kriegsminister v. Einem antwortete sofort. Aber sehr ungenügend. Bergens suchte er den Mißstand der massenhaften Offizierspensionierungen zu beschönigen. Der Luxus ist nach Herrn v. Einem in die brave Armee aus den bösen Kommerzienratstreffen eingeschleppt worden. Mit der Deckungsfrage sich zu beschäftigen, hielt der Kriegsminister wieder unter seiner militärischen Würde.

Genosse Gradnauer, der für unsere Partei zu der Vorlage sprach, begann mit zwei scharfen Seitenhieben auf den Kriegsminister und den Zentrumsredner. General v. Einem mißbilligt zwar den Luxus in der Armee, läßt ihn aber ungehindert fördern, besonders in den Garde-Regimentern, durch das Beispiel, das hochstehende Personen geben. Und der Zentrumsredner mag immerhin die Zustimmung seiner Partei angesichts der schlechten Finanzlage von der vorangehenden Deckungsfrage abhängig machen. Seine Partei trägt doch mit an der Schuld wie für die schlechte Finanzlage, so dafür, daß nicht schon vor Jahren, in besseren Zeiten ausreichend für die Invaliden gesorgt worden ist. — Der Kritik des Gesetzes schied unter Redner dann eine Darlegung unseres prinzipiellen Standpunktes voraus. Trotz aller Feindschaft gegen den Militarismus und trotz aller Sozialistenfresserei, die von den Herren Offizieren in der Instruktionssunde getrieben wird, wird die sozialdemokratische Partei alle gerechten Ansprüche der Offiziere ebenso wie der Mannschaft zu erfüllen streben, da sie die Personen nicht die Fehler des Systems entgelten lassen will. Freilich ist in der Vorlage der Gesichtspunkt, von dem aus der Reichstag die Regelung der Pensionen bisher betrachtete und von dem aus sie auch betrachtet werden muß, völlig verhöhnt: das militaristische Prinzip der „Verjüngung der Armee“ ist an Stelle des Strebens getreten, den Dienstunfähigen eine angemessene Entschädigung für den Wegfall des Gehaltes, der Befoldung, zu gewähren. Und wie bei den Offizieren die Willkürhaftigkeit der „Abfägung“, so muß bei den Mannschaften die Willkür bei der Erteilung des Zivildienstbescheides und bei der Zurechnung der Rente aus der Vorlage ausgeschlossen sein, ehe unsere Fraktion dafür eintreten kann. Dann wird sich auch unter Zurückdrängung der übermäßigen Ansprüche der höheren Chargen besser für die einfachen Soldaten und die verabschiedeten Offiziere der unteren Rangstufen sorgen lassen. Die Deckung der dadurch notwendigen Ausgaben kann, so meinte Genosse Gradnauer, einem so geschickten Manne wie dem Reichskanzler keine Schwierigkeiten machen. Wie er in Spärbrechen erfolgreich die Sozialdemokratie bekämpft, wird eine Ansprache an die Bourgeoisie genügen, um diese für Reichseinkommens-, Vermögens- und Erbschaftssteuern zu begeistern. Der Kriegsminister brauchte ihn nur dazu aufzufordern.

Aber der lehnte in seiner unbedeutenden Entgegnung künglich diese Aufgabe ab. Ihm genügt es, unerschütterlich das Recht des obersten Kriegsherrn auf Verabschiedung dienstfähiger Offiziere zu wahren. Die Darstellung unseres Redners über die Pensionierung des Generals v. Kreßmann erklärte er zwar tapfer als „Phantasie“, aber er umging weislich die entscheidenden und unabweisbar festgestellten Tatsachen.

Nach einigen Zustimmungsworten des konservativen Abg. v. Nassow, der eine besondere Kommission für die Vorlage wünschte, wurde die Weiterberatung auf Donnerstag vertagt.

Puttkamer überrempft?

Bekannt ist noch der sogenannte Puttkamer'sche Streikerlah, der die Polizeibehörden anties, gegen Handlungen, die an sich nicht strafbar sind, aber dem Unternehmertum unbedeuten zu sein pflegen, wie das Streikpostenflehen und das Ueberreden Arbeitswilliger zur Teilnahme an Streiks, mit aller Gewalt einzuschreiten.

Wie unser Oberfelder Bruderblatt mitteilt, soll sich Herr Schünstedt durch einen ähnlichen Erlaß in der Arbeiterchaft ein Andenken für alle Zeiten gesichert haben. Wie nämlich dieses Blatt mitteilt, hätte der Justizminister eine generelle Anweisung gegeben, überall da, wo es irgend angängig ist, den Landfriedensbruch-Paragrafen zur Bekämpfung des Streikpostenflehens in Anwendung zu bringen!

Ist das richtig, so erklärt das vielleicht zum Teil die geradezu erstaunliche Häufung von Landfriedensbruch-Prozessen, die erregte Eigenen bei der Veranschaffung von Arbeitswilligen zur Ursache haben. Es bedarf wohl dringend der Auffklärung, ob dem zweifellos vorhandenen System, die Streikposten durch Schutzmannschaften von den Arbeitswilligen fernzuhalten, um ihnen dann, wenn sie nicht schnell genug von ihrer Arbeiterpflicht absteigen, auch noch Prozesse schlimmster Art anzuhängen, eine Anordnung von oben zugrunde liegt!

Zu dem Geesemänder Prozeß hat Herr Rechtsanwält Riller-Verden Revision eingelegt, weil am zweiten Verhandlungstage die Hauptverhandlung nicht formell eröffnet wurde.

Auslieferung von Deserteurern!

Die Auslieferung von Militärverpflichtungen ist aus dem Recht und der Praxis aller Kulturen, bezieht, nur Preußen liefert nach wie vor Deserteurern, wenn auch nur an Rußland, aus, und das Verfahren ist um so schmerzlicher, wenn auch nur einmal durch Gesetz be-

gründet ist, sondern durch eine im tiefsten Grunde verlogene Vermischung der Begriffe der Auslieferung und Ausweisung lediglich in das Reich der Polizeivillkür gebracht ist. Freiherr v. Hammerstein hat am Sonnabend im preussischen Abgeordnetenhaus einen Vortrag über das preussische Fremdenrecht gehalten, der in jener Weise, die jetzt immer mehr üblich wird, in der Form wahrhaftiger Aufklärung in Wirklichkeit an der Wahrheit vorbeigehet. Herr v. Hammerstein stellte als Grundsatz voran, daß kein russischer Deserteur ausgeliefert wird. Darüber verbreitete er sich sehr weitläufig und mit starkem und humanitärem Pathos. „Es war früher Rechts“, so führte er aus, „daß gerade Desertore in erster Linie der Auslieferung unterlagen. Die ersten Verträge, die moderne Staaten im 18. Jahrhundert schlossen, betrafen fast ausschließlich Desertore. Das hat sich erfreulicherweise im Laufe der Zeit geändert.“ Auch ein ähnlicher Martellvertrag zwischen Preußen und Rußland sei 1869 oder 1870 abgelaufen und nicht mehr erneuert worden. „Seitdem ist kein Deserteur jemals nach Rußland ausgeliefert, und wenn ein deraartiger Fahnenflüchtiger außerdem noch ein anderes gemeinsames Vergehen oder Verbrechen sich zu schulden kommen lassen, so wird die Auslieferung jetzt nach dem Grundsatz der Spezialität von der Zustimmung abhängig gemacht, daß er wegen militärischer Vergehen nicht zur Verantwortung gezogen wird.“

Welcher Kulturfortschritt in Preußen, welche humane Anschauung! Preußen liefert also nicht nur nicht Desertore aus, sondern wenn es sie aus einem anderen Grunde ausliefern muß, so scheint es keine Mühe, noch Rußland die besondere Verpflichtung aufzuerlegen, wegen des militärischen Vergehens nicht zu strafen. Das ist der Vorderfuß des Herrn v. Hammerstein!

Wird aber nun wirklich kein Deserteur ausgeliefert? Unfinn! Nur Desertore, die so glücklich sind, auch auslieferungsfähige Verbrechen begangen zu haben, werden wegen der militärischen Vergehen nicht ausgeliefert. Alle übrigen russischen Militärflüchtlinge laufen Gefahr, ausgeliefert zu werden, nur nennt Herr v. Hammerstein das nicht mehr Auslieferung, sondern Ausweisung an die russische Grenze. Die Ausweisung an die russische Grenze hat nämlich den Vorzug vor der Auslieferung, daß im Effekt die gleiche Brutalität erreicht wird, wie bei der Auslieferung, daß man aber dabei seine diplomatischen und rechtlichen Verhandlungen braucht, sondern daß die Polizei allein alles in der Stille abmachen kann. Herr v. Hammerstein berief sich auf ein Abkommen vom Jahre 1894 und rühmte diesem Abkommen als Vorzug nach, daß es nicht eine Erschwerung des Ausweisungsverfahrens darstellt, sondern eine Erleichterung. „Es ist“, so führte er wörtlich aus, „verabredet worden, daß dann, wenn die Staatsangehörigkeit ohne Zweifel feststeht, nicht der diplomatische Weg eingeschlagen sei, sondern ein direkter Verkehr zwischen den Grenzbehörden stattfinden kann. Von diesem Uebereinkommen wird in zahlreichen Fällen Gebrauch gemacht.“

Wie mit anderen Worten: Kein Deserteur wird ausgeliefert, aber Desertore werden kraft des Abkommens von 1894 im Uebereinkommen nach Rußland gebracht! Wann erfolgt nun diese Uebnahme, d. h. die jedes Völkerrecht verletzende Auslieferung in der Form der Ausweisung? Die Uebnahme erfolgt in der Regel, wenn es sich um „Bettler, Landstreicher und Gesindel“ handelt. Gerügt also die preussische Polizei, Desertore als Bettler, Landstreicher und Gesindel zu betrachten, so werden diese Desertore ausgeliefert. Aber freilich, Herr v. Hammerstein beharrt auf seiner humanen Gesinnung. Er hat angeordnet, daß solche russischen Desertore nicht an russische Behörden ausgeliefert werden sollen, „wenn sie sich freiwillig über eine andere Grenze, Oesterreich oder welche sie wollen, entfernen.“

Was sollen wir nun annehmen? Desertore, die keinen Paß haben — Herr v. Hammerstein hat ausdrücklich erklärt, daß für die aus Rußland kommenden Reisenden, und nur für diese, in Preußen eine Paßpflicht besteht — laufen also doch wohl nicht Gefahr, ausgeliefert zu werden, wenn sie den Willen und die Mittel haben, irgend eine andere Grenze zu überschreiten. Herr v. Hammerstein hat aber diesen Grundsatz wiederum nur aufgestellt, um ihn durch einen anderen wieder aufzuheben; denn er fügte, indem er von der Wallin-Praxis sprach, hinzu, es sei mit den beiden deutschen Schiffahrtsgesellschaften verabredet worden, daß alle russischen Auswanderer wegen der Seuchengefahr an der Grenze in eine sogenannte Kontrollstation aufgenommen, in dieser untersucht werden und ihre Weiterreise nur dann gestattet wird, wenn sie gesund sind.“

Wir haben somit drei Sätze des Polizeiministers, deren jeder den anderen wieder aufhebt. Erstens: russische Desertore werden niemals ausgeliefert; zweitens: russische Desertore werden nur dann nicht über die russische Grenze gebracht, wenn sie Deutschland über irgend eine andere Grenze freiwillig verlassen; drittens: russische Desertore müssen als Auswanderer in die Kontrollstation. Die letztere Notwendigkeit aber beweist, daß russische — wenigstens zahllose — Auswanderer eben nicht die Grenze frei wählen können, sondern daß sie gezwungen sind, in den Kontrollstationen sich durch Schiffspraktikanten der deutschen Reedereien loszulassen. In der Zeit der Konkurrenzläufe zwischen Ballin und Biegand auf der einen und der Cunardlinie auf der anderen Seite wurden die sämtlichen Kontrollstationen sogar dazu mißbraucht, um die in sie eingelieferten Russen zur Lösung deutscher Schiffarten nach Amerika zu zwingen, ohne daß ein Staatsanwalt bisher gegen diese gewerbsmäßige Expresse eingegriffen wäre. Seitdem die deutschen Reedereien sich mit der Cunardlinie geeinigt haben, wird zwar noch immer versucht, die Gefangenen den Kontrollstationen zur Lösung nach Rußland nach Amerika zu zwingen, aber ständige Praxis ist doch nur noch, sie zu veranlassen, sich wenigstens mit Karten nach London loszulassen. Es ist also nicht wahr, daß russische Desertore die Grenze frei wählen können, sie müssen vielmehr zur See mit deutschen Schiffen die Grenze verlassen. Haben sie die Mittel dazu nicht, so werden diese Desertore ausnahmslos nach Rußland ausgeliefert.

Es steht fest, daß tatsächlich nach wie vor russische Militärflüchtlinge, die keinen Paß haben — und alle Militärflüchtlinge sind ohne Paß — entweder an Rußland ausgeliefert werden (man nennt dies Uebnahmeverkehr), oder aber sich dazu herbeilassen müssen, ihre ersparten Kopfen den deutschen Reedereien zu lassen. In keinem Lande der Welt ist eine solche Praxis denkbar, noch weniger wäre ein Minister denkbar, der in solcher Weise diese Praxis zu verhüllen sucht.

Gegenseitigkeit.

Die freisinnigen und süddeutschen Volksparteier haben im Reichstag, wie schon erwähnt, einen Antrag eingebracht, der das Gegenseitigkeitsverhältnis im Strafgesetzbuch sowie das Auslieferungswesen reichsgesetzlich regeln will. Daß die Auslieferungsverträge nur von Reichswegen abgeschlossen werden sollen, wie die Freisinnigen verlangen, dem können auch wir zustimmen. Dagegen sind die freisinnigen Wünsche über die Bestimmungen der Gegenseitigkeit äußerst bedenkliche Halbwahrheiten. Der Antrag will, daß die Gegenseitigkeit nur nach ordnungsmäßig veröffentlichten Staatsverträgen und nur solchen Staaten gewährt wird, welche nach ihren eigenen inneren Verfassungen an ihren Rechts-

bürgung der Gegenseitigkeit im Sinne der erwähnten Bestimmungen gewährleisten können.

Das ist eine vollkommen unklare und vieldeutige Formulierung, die keineswegs geeignet ist, eine Besserung des Rechtszustandes herbeizuführen. Das ganze Gegenseitigkeitsverhältnis der Staaten ist reaktionären Ursprungs, es wurzelt in dem Gedanken der heiligen Allianz, in der Solidarität der Dynastien. Demokratischen Republiken sind solche Gegenseitigkeitsbeziehungen niemals bewilligt worden. Der § 103 des heutigen deutschen Strafgesetzbuchs beweist schon allein den reaktionären Grundcharakter aller Gegenseitigkeitsverträge. Er bestraft nämlich zwar die Majestätsbeleidigungen fremder Monarchen, sofern die Gegenseitigkeit verbürgt ist, aber er überläßt die republikanischen Oberhäupter getrost ihrem Schicksal; die kann man beleidigen, soviel man will.

Niemand kann nun sagen, was denn das für Rechtseinrichtungen sein sollen, die vorausgesetzt werden müssen, um Gegenseitigkeit zu verbürgen. Es gibt nur ein Mittel, um diese Strafbestimmungen der heiligen Allianz erfolgreich zu reformieren: man muß sie ganz und gar streichen.

Das reaktionäre Deutschland hat sicherlich kein Interesse daran, etwa mit Frankreich oder mit Amerika einen Vertrag abzuschließen, der diese Staaten gegen monarchischen Hochverrat zu schützen anstrebt. Dagegen wird man sehr gern das Gegenseitigkeitsverhältnis der dynastischen Syndikate aufrecht erhalten und verschärfen. Es ist seltsam, daß die Freisinnigen diese einzige Absicht der Gegenseitigkeits-Gesetzgebung auf staatsrechtlichem Gebiete nicht durchschauen; sonst würden sie nicht auf den unglücklichen Gedanken gekommen sein, Strafbestimmungen, die vom Standpunkte der Demokratie aus durchaus verwerflich sind, reformieren zu wollen und sie dadurch zu konservieren.

Der Semstwo-Kongreß und die Amnestierung der politischen „Verbrecher“.

Den Wortlaut des Beschlusses des Semstwo-Kongresses betreffend die Neuordnung der politischen Verhältnisse Rußlands haben wir bereits mitgeteilt. Es war dies übrigens, wie wir gegenüber Betrachtungen ausländischer Blätter mitteilen wollen, der vollständige und genaue Wortlaut, während die Nachrichten bürgerlicher Blätter zensuriert waren. Nunmehr sind wir auch in der Lage, den Wortlaut der Resolution desselben Kongresses mitzuteilen, die die Notwendigkeit einer Amnestie für Staatsverbrechen betont. Diese Resolution lautet folgendermaßen:

„Ausgehend von der Erkenntnis, daß der Erlaß betreffend Maßnahmen zum Schutze der Staatsordnung und Ruhe vom 14. August 1881 einer der Umstände ist, der hauptsächlich den Boden für die administrative Willkür und für die Unzufriedenheit der Gesellschaft schafft und dadurch ein gegenseitiges Vertrauen und eine Einigung der Regierung mit der Gesellschaft verhindert, erachtet die Beratung die sofortige Aufhebung des genannten Erlasses für erforderlich. Außerdem hält die Beratung mit Rücksicht darauf, daß das auf den erwähnten Erlaß gegründete System der administrativen Repressalien, das in der letzten Zeit mit besonderer Stärke Anwendung fand, eine große Menge von Opfern administrativer Willkür zur Folge hatte, die verschiedenen Strafen und Rechtsbeschränkungen unterworfen wurden, für ihre Pflicht, sich für die vollständige Befreiung von allen Strafen auszusprechen, die auf administrativem Wege auferlegt worden sind. Zugleich spricht die Beratung die Hoffnung aus, daß durch einen Gnadenakt gegenüber Personen, die in politischen Angelegenheiten zu Strafen verurteilt worden sind, die souveräne Gewalt dem Lande Befriedigung gewährt wird.“

Deutsches Reich.

Gärung im Ruhrrevier.

Aus dem Ruhrgebiet meldet uns ein Privattelegramm: Die Lage ist sehr ernst. Die Velegenschaft von „Bruchstraße“ hält morgen Versammlung ab, weil die Einführung der Teilfabrikverlängerung erneut angekündigt ist. Auch die polnische Vergarbeitsvereinigung nimmt Stellung. Auf Zeche „Hagenbeck“ bei Essen will Velegenschaft die Wiedereinstellung des gemahregelten Vertrauensmannes erzwingen, wenn nicht anders, dann durch Streik. Sonntag finden mehrere Versammlungen im Essener, Oberhausen, Vochumer und Dortmund Bezirk statt, um Forderungen an die Grubenverwaltungen zu formulieren.

Das Abmahren der Bergarbeiter vom Streik wird von den erregten Arbeitern „Feigheit“, „Reisetreterei“ genannt.

Von der Stimmung unter den Vergarbeitsern redet das folgende Gedicht:

Taub und blind.

Da unten tief in den Schächten und Stollen,
Da brüht es wieder mit dumpfem Grollen,
Da ballen sich wieder die Wetter dicht,
Sie aber achten und merken es nicht —
Und lassen die Löhne nur niedersinken
Und lassen die Strafen nur wiederpressen,
Und mullen die Wagen, die Bergmannsfluch
Ru Tage gefördert mit Bergmannsfluch.
Sie hören nicht, was schon so mancher hört,
Sie sehen nicht, was schon so mancher sieht,
Der schändliche Goldgubst hat sie betört,
Das tolle Hasten nach Mehrprofit.
Und wenn der Mele sich wieder redt,
Zu Ende geht auch die Streckgeduld —
Und wenn er wieder die Zähne blekt,
Sie tragen einzig allein die Schuld.

Das „Alibi“ des Justizministers. Es ist schon darauf hingewiesen worden, daß der preussische Justizminister, wie das in seinem von ihm verwalteten Ressort — allerdings nicht bei den Beamten, sondern bei den Objekten der Justizpflege — üblich ist, sich ein kunstgerichtetes Alibi zu verschaffen gesucht hat. Er leitete seine Gesandnisse über den Königsberger Prozeß damit ein, daß er die Gerichtsakten nicht kenne, um auf diese Weise jede unrichtige Anklage oder bedenkliche Anklage von vornherein zu entschuldigen. Wir lassen es ganz dahin gestellt, ob es mit den Amtspflichten des Justizministers vereinbar ist, auf die Kenntnis der Prozeßakten künstlich zu verzichten, jedenfalls hat nach dem Vorgang mancher Angeklagter zu viel auf sein Alibi geladen.

Zu den schwersten Vorwürfen gegen das Vorverfahren gehört die Vorenthaltung des Anklagematerials, das sowohl die Angeklagten wie die Verteidiger niemals gesehen haben. Dagegen bemerkte der Justizminister: Wenn es richtig sein möchte, daß die Schriften selbst den Angeklagten und ihren Verteidigern nicht rechtzeitig vorgelegt und sie dadurch in ihrer Verteidigung gehindert worden sind, dann würde ich es im höchsten Grade bedauern; ich weiß es nicht, ob dem so ist, da, wie ich schon gesagt habe, die Gerichtsakten mir nicht vorgelegt haben.

Die gegen die Justiz erhobene Anklage geht erstens nicht dahin, daß das Anklagematerial nicht rechtzeitig vorgelegt worden sei,

sondern daß es überhaupt nicht vorgelegt worden ist. Sodann aber benötigte es durchaus nicht der Kenntnis der Gerichtsakten, um den Justizminister über diese unerhörte Rechtsverletzung zu unterrichten; denn bereits im Januar dieses Jahres hat der Verteidiger Haase im Reichstag auf diesen Umstand hingewiesen und es war damals der Zentrumabgeordnete Spahn, der meinte, wenn dem so wäre, so ließe sich das Verfahren durch nichts entschuldigen. Seit dem Januar dieses Jahres ist also die Behauptung aufgestellt worden, die der Justizminister als dunkles, nicht kontrollierbares Gerücht jetzt noch behandelt.

Es ist ihm weiter im Reichstag schon im Anfang dieses Jahres mitgeteilt worden, daß er ja persönlich telegraphisch über die Rechtsverletzung unterrichtet worden sei. Im Prozeß selbst ist wiederholt, sogar zur großen Ueberraschung des Vorsitzenden, von dieser beispiellosen Vorenthaltung des Anklagematerials die Rede gewesen und Herr Schönstedt hat, wie aus seinen weiteren Ausführungen hervorgeht, die Prozeßberichte wohl verfolgt. Trotzdem behauptet er noch jetzt, er könne über diesen Vorwurf nichts sagen, weil ihm die Gerichtsakten nicht vorgelegt haben. Es scheint somit, als ob der Justizminister den Inhalt der Gerichtsakten so genau — ahnt, daß er wohl weiß, wie sehr die Kenntnis kompromittierend wäre und daß er darum seit fast einem Jahre feststehende Tatsachen noch immer wie ein Ungefährt und Nichts, über das er nichts wissen könne, behandelt — mangels der Aktenkenntnis!

Stichwahltag in Lippe-Detmold. Wie uns aus Detmold telegraphisch wird, hat bei der Stichwahl im ersten Landtagswahlkreis Genosse Audeker mit 759 gegen 623 Stimmen, die auf den Nationalsozialen Reumann-Hoyer (Biesfelder Hofpartei) fielen, gesiegt. Der Wahlkreis war bisher freisinnig vertreten, er umfaßt die Städte Detmold, Horn und Lage.

Zur Stichwahl in Jerichow.

Diesen Freitag findet die Stichwahl im Reichstagswahlkreis Jerichow I und II statt. Es gilt für unsere Partei, dabei alle Kräfte aufzubieten. In Berlin und Umgegend arbeiten viele Parteigenossen, die in diesem Kreise ihren Wohnsitz haben und daher dort wahlberechtigt sind. Wir fordern diese Parteigenossen auf, soweit sie es irgend ermöglichen können, am Wahltag nach Hause zu fahren und ihre Wahlpflicht zu erfüllen. Bei der Hauptwahl sind eine ganze Anzahl hier arbeitender Parteigenossen zu Hause geblieben. Möchten sie wenigstens jetzt das Opfer bringen.

Eine Probe auf die Arbeiterfreundlichkeit des Zentrums wollen unsere Parteigenossen in Köln machen. Sie haben in der Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins Köln-Stadt am 12. Dezember beschlossen, an den Oberbürgermeister und die Stadtverordneten-Versammlung folgende beiden Anträge zu stellen: 1. Bei den Wahlen zur dritten Abteilung der Stadtverordneten-Versammlung sind in Zukunft auch diejenigen Einwohner wahlberechtigt, die zwar, weil sie weniger als 900 M. Einkommen haben, weder Staats- noch Gemeindesteuern zahlen, jedoch zu einem Einkommen von 600 bis 900 M. veranlagt sind und im übrigen die Bedingungen des § 5 der rheinischen Städteordnung erfüllen. Die veranlagte Steuer wird nicht erhoben. 2. Die Wahlen erfolgen nach Stadtbezirken (statt bisher gemeinsam für die ganze Gemeinde in einem einzigen Wahlbezirk).

Hier hat das Kölner Zentrum die Möglichkeit, zu zeigen, ob die auch aus seinen Reihen erhobenen Klagen über die Härten und Ungerechtigkeiten des Dreiklassenstems ernst zu nehmen sind. Hier hat es die Möglichkeit, einige dieser Ungerechtigkeiten ein wenig zu mildern. Denn im Kölner Rathaus hat das Zentrum die Mehrheit. Vor zwei Jahren hat das Kartell der christlichen Gewerkschaften in Aachen, wo das Zentrum fast 9 wahlberechtigte Mehrheit besitzt, ebenfalls den Antrag auf Erhebung des Wahlgewinns auf das gesetzliche Mindestmaß gestellt. Die Stadtverordneten-Versammlung lehnte aber den Antrag mit 21 gegen 14 Stimmen ab. Gegen den Antrag des christlichen Gewerkschaftskartells stimmten sechs Zentrums-Stadtvorordnete, so daß der Antrag mit Hälfte der „Liberale“ zu Fall kam. Ein Zentrums-Stadtvorordneter beschuldigte einen Teil seiner Parteigenossen: sie hatten nur für den Antrag gestimmt, weil sie seiner Ablehnung sicher gewesen seien.

Landesverrat. Aus Leipzig wird telegraphiert: Vor dem vereinigten zweiten und dritten Strafsenat des Reichsgerichts wurde der Landesverrats-Prozeß gegen den 47jährigen früheren Freiseur Hense aus Zurenburg, zuletzt in Rancy wohnhaft, verhandelt. Hense hat durch Vermittelung des französischen Grenzkommissars Venner den früheren Zeugnisdoppel Schätze mit dem Spionagechef in Rancy, Hauptmann Nauhin, in Verbindung gebracht. Letzterer verlangte von Schätze Auskunft über Geschäfte und versprach für ein Buch 500 Mark. Der Angeklagte interessierte sich sehr für die Angelegenheit. Schätze, der als Zeuge vernommen wurde, bekundete, daß er Nauhin nichts geliefert habe, sondern nur zum Schein auf dessen Anerbieten eingegangen sei.

Am 12. Uhr wird die Öffentlichkeit ausgeschlossen. Das Urteil lautete auf zwei Jahre Zuchthaus, fünf Jahre Ehrverlust, Stellung unter Polizei-Aufsicht und Zahlung der Kosten des Verfahrens. Als strafmildernd galt erstens, daß der Angeklagte noch unbestraft ist, und zweitens, daß seine Handlung nur ein Versuch war, als strafverschärfend die große Energie, mit der die Ausführung des Verbrechens in Aussicht genommen war, und der Umstand, daß Hense dem Zeugen Schätze genaue Instruktionen gegeben hatte.

Eingelockt werden die Münchener Schupleute, die sich vor einiger Zeit an der ersten Schupmänner-Versammlung beteiligten, die belamlich angefaßt wurde. Die Leute erhielten Zimmerarrest bis zu 4 Tagen bezw. Einzelarrest bis zu 3 Tagen dinstert. Die Höhe der Strafe richtet sich nach der Energie, mit der jeder einzelne sich in seiner schriftlichen Rechtfertigung verteidigt hat. Von sämtlichen davon betroffenen Schupleuten wurde gegen diese Strafverfügungen Beschwerde eingelegt.

In welcher Weise sich die Verhältnisse bei der Münchener Schupmannschaft entwickeln, zeigt die Tatsache, daß sich zahlreiche Schupleute zum Uebertritt zur Gendarmerei gemeldet haben, obwohl dort die Bezahlung schlechter und der Dienst schwieriger und obwohl die Gendarmerei militärisch organisiert ist. Wenn das Kommando der Schupmannschaft meint, durch sein Vorgehen Beschwerden der Mannschaften über vorhandene Mißstände unterdrücken zu können, so wird es sich schwer täuschen.

Großherzogtum Sachsen-Weimar, 14. Dezember. (Eig. Ver.) Eine rühmliche Ausnahme unter den gegenwärtigen politischen Verhältnissen in unserem Lande, wo Bürgermeister, die nicht einmal richtig schreiben können, nach der bekannten Schablone wegen Gefahr für die öffentliche Ordnung und Sicherheit ohne jede weitere Begründung sozialdemokratische und gewerkschaftliche Versammlungen verbieten, macht ein Dorfbürgermeister. Er hat die von dem Bürgermeister in Blankenhain verbotene Porzellanarbeiter-Versammlung, in welcher die Genossen Zieg aus Hamburg sprechen sollte, in seinem 1/4 Stunde von Blankenhain entfernten Dörfchen ungehindert stattfinden lassen. Deshalb wurde dieser Bürgermeister in dem dortigen Kreisblättern angerepelt; nunmehr veröffentlicht das Kreisblättern folgende Aufschrift des Bürgermeisters:

„An die Redaktion des Blankenhainer Kreisblattes.“
An dem von Ihnen in Nr. 144 des „Bl. Arb.“ gebrachten Lokalbericht über die in Blankenhain verbotene und am vergangenen Montag abend in Schwarzburg stattgefundene sozialdemokratische Porzellanarbeiter-Versammlung möchte ich beklagen, daß die angeblich unbeanstandet stattgefundene Versammlung von mir in der Voraussetzung genehmigt wurde, daß sich die Referentin während ihres Vortrages aller Angriffe gegen Regierung und Behörden zu enthalten hätte und die Versammlung von mir selbst zu überwachen wäre. Da das Thema „Die gewerkschaftliche und politische Lage der Porzellanarbeiter“ für mich

Keinen Grund gab, die Versammlung gesetzlich zu verbieten, auch eine Gefahr für die öffentliche Ruhe und Ordnung nicht vorhanden war, habe ich in der Voraussetzung gehandelt, die durch die Erfahrung gelehrt ist, daß Verbote derartiger Versammlungen gerade das Gegenteil von dem erreichen, was damit beabsichtigt war.

Im übrigen hat der Gemeindevorstand die moralische Verpflichtung, daß er über den Parteien steht, und glaube ich deshalb nach meiner Ueberzeugung recht gehandelt zu haben.

Hochachtungsvoll

Bürgermeister R. Kaufmann, Schwarzha.

Turmloch stellt sich dieser Dorfbürgermeister mit seiner Erklärung über die „sich hochgebildet dünkenden Kollegen“, die oft recht geringschätzig auf so einen Dorfbürgermeister herabsehen.

In den letzten Tagen wurde in Eardtschhausen bei Eisenach nach berühmten Mustern eine Versammlung verboten, in welcher Genosse Leber über „Rußland und Japan“ sprechen sollte, und in Verga löste der Bürgermeister, der auch Landtags-Abgeordneter ist, eine Versammlung auf, nachdem er den Redner, den Landtags-Abgeordneten Rabat aus Gera, mehrere Male aufgefodert hatte, „maßvoller zu sprechen und ganz besonders die verheerenden und aufreizenden Schlagworte“ zu vermeiden.

Das ist echt sächsisch, wenn auch nur großherzoglich! —

Verlustliste aus Südwestafrika.

Berlin, 14. Dezember. Ähnliche Meldung. Am 28. November sind im Gefecht bei Warndab gefallen: Unteroffizier Hugo Rikel, geboren 7. September 1877 zu Klein-Dresden; Reiter von der 3. Reiter, geboren 12. Oktober 1881 zu Baise; Reiter Karl Dreier, geboren 5. Juli 1882 zu Broich. Verwundet wurden Gefreiter der Reserve Christoph Volles, geboren 5. März 1878 zu Stolbes, schwer; Reiter Johannes Elias, geboren 16. Januar 1882 zu Lettenhüll, schwer; Reiter Georg Schäfer-Lein genannt Maier, geboren 17. September 1882 zu Kemmeldorf, schwer. Vermißt wird Gefreiter Wilhelm Siebel, geboren 8. Oktober 1879 zu Hof-Buden.

An Typhus sind gestorben: Gefreiter Paul Jüttner, geboren 4. Juni 1884 zu Goldberg (Schlesien), am 10. Dezember im Lazarett Windhul; Reiter Otto Planze, geboren 24. Juni 1883 zu Nahrten, am 11. Dezember im Lazarett Oholondu; Reiter Karl Ehlers, geboren 16. Februar 1883 zu Groß-Boigsdagen, am 2. Dezember im Lazarett Oholondu; Reiter Wilhelm Gollert, geboren am 10. Juli 1881 zu Panz, am 7. Dezember im Lazarett Epuliro.

Nordland.

Schweiz.

Der erste sozialdemokratische Bundesrichter. Bern, 12. Dezember. (Fig. Ver.) Die am letzten Montag zur Dezemberversammlung zusammengetretene Bundesversammlung hat vier Ersatzwahlen in das Bundesgericht zu treffen und da hat nun die sozialpolitische Gruppe des Nationalrates unseren Genossen Otto Lang, Oberrichter des Kantons Zürich, als Kandidaten für eine der vier zu besetzenden Bundesrichterstellen aufgestellt. Die radikale Mehrheit will die Kandidatur Lang ablehnen und so ist die Wahl unseres Genossen gesichert. Das ist ein ansehnlicher Erfolg, der auch ein Beweis für die von der Sozialdemokratie erlangte politische Machtstellung ist. Allein trotzdem bedeutet die Wahl Langs zum Bundesrichter für die sozialdemokratische Partei mehr Nachteile als Vorteile, sie bedeutet den Verlust unseres hervorragenden Genossen, der als schweizerischer Reichsgerichtsrat in Lausanne, wo das Bundesgericht seinen Sitz hat, einfach kaltgestellt wird. Diese Erwägung dürfte sogar bei den Radikalen den Ausschlag für die Wahl Langs geben. Wir würden uns freuen, wenn Genosse Lang die Wahl ablehnen würde.

In St. Gallen wurden am Sonntag die Genossen Müller in den Kantonsrat, Schmid in die städtische Rechnungs-Kommission und Tauscher als Bezirksrichter gewählt.

Frankreich.

Evton's Selbstmord.

Von allen Seiten wird der Selbstmord Evton's nun bestätigt. „Humanité“ schreibt: Evton hat den Selbstmord wegen eines Familienanklags begangen. Er war von einem Verwandten mit einer gerichtlichen Klage bedroht, welcher erklärt hatte, er würde, falls dieser Klage nicht statt gegeben würde, sich zu der Verhandlung gegen Evton begeben und im Gerichtsaal einen Skandal herbeiführen, der die sofortige Verhaftung Evton's zur Folge haben würde. Das Blatt fügt hinzu, daß wahrscheinlich heute noch eine sensationelle Verhaftung im Zusammenhang mit der Affäre Evton erfolgen werde. „Petit Parisien“ schreibt, daß die Szene, welche den Selbstmord Evton's veranlaßt hat, am Mittwoch stattfand. Der Evton wohnte außer Evton dessen Gattin und Schwiegerjohn Renard bei, welcher Evton die schwersten Vorwürfe machte, und zwar derartige, daß Frau Evton ihm völlig beifügte. Hierauf erklärte Evton, es bleibe ihm schließlich nichts mehr übrig, als von der Bildfläche zu verschwinden.

Spanien.

Der Rotstand in Spanien hat seinerzeit solch ungeheuerliche Dimensionen angenommen, daß von ihm nicht bloß das Proletariat, sondern auch die bürgerlichen Kreise betroffen sind. In den letzten Wochen haben in allen größeren Städten Versammlungen stattgefunden, in denen Resolutionen zur Annahme gelangten, durch die das Ministerium aufgefordert wird, sofort alle Rölle auf Lebensmittel zu beseitigen und überall im Lande Rotstandsarbeiten in Angriff zu nehmen. Kommt die Regierung den Wünschen der Bevölkerung nicht nach, so soll ein erneuter und stärkerer Druck von außen auf Regierung und Parlament erfolgen. Es ist nicht verwunderlich, wenn das arme Volk von Spanien, das man geistig verkümmern läßt und durch Hunger zur Verzweiflung treibt, in Misachtung seines eigenen Lebens auch das anderer geringschätzt und somit zu anarchistischen Verzweiflungsthaten hineilt.

Rußland.

Parische „Reformen“.

London, 13. Dezember. (Bureau Laffan.) In Petersburg heißt es, einer Meldung des „Daily Telegraph“ zufolge, der Zar werde am Montag, den 19. Dezember, ein bedeutungsvolles Manifest erlassen, worin Reformen, die allerdings den Grundsatz der Selbstherrschaft unberührt lassen, angekündigt werden. Die Reformen würden der politischen Richtung des Fürsten Swiatopolk-Mirski entsprechen und die Aufhebung gewisser gegen die Juden gerichteten Gesetze enthalten, darunter dessen, welches den Juden den Erwerb von Land verbietet.

Ein russisches Stimmungsbild

beröffentlicht die „Wostische Zeitung“. Darin heißt es: Im Saale der „Literarischen Gesellschaft“ in Kiew vor einem Publikum von 800 Personen, unter denen Staatsanwälte, hohe Offiziere und viele Vertreter der Provinzbureaucratie sich befanden, sprachen, anknüpfend an die Bedeutung des Tages, zehn hochangesehene Vertreter des Lehrkörpers der Universität, worunter der durch seine politischen Ansätze bekannte Fürst Trubegoi und Professor Bulgakow; sie erörterten die Frage: „Was Rußland nützt“. Der Rechtsanwalt Matner besprach das Verfahren im Prozeß von Homel. Jede der Reden gipfelte in dem Satz: „Nur die Konstitution kann uns helfen!“ Das Andenken des Mörders von Sijjagin wurde durch Erheben von den Sigen geehrt, auf das Wohl der Mörder Plehwe wurde getrunken! Und Prokurore und Offizier erhoben sich und tranken mit und klatschten Beifall! —

Eine der Hauptstützen der russischen Ordnung war stets der Justizminister Kurawjew. Als Staatsanwalt der Petersburger Gerichtskammer hatte er im Jahre 1881 im Prozeß gegen die an der Ermordung Alexanders II. Beteiligten beantragt und durchgeführt, daß alle Angeklagten, darunter ein nicht Volljähriger und eine Frau, gehängt wurden. Wie in der deutschen Presse bereits berichtet wurde, ist seine Stellung in der letzten Zeit erschüttert. Wir erfahren nun, daß das die Folge eines anonymen Briefes ist, den zahlreiche höhere Beamte erhalten haben. In diesem Briefe wird folgendes erzählt: Im Jahre 1894 erübt in Moskau der Stadterordnete Salslow von seiner Wirtschaftlerin eine größere Summe als Erbschaft für Wohltätigkeitszwecke. Gegen dieses Erbe erhoben die Verwandten der Verstorbenen Einspruch und Salslow wurde vom Untersuchungsrichter Baranzewitsch verhaftet, der auch das von der Verstorbenen hinterlassene Geld an sich nahm. Dieses Geld verfiel ihm in den Händen des Baranzewitsch auf Rimmerwiedersehen. Für diese Veruntreuung hatte er sich vor der Moskauer Gerichtskammer in den Sitzungen vom 13. und 14. Dezember 1897 zu verantworten. Um diese Veruntreuung zu rechtfertigen, legte Baranzewitsch dem Gerichte zwei Geldwechsel des Justizministers Kurawjew im Betrage von je 20 000 Rubel vor. Baranzewitsch wurde zum Verlust aller Rechte und zur Verbannung auf 12 Jahre nach einem der nördlichen Gouvernements des europäischen Rußland verurteilt. Jedoch blieb das Urteil unanfgesührt. Baranzewitsch lebte frei in Moskau, bis im Ende 1903 zum Mitglied des Landesgerichts in Wernaul ernannt wurde. Der anonyme Brief schließt mit den folgenden Worten:

„Das ist der objektive Bericht über eines der zahlreichen Verbrechen des R. Kurawjew. Also, ihr Herren hohen Beamten, fällt Euer Urteil über diesen Verbrecher. Erbarmt Euch Eures Vaterlandes und brandmarkt ihn mit Eurer Verurteilung. Moskau, November 1904. Ein Augenzeuge.“

Afrika.

Ueber die Chinesen-Unruhen in Südafrika

heißt es in vorstehenden Berichten aus London: Diese Unruhen dürfen nicht länger leicht genommen werden. Die Regierung läßt nichts von sich hören. Aber die Sicherheit der weißen Bevölkerung im Randgebiet bei Anwesenheit von 50 000 Chinesen erregt ernste Besorgnisse. Die einzige wirkliche Sicherheit gegen ein kommendes großes Verbrechen gegen die weißen Frauen ist die Schaffung einer starken besonderen Polizei längs der 50 engl. Meilen langen Reef auf Kosten der Goldminen-Gesellschaften. Bei dem letzten Zusammenstoß zwischen Chinesen und Kaffern auf den Knights Bergwerken am Sonnabend wurden vier Mann getötet und dreiunddreißig verwundet. Er wurde verursacht durch das Eindringen eines Kulis in das Frauenlager der Kaffern. Der Kuli wurde von den Kaffern hinausgeworfen und mißhandelt. Er ging darauf hin, um seine Kameraden zur Hilfe herbeizuholen, die rechtzeitig herbeigeholte Polizeiwache ließ die Chinesen jedoch nicht aus ihrem Lager heraus und drängte sie bei zwei Versuchen, ins Freie zu gelangen, zurück. Am Mitternacht jedoch gelang es den Kulis, den Ausgang zu erzwingen, und mit abgetriebenen Dolchstücken und Messern bewaffnet, überfielen sie die Niederlassung der Kaffern und verbrannten sie. Sie griffen auch das Eingeborenen-Lager im Bergwerkwert an. Den Johannesburgern reisenden Schützen, die von der Polizei von Volkszug und Gernison unterstützt wurden, gelang es nur unter großen Anstrengungen, die Ordnung wieder herzustellen. Die Schützen bewachen jetzt das Chinesen-Lager.

Ein anderer Fall ereignete sich auf der Van Ryn-Wine. Dort wurde ein weißer Bergmann unter der Erde von einer ganzen Chinesenabteilung angegriffen. Seine Kameraden konnten ihn nur nach schwerem Kampf mit den Chinesen herausziehen.

Amerika.

Am Wahlergebnis ergibt die offizielle Zählung in Ohio, daß auf Eugen Debs 98 123 Stimmen fielen gegen 4847 im Jahre 1900. Die Demokraten hatten starke Verluste; sie erzielten nur 846 622 Stimmen gegen 474 882 im Jahre 1900. Auf die Republikaner fielen 598 539 Stimmen gegen 548 918 im Jahre 1900. Die Prohibitionisten gewannen, ihre Stimmengahl war 19 404 gegen 10 203 vor vier Jahren. Der Rest von 4034 Stimmen wird gerechnet auf Populisten, Sozialistische Arbeiterpartei (die nicht getrennt angeführt wird) und zerplitterte Stimmen.

Der Streit um den Zolltarif.

Innerhalb der republikanischen Partei ist bekanntlich eine Bewegung zugunsten der Ermäßigung der hohen Schutzzölle entstanden. Roosevelt selbst hat sich dafür erklärt, aber er hat mit einer starken Opposition zu rechnen. Der neugewählte Vizepräsident Fairbanks hat sich kürzlich in Boston in einer großen Rede sehr bestimmt gegen die Aenderung des bestehenden Zolltarifs erklärt. Der Vizepräsident führt zugleich das Präsidium im Senat und in diesem besteht wenig Neigung, die Zölle herabzusetzen. Auf keinen Fall wäre eine Aenderung in naher Zeit zu erwarten. Selbst die Freunde einer Revision des Tarifs sind der Ansicht, daß die zuständigen Kongresskomitees vor dem nächsten Juli keine Vorlage einbringen könnten, daß dann eine Extraktion des Kongresses im Herbst stattfinden müsse und daß man somit erst genau über's Jahr schlüssig werden würde. Der ganze Streit ist meist Wind; tatsächlich setzen die Hochschulzölner ihren Willen durch, während die Opposition gegen die hohen Zölle beschwichtigt wird durch Redensarten und Maßnahmen, die scheinbar im besten Gange sind.

Vom ostasiatischen Kriegsschauplatz.

Paris, 12. Dezember. Durch ihre Avidität belustigende Briefe russischer Soldaten werden in den hiesigen Blättern veröffentlicht. Ein Soldat schreibt u. a.: „Wir hören jeden Tag, daß die Engländer gegen uns marschieren. Western sagte unser Sergeant zu uns, daß englische Schiffe vor Port Arthur liegen. „Möchtet Ihr zu Lande gegen die Engländer kämpfen?“ fragte er, und natürlich antworteten wir alle, daß uns das sehr gefallen würde. Der König von England hat wohl einen großen Aufwand in Indien, und unsere Leute sind daran, den armen unglücklichen Indianern Hilfe zu bringen und ihnen die christliche Religion zu lehren. Ich fragte den Sergeant, ob die Engländer Christen wären, und er antwortete: „Ja, sie sind so eine Art Christen, die einen Gott namens Jeludof anbeten, der den Wagen bedeutet.“ Bei uns sind Leute, die im Krimkrieg gegen die Engländer gefochten haben. Worobski, ein Alter, der an die Soldaten Lebensmittel verkauft, hat bei Kars gegen sie gekämpft. Er sagt, die Engländer hätten einen großen General gehabt, aber die Türken wären gar nicht wert, doch fürchten wir uns vor den Engländern ebensowenig wie vor den Japanern.“

Partei-Nachrichten.

Der neugewählte Stadtrat in Ludwigshafen wählte mit 24 gegen 2 Stimmen den Genossen Binder zum ersten Adjunkten, das ist Gehälfe und Stellvertreter des Bürgermeisters.

Gemeindevahl-Erfolge der schwedischen Sozialdemokratie. Es ist ein bedeutungsvolles Zeichen für das Wachstum der Sozialdemokratie Schwedens, daß es trotz des schändlichen Wahlurteils, das dem Reich bis zu 100 Wahlstimmen gibt, wiederum gelungen ist, in mehreren Gemeinden Vertreter des Proletariats in den Gemeinderat zu bringen. Bei den Gemeindevahlen, soweit sie dieser Tage stattgefunden haben, wurden in Halmstad zwei Sozialdemokraten gewählt und je einer in Hstad, Drevbro, Elstuna und in den Universitätsstädten Upsala und Lund. In Malmö siegten jedoch die Sozialisten; 104 616 bis 58 239 Stimmen wurden für ihre Kandidaten abgegeben, während die höchste Stimmengahl auf der Liste der Sozialdemokraten und Abstimmter 41 150 war.

Pollzeiliches, Gerichtliches usw.

— Einer schweren Beschuldigung wurde der Redakteur unseres Greizer Parteiblattes, Genosse Feustel, schuldig befunden. Er hatte von einem Fabrikanten, der mit den Arbeitern in Streitigkeiten lag, behauptet, daß dieser die Arbeiter brutal behandelt habe und daß sein Verhalten das Anwachsen der Sozialdemokratie ungemein begünstige. Er wurde zu 200 M. Geldstrafe verurteilt mit der Begründung, daß es für einen Mann gut bürgerlicher Gesinnung eine schwere Beschuldigung sei, wenn man von ihm sage, daß sein Verhalten das Anwachsen der Sozialdemokratie begünstige. Darin liegt eine erentliche Mohnung zu anständigen Verhalten an alle „gut bürgerlich“ Gesinneten und eine schwere Verurteilung aller derer, die durch brutales Auftreten wirklich das Anwachsen der Sozialdemokratie begünstigen.

Aus Industrie und Handel.

Der Kampf zwischen den großen gemischten und den „reinen“ Werken in der Eisenindustrie gestaltet sich für die reinen Walzwerke immer ungünstiger. Die großen gemischten Werke stellen nicht nur den deutschen Walzwerken, die von ihnen ihr Halbzeug (Rohstoff) beziehen müssen, die Preise weit höher als den ausländischen Walzwerken, sie haben auch allerlei besondere Lieferungsbedingungen eingeführt, welche die deutschen Walzwerke hindern, sich der Gobritation besonderer Spezialartikel zuzuwenden und so auf beschränkten speziellen Gebieten sich lebensfähig zu erhalten. Als Ausweg aus der trüben Lage, in der sich die reinen Walzwerke befinden, ist ihnen vielfach empfohlen worden, sich auf die Herstellung von Besonderheiten zu legen, die sich weniger für die Massenfabrikation der großen gemischten Werke eignen, und dieser Rat wird neuerdings auch von manchen Werken zu befolgen versucht. Aber nun wird ihnen von den gemischten Werken auch dieser Ausweg versperrt. Die Herstellung solcher Spezialartikel erfordert nämlich auch eine besondere Jurichtung der zu verwendenden Halbfabrikate, besondere Qualitäten, Größen, Stärken des Materials zc. Für alle solche Abweichungen verlangt nun aber der Stahlwerks-Verein beträchtliche Preiszuschläge, sogenannte Ueberpreise, die in der letzten Zeit immer mehr erhöht worden sind. Während früher der allgemeine Teil der Ueberpreisbestimmungen des Vereines mit drei Positionen abgetan war, enthält die neueste Ueberpreisliste aus dem Oktober dieses Jahres bereits deren sieben. Die einschneidendsten dieser Bestimmungen sind: „Spezifikationen von weniger als 10 000 Kilogramm in einer Dimension, Länge und Gewicht und in einer Qualität bedingen einen Ueberpreis von 3 M. die Tonne; Spezifikationen unter 3000 Kilogramm pro Dimension und Gewicht können abgelehnt werden. Im Falle der Abnahme bleibt besondere Preisvereinbarung vorbehalten.“ Im Jahre 1899 war z. B. für vorgeblossenes Material nur ein Ueberpreis für Gewichtsmengen bis zu 1000 Kilogramm festgelegt und zwar mit 2,50 M. 1904 vermehrt sich die Telling schon in Mengen bis herunter zu 100 bis 70 Kilogramm zu 3,50 M. Ueberpreis, 70—40 Kilogramm zu 5 Mark Ueberpreis. Für kleinere Werke eine recht erhebliche Mehrbelastung. Bei Knüppeln gab es noch im Jahre 1902 nur Spezifikationen über Längen von 1000 Millimetern, 750 und 500, über Gewicht nicht unter 25, 20, 15 Kilogramm, über Breiten von 110, 50, 40, 30 Millimetern. Im Jahre 1904 dagegen waren die Bestimmungen über Länge und Gewichtsmengen um je eine Position mit erheblichen Ueberpreisen vermehrt, und während im Jahre 1902 den verschiedenen Breiten nur eine Länge von 1000 Millimetern zugrunde gelegt wurde, finden wir im Jahre 1904 eine Teilung in 750, 500 und 400 Millimetern mit Ueberpreisen von 4, 5 und 6 M. Hierzu kommen dann noch Zuschläge für Flachknüppel von 50 bis unter 110 Millimeter und Quadratknüppel. Bei Platten erweiterte sich die Gliederung um sechs Positionen usw.

Durch diese bedeutenden Ueberpreise für die geringsten Abweichungen von den Normalqualitäten und -Größen verteuern sich für die Walzwerke die Produktionskosten ihrer Spezialartikel derartig, daß sie auch an diesen größtenteils nur einen sehr mäßigen Nutzen haben. So drängt denn die Entwicklung ungemäßen zu völliger Ausschaltung der reinen Walzwerke, zur Zusammenballung großer, die verschiedenartigsten Produktionsgebiete der Eisenindustrie umfassenden Hefenbetriebe. Dieser Prozeß mag, wie für die Werksbesitzer, so auch für die in solchen reinen Betrieben abgemordene Arbeiterkraft manche Schädigung mit sich bringen, vom volkswirtschaftlichen und speziell vom sozialistischen Standpunkt aus betrachtet, bedeutet sie aber einen enormen Fortschritt. Nicht nur insofern, als die Betriebskonzentration eine Produktivitätssteigerung in sich schließt, sie schafft auch zugleich die Vorbedingungen für die spätere Verstaatlichung der Eisenindustrie. Schon heute sind einzelne Branchen der Eisenindustrie infolge ihrer vorgeschrittenen Betriebskonzentration durch aus verstaatlichungsfähig, und die anderen eilen unaufhaltsam diesem Stadium entgegen.

Das Ende des „Helios“. Die verlatet, beabsichtigen die beiden mächtigsten Gruppen der deutschen Elektrizitätsindustrie, die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft und die Siemens-Schüdert-Werke, das Ehrenfelder Werk des sterbenden „Helios“ anzukaufen, nicht um es für eigene Rechnung weiterzubetreiben, sondern um es stillzuliegen. Kann der „Helios“ auch kaum als eigentlicher Konkurrent der beiden großen Gruppen gelten, besonders nicht in seiner heutigen Verfassung, so scheint man doch in deren Verwaltungen zu befürchten, daß das Ehrenfelder Werk in andere kapitalstärkere Hände gerät und in diesen sich, wenn auch kaum zu einem gefährlichen, so doch recht unbequemen Rivalen auszuweisen könnte. Diese Möglichkeit zu erwidern, scheint den beiden Truhschwestern die Oeprerung einiger Millionen Mark wert zu sein. Vorreit ist allerdings noch zweifelhaft, ob der Plan zur Ausführung gelangt. Es hängt das davon ab, wie tief die beiden Gesellschaften in ihren Geldbeutel greifen wollen.

Dem Arbeitsmarkt der Zigarrenindustrie. In den Hauptbezirken des Zigarrengewerbes ist der Beschäftigung seit einiger Zeit recht still. Die Besserung des Beschäftigungsgrades, die schon zum Jahresbeginn eingeseht hatte, ist im Gegenjah zu anderen Gewerben von Dauer gewesen und hat bis zum Schluß des Jahres angehalten. Schon die Rohstoffversorgung weist auf einen erhöhten Tabakverbrauch hin. Im Jahre 1902 ging die Einfuhr von unvorbelebten Tabakblättern gegen 1901 zurück, 1903 nahm sie unter der Einwirkung des besseren Beschäftigungsgrades wieder erheblich zu. Im laufenden Jahre ist die Einfuhr abermals und zwar noch stärker als im Vorjahre in die Höhe gegangen. Während der ersten 10 Monate 1904 wurden 525 535 Doppelzentner Tabak eingeführt gegen 499 561 im entsprechenden Zeitraum 1903 und 490 325 im Jahre 1902. Sprechen schon diese Ziffern für die erhöhte Tätigkeit in der Zigarrenindustrie während des Jahres 1904, so wird die Besserung noch direkt bestätigt durch die übereinstimmenden Angaben aus den meisten Bezirken des Zigarrengewerbes, daß im Laufe dieses Jahres fast überall die Zahl der Beschäftigten eine Höhe erreicht hat, wie selbst nicht in den fünfzigsten Jahren der Aufschwungsperiode. In den mehr ländlichen Bezirken war die Nachfrage nach Arbeitskräften oft stärker als das Angebot, so daß zeitweise Arbeitermangel eintrat. Die Ungunst des Jahres 1902, die teilweise auch noch im Jahre 1903 angehalten hatte, hatte nicht nur frühere Arbeiter der Tabakbranche bestimmt, sich anderen Verufen zuzuwenden, auch der Nachwuchs wurde von der Zigarrenbranche abgelenkt. Als dann die Besserung ziemlich unerwartet und kräftig einsetzte, da war vorübergehender Arbeitermangel unausbleiblich. Aus der günstigen Lage des Arbeitsmarktes im Jahre 1904 haben die Arbeiter leider keine Vorteile gezogen.

Bei der eigenartigen Entwicklung der Zigarrenindustrie, in der eine Verlegung des Betriebes in Gegenden mit niedrigem Lohnniveau ohne allzu viel Schwierigkeiten erfolgen kann, ist es für die schwach organisierten Tabakarbeiter schwer möglich, die Chancen der Konjunktur auszunutzen.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Aussperrung der Tischler.

„Aussperrung bis ins Ende“ lautet nach der „Nachzeitung“ die Parole der Arbeitgeber. Die Tatsachen stehen mit dieser Versicherung freilich nicht im Einklang. Gestern hat wieder ein Arbeitgeber, Tischlermeister Riedel, in der Giesenstraße die Aussperrung zurückgenommen und seine Gesellen wieder eingestellt. Ein anderer Arbeitgeber, Herr Viesel, in der Manufakturstraße, wurde seit einigen Wochen als aussperrender Tischlermeister in den Listen des Holzarbeiter-Verbandes geführt. Als er jetzt Gesellen durch den Arbeitsnachweis des Verbandes bezog, stellte sich heraus, daß Herr Viesel gar nicht ausgesperrt, sondern früher einen Arbeiter aus anderen Gründen entlassen hat. Beim Tischlermeister Reichel, Zammelnstraße, legten alle Beschäftigten die Arbeit nieder, weil in der Werkstatt Streitarbeit für die Firma Grochilus angefertigt werden sollte. Neue Aussperrungen sind gestern in Berlin nicht hinzugekommen. Die Zahlstelle Schöneberg des Holzarbeiter-Verbandes dagegen verzeichnet die ersten Aussperrungen. Es sind das zwei Arbeiter aus der Bautischlerei von Wegener in Wilmersdorf, desselben Herrn, der kürzlich auf Vorstellung seiner Gesellen schriftlich erklärte, daß er in der „Nachzeitung“ fälschlich als Aussperrender aufgeführt worden ist. Die jetzt von Herrn Wegener vorgenommene Aussperrung dürfte in Wirklichkeit eine Entlassung wegen Mangel an Arbeit sein.

Deutsches Reich.

Bergarbeiter-Konferenz.

Für die Bergarbeiter Mitteldeutschlands fand am Sonntag im Saale „Goldener Hirsch“ eine Konferenz statt, die von 47 Delegierten, Vertretern der Organisationen, den Reichstags-Abgeordneten Hue und Thiele und auch Bergbeamten besucht war. Die eingeladenen Vertreter der Behörden waren wie gewöhnlich nicht erschienen. Der überwachende Polizeikommissar, der sich eingestellt hatte, hielt es nicht für nötig, als sich die Versammelten zu Ehren der Bergglücken in Gorbogel von ihren Plätzen erhoben, mit aufzustehen.

Ueber die Lage der Bergarbeiter Mitteldeutschlands referierte Polorny-Juidan. Redner behauptet, daß die Behörden der Eingeladung nicht gefolgt sind. Wie es scheint, wolle die Regierung die skandalösen Zustände in den Gruben etc. nicht kennen lernen. Klagen der Arbeiter werden mit Spott begegnet. An der Hand eines reichhaltigen amtlichen Zahlenmaterials weist Redner nach, daß bei einer Steigerung der Produktion eine Verminderung der Arbeiterzahl stattgefunden habe. So zum Beispiel stieg die Förderung im Braunkohlebergbau um über 100.000 Tonnen, während sich die Zahl der Arbeiter um 144 verminderte. Bei gleicher Steigerung der Produktion sank die Zahl der Arbeiter im Altenburger Revier um 122. Der Lohn habe mit der gesteigerten Leistung nicht Schritt gehalten. Die Unfälle haben eine Steigerung erfahren; desgleichen die Ziffern der Kranken. Im Oberbergamts-Bezirk Halle waren von 75.382 Knappschaftsmitgliedern 88.587 Krankheitsfälle zu verzeichnen. Dabei sage man im Berg-Inspektionsberichte, der Gesundheitszustand der Bergarbeiter sei ausgezeichnet. Auch der Bergrevierbeamte von Köttbus ist der Meinung, obwohl die Krankenziffer in der Brandenburgischen Knappschaftskasse 71 Prozent betrug. Redner rät eine Anzahl Mißstände schlimmster Art. So mühten auf der Grube in Salsgast die Arbeiter Wasser trinken, worin der Buchhalter des Werkes einmal seinen Hund gebadet hatte.

Besonders lebhaft gestaltete sich die Diskussion, nachdem Angener-Hang von der „Annahütte“ (Rauhs) und Vergat Schröder-Halle von den Niedersächsischen Montanwerken eingegriffen hatten. Beide Herren behaupteten, es habe eine Steigerung der Löhne stattgefunden; Herr Hang war sogar der Ansicht, der Durchschnittslohn der Bergarbeiter beziffere sich auf 1200 M. pro Jahr und leistungsfähige Leute in seinem Bezirk verdienten 140 M. pro Monat. Vergat Schröder wies darauf hin, daß die Steigerung der Produktion bei Verminderung der Arbeiterzahl auf die Verbesserung der Technik und der maschinellen Kraft zurückzuführen sei.

Reichstags-Abgeordneter Hue begrüßt es, daß sich die beiden Vordredner zum Worte gemeldet haben. Die Vergleiche hängen nicht auf dem Standpunkt des absoluten Kampfes, sondern auch auf dem Standpunkt der Tarifverträge. Durch ein Zusammenarbeiten könnten Reibungsstellen vermieden werden. Mit Herrn Hang möchte Redner aber gern einmal nach der Lausitz gehen und dort die Vergleiche suchen, die 140 M. pro Monat verdienen. Wäre dies der Fall, dann wären die Wohnungs- und Nahrungsverhältnisse in jenem Bezirk, wo sich die Vergleiche vielfach von Quark, Leinöl und Kartoffeln nähren, nicht so traurig. Der Fortschritt der Technik im Bergbau sollte nicht bloß dem Unternehmer, sondern auch dem Arbeiter zugute kommen, denn der Arbeiter habe dasselbe Recht an den Gewinnen des Lebens, wie jeder andere Mensch. Sollten die Vordredner von nun an geneigt sein, mit zu arbeiten an der Hebung der Lage der Arbeiterklasse, dann ist die Konferenz auch insofern von Erfolg gewesen.

Nach Schluß der Diskussion wurde eine Resolution angenommen, in der die Forderungen der Vergleiche bezüglich des zu erfassenden Reichsberggesetzes und andere Wünsche zum Ausdruck gebracht wurden. — Abends 7 Uhr wurde die Konferenz geschlossen.

Der Streik auf den Magnischen Kohlengruben in Neurode dauert fort. Die Verhandlungen, welche zwischen den Arbeitern und Vertretern der Grube geführt wurden, verliefen resultatlos, weil in der Lohnfrage eine Regelung nicht zu erzielen war. Die Vergleiche beschloß deshalb die Fortsetzung des Streiks. In Rungendorf stimmten 820 mit Ja, 14 mit Nein, in Schlegel 890 mit Ja, 8 mit Nein. Am Montag morgen veröffentlichte die Grubendirektion ein Flugblatt folgenden Inhalts:

Rundmachung.

Am Montag, den 5. d. M., um 2 Uhr nachmittags hat der größte Teil der Belegschaften der Neuroder Kohlen- und Zementwerke ohne Aufkündigung den Arbeitsvertrag unbefristet gelöst und ist in den Ausstand getreten. Die Direktion der Neuroder Kohlen- und Zementwerke stellt den streikenden Arbeitern Frist bis Donnerstag, den 15. d. Mts., 6 Uhr früh.

Wer bis dahin die Arbeit nicht wieder aufgenommen hat, ist ohne weiteres auf Grund der bestehenden Gesetze und Verordnungen entlassen.

Neurode, den 11. Dezember 1904.

Die Direktion.

Diese „Rundmachung“ wurde von den in den Streikbureauis zur Kontrolle erscheinenden Vergleichen mit ungeheurer Heiterkeit aufgenommen.

Gerichts-Zeitung.

Zu dem Abenteuer eines Brautpaares,

das wir am 8. Dezember vom Standesamt VB (Aepenerstraße 2) meldden, bringt das „Berliner Tageblatt“ eine Auskunft des betreffenden Standesbeamten, die wohl als Recht-

fertigung gelten soll. Wir lesen da, jeder Standesbeamte sei „verpflichtet, die das Angebot nachsuchenden Brautleute auf ihre kirchlichen Pflichten hinzuweisen“. Auch seien die Standesbeamten angewiesen, das Brautpaar zu befragen, ob bei einem Teil schon außereheliche Kinder vorhanden seien. Um nicht das Zeitgefühl zu verlegen, wurden oft diese Fragen dem Bräutigam und der Braut gesondert vorgelegt. Die Befragung entspricht rechtlichen Forderungen, habe aber mit kirchlichen Tendenzen nichts gemein. Von unzulässiger Beeinflussung könne keine Rede sein.

Selbstverständlich wissen auch wir, daß der Standesbeamte gewisse Fragen an das Brautpaar richten muß, z. B. über eine etwaige frühere Ehe, über etwa vorhandene Kinder usw. Will aber der Standesbeamte behaupten, daß auch die Frage nach einem früheren Verhältnis zu seinen Pflichten gehört? Würde er es für seine Pflicht halten, diese Frage an jede Braut zu richten, die vor ihm tritt, z. B. auch an die Tochter eines Kommerzienrats oder irgend einer Erzgeng? Und würde gegenüber der Tochter des Kommerzienrats oder der Erzgeng seine pflichtschuldigste Willkür so weit gehen, daß er sie sogar befragte, ob sie schon mal ein außereheliches Kind gehabt habe? Da wären wir doch wirklich neugierig.

Daß dem Standesbeamten vorgeschrieben sei, die Brautleute auch auf ihre kirchlichen Pflichten hinzuweisen, das ist uns, offen gestanden, ganz neu. Wer sollte ihm diese „Pflicht“ auferlegt haben? Und wenn das tatsächlich vorgeschrieben wäre, so bliebe immer noch ein anderer Punkt aufzuklären. Der Standesbeamte hat sich nicht damit begnügt, der Braut zuzureden, daß sie ihre künftigen Kinder taufen lassen möge. Er soll ihr vorge stellt haben, daß es besser sei, die Kinder nicht nach dem katholischen Glauben des Mannes, sondern nach ihrem eigenen evangelischen Glauben taufen zu lassen. Auf diesem Punkt geht die Rechtfertigung auch gar nicht ein. Auch darüber äußert sie sich nicht, warum denn der Braut zugemutet wurde, dem Bräutigam nichts zu sagen. Wenn der Braute nur seine Pflicht tat, hatte er da nötig, sich vor dem Bräutigam zu verstecken?

Inzwischen ist nun die Mitteilung zugegangen, daß einem anderen Bräutigam auf demselben Standesamt dasselbe Abenteuer passiert sei. Auch in diesem Falle wurde die evangelische Braut allein vorgenommen, auch in diesem Falle soll der Standesbeamte ihr nahegelegt haben, ihre Kinder nicht nach dem katholischen Glauben des Mannes taufen zu lassen, auch in diesem Falle soll ihr empfohlen worden sein, dem Bräutigam nichts von dieser Unterredung zu sagen. Wir sind gespannt auf die zweite Rechtfertigung, die wir zu lesen bekommen werden.

Warum wie diese Vorkommnisse nicht als Privatangelegenheit betrachtet, die durch bloße Beschlüsse zu erledigen ist, sondern als öffentliche Angelegenheit, die eine Besprechung im „Vorwärts“ erfordert?

Gewiß, es wäre zu wünschen, daß die betreffenden Paare Beschlüsse einreichen, zunächst beim Magistrat. Uns liegt jedoch daran, daß durch unsere Veröffentlichung noch möglichst viele andere Paare veranlaßt werden, uns über die Erfahrungen zu berichten, die sie auf dem Standesamt in der Köpenickerstraße gemacht haben. Das öffentliche Interesse gebietet es, daß über die Amtsführung dieses Mannes volle Klarheit geschaffen wird.

Ein ländliches Sittenbild. Ein Prozeß gegen 32 Angeklagte beschäftigte zwei Tage hindurch das Landgericht Breslau. Bei dem Wahlkampf im März gingen die Wogen der politischen Erregung sehr hoch. Der freisinnige Reichstagsabgeordnete Postel hielt am 19. März d. J. zu M.-Thünen eine Wahlrede, in der er dieses Dorf, wie behauptet wird, als ein Räuberneß, das angenommen werden müsse, bezeichnet und ferner gedehnt haben soll, der Gemeindevorsteher Schildhauer, der Steuerheber F. Dahms und der Kirchenälteste und frühere Gemeindevorsteher D. Dahms — die als Nebenkläger auftraten — betrügen die kleinen Leute und verheherten ihre Betrugereien hinter Thron und Altar. Es soll ferner gesagt worden sein, daß die letztgenannten auch eine schmutzige Vergangenhait hätten. Der Inhalt dieser Rede wurde als Referat von Herrn Postel und den übrigen Angeklagten unterschrieben und in einem Provinzialblatt veröffentlicht. Die Weisungsaufnahme bot einige überraschende Punkte. Der Nebenkläger S. Dahms mußte zugeben, daß er sich als Gemeindevorsteher des Holzdiebstahls schuldig gemacht habe. Ein Zeuge bekundete außerdem, daß er auf Veranlassung des Gemeindevorstehers Dahms Holz in der königlichen Forst gehoben, aber die bedungene Belohnung nicht bezahlt bekommen habe. Einem anderen Zeugen habe D. erklärt, er habe mit Pferd und Wagen in der königlichen Forst gewildert und sei nur durch die Schnelligkeit seiner Pferde den nachjagenden Augen entronnen. Dramatisch gestaltete sich die Verhandlung, als eine Zeugin beschwor, der Gemeindevorsteher D. habe mit ihr als 18jähriges Mädchen intim verkehrt. D., ebenfalls als Zeuge vernommen, wollte dies zunächst nicht wissen, mußte es aber auf Vorhalt des Verteidigers zugeben. — Gegen den Steuerheber F. Dahms traten mehrere Frauen und Mädchen auf, welche bekundeten, daß er unsittliche Intimitäten gegen sie begangen habe. — Der Verteidiger Rechtsanwalt Bahn-Berlin plaidierte auf Freisprechung, indem er den Wahrheitsbeweis gegen alle drei Nebenkläger für geführt ansah. Er behauptete, daß auch der jetzige Gemeindevorsteher Schildhauer nicht ganz rein aus der Weisungsaufnahme hervorgegangen sei, weil er seit Jahren seinem Schwager S. Dahms widerrechtlich jahrelang die Gemeindegeld gelassen habe. — Das Gericht hielt den Wahrheitsbeweis gegenüber den Verbrechern Dahms für geführt, nicht aber gegenüber Schildhauer. Er verurteilte Postel zu 150 M. Geldstrafe, sprach dagegen sämtliche übrigen Angeklagten mit Ausnahme von zweien, die keine Geldstrafen erhielten, wegen mangelnden Dolus frei.

Aus der Frauenbewegung.

Ueber die Arbeitsverhältnisse in der Fischkonserven-Industrie, die sehr viel Frauen beschäftigt, sollen bekanntlich Erhebungen vorgenommen werden, wobei auch eine Vernehmung ausgewählter Arbeiterinnen vor der Kommission für Arbeiterstatistik in Frage kommt. In einer Versammlung dieser Arbeiterinnen in Hordburg wurde nun mitgeteilt, daß die Auskunftsperone aus Hordburg auf Veranlassung des Senators Tielemann durch die Unternehmer ausgewählt worden seien. Da wird man schon die richtigen ausgewählt haben. Die Arbeiterinnen in der Versammlung protestierten mit Recht gegen dieses Verfahren. Sie wollen die Auskunftsperone selber auswählen. Die Versammlung forderte in einer Resolution die Verkürzung der Arbeitszeit. Die Unternehmer fordern bekanntlich das Recht zu noch vermehrter Ueberarbeit.

Die Arbeit in der Fischkonserven-Industrie ist außerst anstrengend und gesundheitsgefährlich und wird durch mangelhafte Hygiene zu einer vielfach ekelhaften, so daß sowohl die Verkürzung der Arbeitszeit wie sorgfältige Fabrikhygiene dringend nötig ist.

Eine Organisation von Staats-Proletarierinnen.

Vergangene Woche tagte in Wien der erste österreichische Beamtinnen-Tage. Es handelte sich hierbei um die bei der Stadtbahn, sowie im Post- und Telegraphendienst und bei der Wiener Polizeidirektion angestellten weiblichen Hilfskräfte. Auch die österreichische Bureaukratie hat sich früher getraut, Frauen und Mädchen anzustellen; aber da nun selbst die oberen Beamtinncategorien bei der schlechten Besoldung ihre Kinder nicht mehr versorgen können, war es schließlich die Not in Beamtinnenkörper selbst, die den Entschluß zeitigte, Beamtinnen- und Bediensteten-töchter im Staatsdienst anzustellen. Selbstverständlich war für diese Verwendung noch entscheidender maßgebend die größere Anknüpfbarkeit der weiblichen Arbeitskraft. So erhalten z. B. die bei der Stadtbahn angestellten weiblichen Hilfskräfte einen Anfangsgehalt von 70 Kronen monatlich, der nach zehnjähriger Dienstzeit die Normalhöhe von 110 Kronen er-

reicht. Hierbon werden für Krankentasse und Pensionsfonds noch 50—80 Kronen jährlich in Abzug gebracht. Die Arbeitszeit ist eine ungeheuer lange, in manchen Fällen bis zu 24 Stunden, von wenigen Ausnahmen unterbrochen. Seit Jahren haben einige mutige Frauen und Mädchen Anstrengungen zur Errichtung einer Organisation gemacht. Der Indifferentismus der Frauen und noch mehr die in ihren Familien traditionelle Beamtinnenunterwürftigkeit boten fast unüberwindliche Hindernisse; endlich aber ist es gelungen, einen Beamtinnen-Tage zustande zu bringen. Die auf diesem aufgestellten Forderungen sind: dieselben Rechte wie die Männer, Urlaub, Zulassung zur Beamtinnenlaufbahn nach abgelegter Fachprüfung, acht- bis zwölfstündiger Arbeitstag, Sonntagsruhe. Die gegenwärtig besonders schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse haben ferner das Verlangen nach einer zwanzigprozentigen Teuerungszulage gezeitigt.

Frauen im Kampfe für eine gute Volksschule.

Schon lange hat es in Wien nicht so viele Frauenversammlungen gegeben wie in den letzten Wochen. Der Kampf gegen die im niederrösterreichischen Landtage beschlossenen Gesetze zur Schullehre hat auch die Frauen mächtig aufgereizt. Nicht nur die Arbeiterinnen, auch die bürgerlichen Frauen haben Protestversammlungen eintreten lassen. Das Bild, das diese Versammlungen bieten, ist allerdings ein sehr verschiedenes. Bei uns flammdende Empörung, die sich in stürmischen Rufens lautstark, bei den bürgerlichen alles schon stillam und konditional. Eindrucksvoll war nur die Versammlung der Lehrerinnen, in der gegen die Einführung des Eheverbautes und gegen die niedrigere Entlohnung protestiert wurde. Rauheimer, eine Bürgerkulturführerin, die in der Frauenbewegung auf dem linken Flügel steht, hielt das Referat und wies es auf das entscheidende zurück, daß man eine ganze Frauenschicht zum Stillstand bringen will oder zur Aufgabe ihres Berufes zwingt. Auch der „Bund österreichischer Frauenvereine“ sprach in einer eigenen Versammlung über das Stillat der Lehrerinnen und — Beamtinnen. Schon der Umstand, daß man die so wichtige und aktuelle Angelegenheit der Lehrerinnen mit den Beamtinnen zusammen zur Sprache brachte, nahm der Versammlung ihre Spitze. Man beschäftigte sich im allgemeinen mit einer Frauenfrage und die Schandthaten der christlichsozialen Landtagsmajorität wurden so nebenbei gestreift. Malt, ohne Leben und Temperament verließ die Versammlung und endete mit der Annahme einer Resolution. Unsere Arbeiterinnen-Versammlungen aber bringen schon in ihren Keuschheitsfragen zum Ausdruck, daß jede der Anwesenden durchdrungen ist von der Bedeutung der Versammlung. Die schärfste Abwehr erfährt überall der Merkmalismus. „Los von Rom“ rufen die Frauen stürmisch, wenn die Referentinnen auseinandersehen, daß die katholischen Pfarrer und die Religionslehrer noch mehr Macht als bisher über die Schule und damit über die Erziehung der Kinder erhalten sollen. Bisher hat man immer gemeint, die Religion sei das Unverlegliche, das man nicht antasten und nicht anrühren dürfe. Und wie wäre es uns eingfallen über den Austritt aus der Kirche zu reden. Nun sind es die Frauen selbst, die in den Versammlungen die Parole ausgeben: sie selbst sagen, daß sie lieber aus der Kirche austreten ehe sie ihre Kinder einer Pfaffenhsule überlassen wollen. Viele Frauenversammlungen haben schon stattgefunden. Die Heimarbeiterrinnen veranstalten in ganz Wien Protestkundgebungen, und der Verein sozialdemokratischer Frauen und Mädchen tut dasselbe. Auch an den Volksschulversammlungen beteiligen sich die Frauen zahlreich, sie fehlen bei keiner Demonstration, die auf der Straße gemacht wird. „Mütter, schüßt Eure Kinder vor der Pfaffenhsule“, ist der Ruf, der jetzt am leichtesten gehört wird, der geeignet ist, den Versammlungen einen Massenbesuch zu sichern.

Versammlungen.

Verband der Kürschner Berlins und Umgegend. In einer außerordentlichen Generalversammlung, die am 12. Dezember im „Alten Schützenhaus“ tagte, wurde über mehrere Abänderungen der Statuten beraten. Der von einer Kommission ausgearbeitete Statutenentwurf wurde zur Diskussion gestellt und nach geringen Änderungen einzelner Paragraphen angenommen. Gegenüber dem alten Statut, wonach der Wocheneintrag für männliche Mitglieder 25, für weibliche 15 Pfennig betrug, ist er im neuen auf 40 und 20 Pfennig festgelegt worden. Das Jahrgeld wird den Mitgliedern unentgeltlich geliefert. Der Vorstand soll in Zukunft aus 9 Mitgliedern bestehen. Das neue Statut enthält auch die Bestimmungen über die Geschäftsstelle und den Arbeitsnachweis, die täglich von 9 bis 1 Uhr und von 3 bis 7 Uhr geöffnet sind. Die Arbeitsvermittlung ist für Arbeiter sowohl wie für Arbeitgeber unentgeltlich. Die Bestimmungen über die Bibliothek sind ebenfalls in das neue Statut aufgenommen. Die Ausgabe von Büchern geschieht während der Geschäftsstunden. — Die Versammlung beschloß außerdem, das Geschäftsjahr des Verbandes, das bisher vom 1. April bis zum 31. März währte, mit dem Kalenderjahre in Uebereinstimmung zu bringen, so daß in Zukunft die Jahresabrechnung im Januar vorgelegt wird.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Eine Rundgebung an der Moskauer Universität.

Moskau, 14. Dezember. (B. Z. B.) In dem Hörsaal für Botanik veranstalteten die Studierenden heute eine Rundgebung. Sie brachten dem Professor Timiriaeff, dem Verfasser einer Schrift über die akademische Freiheit, eine Adresse und brachten ihm Blumen dar. Timiriaeff sprach seinen Dank aus und hob hervor, er sei Zeuge der ersten Freiheitsbewegung der Studierenden gewesen; er wünsche ihnen, daß sie zeugen und in einem gewissen Grade auch die Veranstalter einer zweiten Freiheitsbewegung sein möchten.

Petersburg, 14. Dezember. (B. Z. B.) Der Minister des Innern empfang heute die von den Rechtsanwaltschaften in Petersburg und Moskau entsandten Advokaten Turtschaninoff und Nwanomsh, welche eine Petition überreichten, in der um Schutz ihrer Rechte gebeten wird. Zugleich berichteten die Genannten dem Minister über die Einzelheiten der Zwischenfälle am 4. Dezember im Justizpalaste während der aus Anlaß des Jubiläums der Justizreform dort abgehaltenen Rechtsanwaltschaft-Versammlung.

Vom ostasiatischen Kriegsschauplatz.

Tokio, 14. Dezember. (B. Z. B.) Amliche Mitteilung. Der Befehlshaber des Schiffsartilleriekorps in Port Arthur meldet, daß die Beschießung sich am 13. Dezember hauptsächlich gegen das Arsenal und das Torpedolager auf der Tigerchwanz-Halbinsel sowie die in der Nähe liegenden Schiffe und Koale richtete. Das Torpedolager stand eine Stunde lang in Flammen. Drei Schiffe wurden zerstört und eines sank; auch wurden Gebäude schwer beschädigt. Die indirekte Beschädigung der sich außerhalb des Hafens aufhaltenen „Sewastopol“ wurde eingestellt, da das schlechte Wetter es unmöglich machte, das Schiff zu beschützen. — Admiral Togo meldet, daß die japanischen Torpedobootflotillen zweimal in der Nacht vom 12. und dreimal in der Nacht vom 13. einen Angriff machten, das Ergebnis aber ungewiß ist. Die Torpedoboots begegneten jedesmal heftigen Feuer des Feindes; ein Torpedoboot wurde kampfunfähig, aber zurückgeschleppt, während drei andere je einen Schuß erhielten. Der ganze Verlust der Japaner beträgt nur drei Verwundete.

Aben, 14. Dezember. (Weldung des Reuterschen Bureaus.)

Die von dem Admiral Koellerfahm befehligte Abteilung des baltischen Geschwaders liegt noch in Dschibuti; sie wartet auf die übrigen Schiffe des Geschwaders.

Washington, 14. Dezember. (B. Z. B.) Heute wurde der Schiedsvertrag zwischen den Vereinigten Staaten und Italien unterzeichnet.

Reichstag.

112. Sitzung. Mittwoch, den 14. Dezember 1904, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesrat: Hr. v. Stengel, v. Einem. Die Uebersicht der Reichsausgaben und Einnahmen für das Rechnungsjahr 1903, sowie die Uebersicht der Einnahmen und Ausgaben der Schutzgebiete Kamerun und Togo, des Südwestafrikanischen Schutzgebietes, des Schutzgebietes Neu-Guinea, der Verwaltung der Karolinen, Palau und Marianen und des Schutzgebietes Samoa für das Rechnungsjahr 1902, ferner die Uebersicht der Einnahmen und Ausgaben des Schutzgebietes Kiautschou für das Rechnungsjahr 1903 werden der Rechnungs-Kommission überwiesen.

Die Denkschrift über die Ausführung der seit dem Jahre 1875 erlassenen Anleihegesetze wird durch Kenntnisnahme für erledigt erklärt.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfs über die Pensionierung der Offiziere einschließlich Sanitätsoffiziere des Reichsheeres, der kaiserlichen Marine und der kaiserlichen Schutztruppen, in Verbindung mit der ersten Beratung des Gesetzentwurfs über die Versorgung der Personen der Unteroffiziers- und Mannschaften-Klassen des Reichsheeres, der kaiserlichen Marine und der kaiserlichen Schutztruppen.

Kriegsminister v. Einem:

Ich hoffe, daß es jetzt der gemeinsamen Arbeit gelingen wird, die seit vielen Jahren vom Hause geforderten und vom Bundesratliche angelegten Änderungen des Militärpensionswesens durch geeignete, fördernde Gesetze zu verabschieden. Das Pensionsgesetz von 1871 genügt den heutigen Verhältnissen nicht mehr und durch die zahlreichen Zusätze ist seine Anwendung schwierig und nicht ohne Härten. Wir haben uns jetzt beim Reichstagsbesitzungs-Gesetz, so weit als in militärischen Verhältnissen möglich, an das Unfallversicherungsgesetz angelehnt. Es soll nicht mehr der Grad der Dienstunfähigkeit, sondern der Erwerbunfähigkeit bei Festsetzung der Entschädigung maßgebend sein. Das Maß der Rente haben wir entnommen dem jüngsten Invalidengesetz vom 25. Mai 1891. Wir haben ferner versucht die Versorgung für die abgedienten Unteroffiziere insofern zu bessern, als die Verzehrung des Zivildienstes nur an Kapitulantien die Konkurrenz vermindern wird.

Bei der Verbesserung der Ruhepensionsvorschriften war eine völlige Freigabe der Pension nicht als möglich anzusehen, in Rücksicht auf den Kostpunkt. — Im Interesse einer Gleichstellung aller im Zivildienst Angestellten sollen die im Staats- und Kommunaldienst Beschäftigten mit gleichem Maße gemessen werden, da jetzt die Versorgung im Kommunaldienst in jeder Hinsicht günstiger geregelt ist. Beim Offiziersversorgungsgesetz war und die wichtigste Bestimmung die, wonach durch die Festsetzung der Pension auf $\frac{3}{100}$ statt $\frac{1}{100}$ die Unteroffiziere und auch die Offiziere befähigt werden, sich die höchsten Pensionen ihrer Rangstufe zu verdienen. Eine Abweichung von den Pensionsbestimmungen für die Beamten erscheint uns durch die Verschiedenheit in der Verabschiedung der Offiziere gerechtfertigt. Eine andere Bestimmung betrifft die Festsetzung der Verlängerungen der Pension infolge der Beschäftigung im Kommunal- oder Staatsdienst. — Ein Punkt, der besonders viel in der Debatte erörtert ist, ist die Frage der rückwirkenden Kraft des neuen Pensionsgesetzes. Es ist der dringende Wunsch der Militärverwaltung gewesen, schon aus kameradschaftlichen Gründen den früher pensionierten Offizieren, Unteroffizieren und Mannschaften die Wohltaten des Gesetzes zugänglich zu machen. Diese Wünsche, die auch wir im vollen Umfange teilen, haben jedoch zurückzuweisen müssen gegen die Gründe der Staatsräson. Es besteht doch zwischen dem Staat und den Pensionären ein Vertrag, auf Grund dessen der Pensionär abgehenden wird, und zwar gemäß den bestehenden Gesetzen. Die verbündeten Regierungen haben geglaubt, an dieser Rechtslage festhalten zu müssen. Denn wenn man ganz im allgemeinen eine rückwirkende Kraft eintrüben ließe, so würde das zu Konsequenzen führen, die die Grundlagen des Staates erschüttern würden. Dazu kommt ein anderer Grund: Es gibt gewiß sehr viele Offiziere, denen eine Erhöhung der Pension sehr zu wünschen sein würde. Aber andererseits gibt es auch solche, welche in günstige Lagen gekommen sind, welche durch Uebertritten in andere Bezüge vollkommen den Zusammenhang mit der Armee verloren haben. Ich möchte also den Wunsch ausdrücken, daß das hohe Haus unsere Gründe billige und die Vorlage trotz der Rücksichtnahme der „rückwirkenden Kraft“ nicht scheitern lasse. Wir sind bestrebt, mit allen Mitteln die Armee für ihre kriegerischen Zwecke auszurüsten, sie zur Eingebung an Kaiser und Reich zu erziehen. Das in weiten Kreisen unseres Volkes der kriegerische Geist noch vorhanden ist, das zeigen die zahlreichen Meldungen der Offiziere nach Südwestafrika, ihr Drang, sich dort zu betätigen, das zeigen auch die zahlreichen Meldungen von Freiwilligen dorthin. Unter allen Anstrengungen und Entbehrungen ist das Verhalten unserer Mannschaften in Südwestafrika tadellos gewesen und das Verhältnis zwischen Offizieren und Untergebenen ein musterhaftes. (Bravo! rechts.) Wir können nur stolz auf die dort vom Feinde gemachten Erfahrungen sein. (Bravo! rechts.) Wir sind auch bestrebt, die Armee in der Ausrüstung und Bewaffung auf der Höhe zu erhalten. Unter neues Infanteriegewehr und die Maschinengewehr haben sich in Südwestafrika tadellos bewährt, und ohne Funken- telegraphie wäre es ganz unmöglich gewesen, zwischen den weit auseinandergezogenen Kolonnen die Verbindung aufrechtzuerhalten. Auch heute noch gilt das deutsche Heer trotz mancher abspirenden Mährchenberichter sogenannter Kriegsreporter Korrespondenten als ein Kriegsheer ersten Ranges. Diesen Rang festzuhalten, dazu sollen diese Gesetze mit dienen. Das wichtigste Heer wird seine Aufgabe nur dann voll erfüllen, wenn es geführt wird von frischen, tatensüchtigen und feldkriegsfähigen Offizieren und von zuverlässigen Unteroffizieren. Die Mannschaften müssen wissen, daß das Vaterland ihre Dienste würdigt und anerkennt auch dadurch, daß jeder, der im Dienste für Kaiser und Reich eine Einbuße an Leben und Gesundheit erleidet, eine angemessene Entschädigung erhält. Ich möchte das Haus bitten, die Gesetzentwürfe einer wohlwollenden Prüfung zu unterziehen. (Bravo!)

Hg. Graf Oriola (natl.):

Der Reichstag hat seit Jahren ein neues Pensionsgesetz gefordert. Ob aber dieses Pensionsgesetz seinen Wünschen entspricht, ist mir doch sehr zweifelhaft. Schon die Art der Veröffentlichung finde ich tadelnswert. Schon am 16. Oktober, also sechs Wochen vor Zusammentritt des Reichstages, konnte ein aller Offizier in der Zeitschrift „Der Deutsche“ den Gesetzentwurf seinem Inhalt nach auszugewiesenermaßen wiedergeben. Die auszugewiesene und unvollkommene Art der Darstellung rief zahlreiche erhobte Proteste und sehr viele Anfragen an die Abgeordneten hervor. Da war es nicht angenehm für uns, zu antworten, daß uns, den Abgeordneten, der Entwurf noch nicht zugegangen sei, daß es lebenswichtig sei gegen den alten Offizier der Bundesrat gegen uns nicht gewesen sei. (Zustimmung.) Nun ist ja ein großer Teil der Verfügungen, die diese ungehörige Art der Publikation erzwang, erfreulichweise nicht in Erfüllung gegangen. Aber wenn in der vorigen Session als Vertreter des Kriegsministeriums General v. Zippelbich erklärte, das neue Gesetz würde den Wünschen und Vorstellungen der damaligen Interpellanten, meinen und denen meiner Freunde, zum größten Teile oder beinahe ganz entsprechen, so trifft diese Erklärung auf das vorliegende Gesetz nicht zu. Ich nehme daher an, daß der Kriegsminister dem Bundesrat einen ganz anderen Entwurf vorgelegt hat als diesen hier. Ich versetze mich angesichts unserer Finanzlage durchaus, daß die einzelstaatlichen Finanzminister auf Sparsamkeit gedrungen haben, aber leider ist sie mit Unrecht auf Kosten der allgedienten Soldaten geübt worden. Wir hatten ferner in unserer Interpellation ein klares und einheitliches

Pensionsgesetz gefordert. Aber das hier vorgelegte Gesetz vermehrt die Unklarheit, indem es neben sich alle bisherigen Gesetze ganz oder teilweise bestehen läßt.

Mit dem Kriegsminister hatten wir die Pensionen der Offiziere jetzt in vielen Fällen für unbillig gering. Sie sind insbesondere dann viel zu niedrig, wenn die Offiziere schon zu alt sind, um noch einen anderen Beruf zu ergreifen. Allgemein ist anerkannt, daß die Pensionen den jetzigen Zeitverhältnissen nicht mehr genügen. Mit Recht hat der Kriegsminister hervorgehoben, welche hohe Bedeutung die Regelung der Pensionsverhältnisse auf den Ersatz unseres Unteroffizier- und Offizierkorps hat. Auch ich möchte annehmen, daß in dieser Hinsicht die Regelung der Pensionsverhältnisse wichtiger ist als die Erhöhung der Friedenspräsenzstärke.

Aber ich vermag es nicht für gerecht zu halten, daß dieses Gesetz kleinerer oder nur geringe rückwirkende Kraft hat. Wissen wir doch, welches Gend unter den alten Offizieren und Unteroffizieren herrscht. Die Begründung meint, und der Kriegsminister führte es auch heute in seiner Einleitungsrede aus, daß „allgemeine Grundsätze“ verböten, ein Pensionsgesetz allgemein rückwirkende Kraft zu geben. Ich erkenne diese allgemeinen Grundsätze nicht an. Das Pensionsgesetz von 1901 hatte ausschließlich rückwirkende Kraft. Durch die Verabreichung der Verjährungsgesetze werden die Offiziere direkt schlechter gestellt als unter dem jetzigen Gesetz. Zum mindesten hätte man den Bestimmungen über die Verjährungsgesetze auch für die Friedensinvaliden rückwirkende Kraft geben müssen, vor allem der Bestimmung, daß es nicht darauf ankommt, ob die Verjährung im Kriege oder im Frieden eingetreten ist. — Noch einige Worte zur Frage der Belassung der Militärpension neben der Zivildienstpension. Ich verlange Gleichheit der Beamten im Staats- und Kommunaldienst in der Weise, daß für beide die Militärpension neben dem Zivileinkommen weiter bestehen. Die Vorlage läßt die bestehende Differenz zwischen Offizieren im Staats- und denen im Kommunaldienst in der — ich will einen milderen Ausdruck gebrauchen — mich wirklich übertragenden Weise, daß den Kommunalbeamten der Vorteil, den sie bisher hatten, genommen wird. Die Staatsbeamten haben nur den Vorteil, daß die Grenze des Mindesteinkommens, bei dem bisher die Militärpension ruhte, etwas erhöht wird. Ich sehe aber überhaupt nicht ein, warum nur derjenige seine Pension unberührt übernehmen soll, der wohlhabend ist, der in guter Privatstelle ist, derjenige aber nicht, der im Staatsdienste ist. (Sehr richtig! rechts.) — Auch die Versorgung der Militär-Witwen und Waisen hat Härten, auf die ich hier nicht näher eingehen will. Aber ich hoffe, die Regierung wird hierüber ein besonderes Gesetz vorlegen. Sonst müßten wir in der Kommission Abänderungsvorschläge zum vorliegenden Gesetz einbringen. — Will man eine Wehrsteuer einführen, so wird sie nur dann vom Volke bewilligt werden, wenn ihre Erträge den Militär-Invaliden zugewendet werden, und ich kann namens eines großen Teils meiner politischen Freunde erklären, daß wir einer Wehrsteuer-Vorlage unter diesem Vorbehalt zustimmen werden. (Hört! hört! beim Zentrum, lebhafter Beifall bei den National-Liberalen.)

Hg. Speck (Ztr.): Die Ausführungen des Herrn Vorredners machen seinem guten Herzen alle Ehre. Aber man muß sich doch mehr um die Deckungsfrage kümmern. Es entspricht tatsächlich nicht der Rücksicht, welche die Regierung dem anderen gesetzgebenden Faktor schuldet, daß man den Inhalt der Vorlage vorher in gewissen Zeitungen und Zeitschriften bekannt machen läßt. (Sehr richtig! beim Zentrum.) Auch leidet die Vorlage an Unübersichtlichkeit. Vor allem aber ist der Zeitpunkt zu tadeln, wo sie eingebracht wird: noch nicht einmal für die ordentlichen Etats-Ausgaben ist bisher eine Deckung gefunden worden. (Sehr richtig! im Zentrum.) Es erregt bei meinen Freunden vor allem Bedenken, daß die Erhöhung der Pensionen auch für die Offiziere-Chargen vom Major aufwärts vorgeschlagen wird. Und selbst für die der niederen Chargen ist die Begründung noch keineswegs erfolgt. Vielleicht wird es in der Kommission erfolgen. Man hat die Erhöhung der Veteranen-Gelder hier im Reichstage lange Jahre gewünscht, müssen, ehe die Regierung darauf eingeht. (Sehr richtig! links.) Das ist das „zweite Mal“, mit dem die verbündeten Regierungen messen. (Sehr wahr! beim Zentrum und links.) Die Not in den Offiziersfamilien beruht doch wohl darauf, daß die alte sparsame Einfachheit aus dem preussischen Offizierkorps verschwunden ist. (Sehr richtig! links.) Die Erlasse gegen den Luxus in Offizierskreisen nützen nichts, wenn sie nicht kontrolliert werden. Der Abg. Krondt hat im preussischen Abgeordnetenhause Gehalts-erhöhungen für einzelne Beamtenkategorien beantragt. Wie stellt sich der preussische Finanzminister dazu? Wenn hier im Reichstage derartige Anträge gestellt werden, so sind es die Vertreter Preußens, welche sich im Bundesrat dagegen aussprechen. (Sehr richtig! im Zentrum.) Wir sind gewöhnt, daß Offiziere, wenn sie beim Ananement Abgegangen werden, nicht mehr in der Lage sind, aktiv weiter zu dienen. Nach dem Paragraph 4 der jetzigen Vorlage soll das pflichtmäßige Ermessen des Vorgesetzten darüber entscheiden, ob ein Offizier noch dienstfähig ist. Ich kann im Namen meiner politischen Freunde erklären, daß wir niemals diesem Paragraphen zustimmen werden. Wir wollen uns nicht zu Mitschuldigen solcher Bestimmungen machen. (Lebhafte Zustimmung im Zentrum.)

Die Pensionierung dürfte in Zukunft nur erfolgen auf Grund eines ärztlichen Gutachtens oder eines Gutachtens einer Mehrheit von Vorgesetzten. Die Vorlage über die Versorgung der Mannschaften ist uns im allgemeinen sympathisch. Einzelheiten werden in der Kommission zu erörtern sein.

Mit der Frage der Deckung der nötigen Mittel beschäftigt sich der Entwurf behauerlicher Weise nicht. Ich kann erklären, daß wir vor Erledigung der Deckungsfrage keiner der beiden Vorlagen zustimmen werden. Wir erwarten eine Vorlage der Regierung über diese Frage. Graf Oriola hat die Wehrsteuer zur Deckung empfohlen. Ich will mich dazu nicht äußern, wir überlassen der Regierung den ersten Schritt. (Lachen links.)

Kriegsminister v. Einem: Ich kann mich bei der ersten Beratung nicht auf die Details unserer Versorgungsverhältnisse einlassen. — Eine Erhöhung der Pension der höheren Offiziere ist jedoch in der Tat nicht eingetreten. Ich habe da eine Stala im „Vorwärts“ gelesen; da wurde gegenübergestellt: Wenn man der Mann mit 35 Jahren Dienstzeit abgeht, bekommt er 1000 Mark mehr, als wenn er früher mit 40 Jahren abging. — Das würde zutreffen, wenn der Mann früher mit 40 Jahren abgegangen wäre; aber der Regimentskommandeur, der Oberst, der hierbei in Betracht kommt, geht ab mit 37 Jahren. Die Erhöhung beträgt also nur zwei Sechstel. Nur durch die Verbeibaltung der Stala kommt eine Erhöhung den betreffenden Offizieren zu gute. Eine Erhöhung der Pension kommt gewichtig nur zum Ausdruck für die mittleren und niederen Chargen. — Es hat nicht etwa die Absicht vorgelegen, nun einen Offizier wegzuschneiden, wenn er mit 35 Dienstjahren schon die Höchstpension erreicht habe. Der Abgeordnete Speck hat behauptet, die Offiziere führten ein zu luxuriöses Leben. Nun ist ja ohne weiteres zuzugeden, daß manches einfacher sein könnte — nicht nur in der Armee, sondern auch im bürgerlichen Leben. (Lachen links.) Die Armee ist vielfach von dem Luxus bürgerlicher Kreise angefaßt worden. (Zuruf links: Umgekehrt! Immer im Hause.) Sparen können Offiziere allerdings nicht. Ein Offizier, der sein sogenanntes Kommandierverdienst für Pferde oder für seine Familie aufgebraucht hat, wird nie Geld zurücklegen können. So ist unser Stand nicht gestellt, daß man bei ihm reich werden, daß man bei ihm Fortune machen kann.

Der Abg. Speck zog zum Vergleich mit den Offizieren die Beamten heran. Daß die Gesundheit auch am Altentisch geschädigt wird, weiß ich von mir allein. Der große Unterschied zwischen Offizier und Beamten ist der, daß der Beamte bei einem höheren Grad der Gesundheitsschädigung noch nicht verhindert ist, seinen Dienst zu tun, während der Offizier ausscheiden muß aus dem Dienst, wenn er felddienstunfähig geworden ist. (Sehr richtig! rechts.) Wenn der Offizier dann im Garnisondienst bleiben könnte, à la bonno heure, dann brauchen wir gar kein Gesetz. Die felddienstunfähigkeit ist entscheidend für das Ausscheiden. Oder wollen Sie in der Armee Invaliden haben? (Sehr richtig! rechts.) Der Abg. Speck hat sich mit großer Schärfe gegen den § 4 der Vorlage gewandt. Dieser unterscheidet sich aber in nichts von dem jetzigen § 27 des Pensionsgesetzes. So lange der Offizier das 30. Lebensjahr noch nicht überschritten hat, muß für ihn, wenn er seinen Soldat nimmt, ein ärztliches Urteit eingereicht werden. Nachher ist das nicht mehr notwendig, dann unterscheidet aber auch nicht ein einzelner Vorgesetzter über die Dienstunfähigkeit, sondern eine Anzahl, der Regiments-, der Brigaden-, der Divisionskommandeur und der kommandierende General. Wenn Sie glauben, daß leichten Herzens Offiziere aus der Armee herausgehoben werden, so ist das ein Irrtum.

Der Abg. Speck hat weiter darüber gesprochen, daß man ja sehe, wie Offiziere über andere hinwegspringen, und wie der Offizier, der gestern noch Untergebener war, morgen Vorgesetzter ist. Das existiert nicht, sondern die feste Grundlage unseres Systems der Rangfolge und Beförderung ist das Altersstufensystem. Das muß auch so sein bei einer Armee, die ziemlich gleichartig in Bezug auf ihre Vorbildung und Einrichtung ist. Ein Springen ist nur möglich bei den Offizieren vom Generalstab und vom Kriegsministerium. Ich bitte Sie, dieses ganze Gesetz anzusehen als solches, das getragen ist vom Wohlwollen für die Offiziere, daß wir aber keineswegs verlangen, daß vom Volke Opfer gebracht werden sollen, die über das Maß dessen hinausgehen, was man füglich zuzulassen kann. (Bravo! rechts.)

Hg. Dr. Gradnauer (Soz.):

Was soeben der Herr Kriegsminister über den zunehmenden Luxus in der Armee gesagt hat, ist mir das, was wir stets betont haben. Es ist interessant, daß der Herr Kriegsminister nunmehr in der feierlichsten und offiziellsten Form das, was wir über den zunehmenden und dauernden Luxus in der Armee gesagt haben, bestätigt. (Lebhafte Widerspruch rechts.) Wenn ich ihn richtig verstanden habe (Stufe rechts: Nein! nein!) — er hat gesagt, durch die reichen Leute in der Armee werde der Luxus in ihr verbreitet. Zu dieser Feststellung bedurfte es allerdings nicht erst der Situation, die uns der Herr Kriegsminister so reizvoll ausgemalt hat, daß er zu siebengängigen Dinern bei Kommerzienräten eingeladen wurde. Nicht nur von den Kreisen, die der Herr Kriegsminister im Auge hatte, geht übrigens der Luxus in der Armee aus, von sehr hohen Stellen auch in dem Gardecorps, zu denen jene Kreise gar nicht zugelassen werden, wie in dieser Beziehung mit bösem Beispiel vorangegangen. Ich erinnere an die Ausstattung der Offizierskasinos, an das Offizierskloster. Offenlich wird der Herr Kriegsminister, nachdem er zu dieser Anschauung gelangt ist, alles anbieten, damit von oben her nicht ein so schlechtes Beispiel gegeben wird.

Der Redner des Zentrums hat die Finanzfrage in den Vordergrund gestellt. Aber er war doch wohl nicht berechtigt, alle Schuld der Regierung aufzuladen. Gewiß ist es sehr schlimm, wenn eine Notlage dann gebessert werden soll, wenn die Finanzen besonders ungesund sind. Aber das Zentrum als maßgebende Partei hätte bereits vor vielen Jahren, als die Finanzen weit besser waren, für diese notwendigen Bedürfnisse der Kriegsinvaliden eintreten sollen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Es hätte damals die Regierung drängen sollen, daß hier etwas geschähe, anstatt die kolossalen Summen für die Kolonialpolitik und für die Flotte zu bewilligen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) — Was die Stellung meiner Partei zu den Vorlagen anbelangt, so sind meine Freunde zu allen Zeiten, sobald es sich handelte um Schädigungen, die die Angehörigen des Soldatenstandes im Dienste erlitten hatten, dafür eingetreten, daß diese Schädigungen gebührend beseitigt würden, undeshalb der allgemeinen prinzipiellen Stellung, die wir gegenüber der heutigen Heeresorganisation einnehmen. Meine Partei ist entschiedenste Gegnerin der Grundlagen, auf denen das heutige Heeresystem aufgebaut ist, der Ungerechtigkeiten, die in ihm sind, der Lasten, die es dem Volke auferlegt, während die wohlhabenden Klassen in viel geringerem Maße herangezogen werden. Aber wir kämpfen gegen das System, nicht gegen Personen, und wenn Personen durch das System zu Schaden kommen, so sind wir durchaus bereit, wo sich wirkliche Notstände ergeben, helfend einzugreifen, wie wir es im gegenüber befristigen anderen Kreisen des Volkes. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) 1901 erklärte Singer gegenüber dem Gesetz für die Kriegsinvaliden, daß es nur den Anfang bilden solle für weitere Abhilfe dieser ärmlichsten Notstände. — Wenn wir also erklären können, daß auch wir dafür sind, daß auf diesem Gebiete etwas geschieht, so stimmen wir doch darin mit dem Vertreter der Zentrumspartei überein, daß die Vorlage in der Form, wie sie ausgearbeitet ist, in der Art wie sie den verschiedenen in Frage kommenden Klassen des Militärs Verbesserungen zu teil werden läßt, ganz und gar nicht unseren Beifall haben kann. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Kommission wird sehr gründlich arbeiten müssen, um alle die Ungerechtigkeiten zu beseitigen.

Die Gesamtsomme, die das Gesetz erfordert, beläuft sich auf 16 1/2 Millionen. Wie verteilt sich diese Summe auf die beiden Kategorien, für die je eine Vorlage vorliegt. Die Offiziere erhalten ein Mehr von 8 494 000, die unteren Klassen ein Mehr von nur 8 037 000 Mark. Dabei muß man noch zur Würdigung dieser Zahlen folgendes berücksichtigen. Die Zahl der pensionierten unteren Klassen der Armee beträgt nach dem Etat 116 500 Personen. Diese 116 500 Personen empfangen eine jährliche Pensionssumme von 20 Millionen Mark. Die Gruppe der pensionierten Offiziere dagegen, welche nur 11 000 Personen umfaßt, erhält 33 Millionen Mark. Ich sage also, daß eine zehnmal geringere Anzahl von Personen anderthalbmal so viele Gelder aus öffentlichen Mitteln erhält. Klein die pensionierten Stabs-offiziere erhalten 20 Millionen Mark jährlicher Pension. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Diese Ziffern, welche die gegenwärtigen Verhältnisse illustrieren, zeigen uns, wie reich man die höheren, wie gering man die unteren Klassen bedient. Diese nicht fortzulassende Ungerechtigkeit soll nun durch die neue Vorlage fortgeführt und verschlimmert werden. Für eine Partei wie die sozialdemokratische bedeutet es eine starke Zustimmung, daß solche Mittel aufgebracht werden für ein Offizierkorps, welches sich auf eine derartige Weise zusammensetzt, wie es das heutige tut. Das heutige Offizierkorps geht ja nicht durch eine gerechte Auslese aus dem ganzen Volke hervor, sondern in einschmeichlicher Weise aus den bemittelten Klassen. Geburt und Besitz entscheiden allein! Eine Klasse, die so zusammengesetzt ist, die ostemacht ist, daß sie vielleicht einmal gegen das Volk ausgeführt werden soll, kann von der sozialdemokratischen Partei kaum erwarten, daß diese ihre die Pensionserhöhung bewilligt. Dazu kommen aber noch die besondere Grände, die zur Einbringung dieser Vorlage geführt haben. Man sieht nämlich, daß die Unzufriedenheit, die sich auch in den Kreisen der Offiziere langsam zu äußern beginnt, wachsen möchte. Man sieht mancherlei Anzeichen des Mißvergnügens, sowohl bei den aktiven, als bei den inaktiven Offizieren. Man sieht mit Bedauern, daß viele in der Presse tätig sind und nicht immer nur aus Erkennungsfürsorgen. Diese Unzufriedenheit sollte durch Erhöhung der Pensionen beseitigt werden, damit nicht die zuverlässigste Stütz-

Der heutigen Zustände schwankend werde. Für eine Vorlage, die wenigstens zum Teil ohne Zweifel aus solchen Motiven hervorgegangen ist, soll meine Partei nun stimmen! Wenn also alle diese politischen Gründe wohl geeignet sind, meine Partei von der Bewilligung abzuschrecken, so können doch weder diese noch die vom Abg. Speck betonten finanziellen Bedenken meine Partei abhalten, die Vorlage soweit zu bewilligen, als es die sorgfältige Prüfung der Verhältnisse ergibt. Nur die Vorlage der Verträge der Offiziere kann entschieden sein für die Bewilligung! Wir können die angegebenen politischen Bedenken auch deshalb fallen lassen, weil wir der Ansicht sind, daß die freigeitlichen Ueberzeugungen des deutschen Volkes mit Notwendigkeit auch schließlich in die Offizierskreise hineindringen werden, sobald diese nur ernstlich an die Prüfung der politischen Verhältnisse herangehen werden. Und bei der Beurteilung der Vorlage soll für uns nicht maßgebend sein etwa die Tatsache, daß die Offiziere sich in den Zukunftsstunden gegen die Sozialdemokratie wenden, einen planmäßigen Feldzug gegen sie führen, sondern lediglich sachliche Erwägungen sollen uns leiten. Bei der Offizierspensions-Vorlage empfinde ich nun eine vollständige Verchiebung in Bezug auf die Grundidee. Die Thronrede zur Eröffnung des Reichstages im vorigen Jahre begründet die Notwendigkeit des Reichentwurfes allein mit wirtschaftlichen Rücksichten, während Seite 27 der Begründung der Regierungsvorlage betont, daß die höheren Offiziere in den seltensten Fällen ihre Pensionspflichten erreichen. „Zugleich sei damit eine Pensionsverbesserung der unteren Grade zu erreichen.“ Gerade die pensionierten Offiziere also sollen aufgebessert werden, und die unteren Grade des Offizierskorps werden so nebenbei auch bedacht. Sehr charakteristisch heißt es in jener Kritik der Vorlage durch einen Offizier: „Je höher hinauf, desto zufriedener ist man mit der Vorlage.“ Gerade die höheren Offiziere sind jetzt schon so außerst reichlich bedacht. Nach den bisherigen Bestimmungen erhält ein Oberst mit 35 Dienstjahren eine Pension von circa 6200 Mark, ein Generalmajor 8000 Mark usw. Nach der neuen Vorlage beträgt die Pension eines Obersten in demselben Dienstjahre 7000 Mark, also 800 M. mehr. — Das sind Erhöhungen, die meistens in dem einen Dienstjahre höher sind, als die ganze Pension eines unteren Offiziers. Ein Leutnant hat jetzt 488 M. Pension; bekommt er nun die Erhöhung der neuen Vorlage in Höhe von 209 M., so ist seine gesamte Pension niedriger, als nur die Pensionserhöhung für den Obersten. Diese Ordnung der Dinge erscheint mir so ungerecht wie möglich.

Der Kriegsminister meinte, der vom Abgeordneten Speck bekämpfte § 4 enthalte nichts anderes, als was bisher schon Praxis sei. Es müssen ganz außerordentlich scharfe Bestimmungen getroffen werden, um zu verhindern, daß alles beim alten bleibt. § 4 legt es vollständig in das Ermessen der Militärverwaltung, ganz abgesehen von ärztlichen Attesten, die Verabschiedung eines höheren Offiziers auszusprechen. Es heißt in § 4: Inwieweit noch andere Beweismittel erforderlich sind, bestimmt die oberste Militärbehörde des Kontingents, der Kriegsminister hat also darüber zu entscheiden, ob ein ärztliches Attest notwendig ist. Mit einer solchen Bestimmung legen wir die Verabschiedung völlig in das Belieben der Militärverwaltung. Der Reichstag hat alle Veranlassung, dafür zu sorgen, daß in Bezug auf die Pensionierung in Zukunft anders verfahren wird, als bisher. Gerade die Partei des Abg. Speck hat es verhindert, daß nicht schon früher energische Maßnahmen in dieser Richtung getroffen worden sind. Als in der Session 1896/97 die süddeutsche Volkspartei einen Antrag gestellt hatte, in dem eine Aenderung des bisherigen Verfahrens bei der Pensionierung der Offiziere verlangt wurde, da sagte die Partei des Herrn Speck, damit greife man in das Recht des höchsten Kriegsherrn ein. Wir sind allerdings der Meinung, daß wir befugt sind, da mitzureden, denn der Reichstag bewilligt doch schließlich die Mittel. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Kriegsminister meinte, es ginge bei der Pensionierung alles einwandfrei und forrest zu. Ich möchte da an ein Beispiel erinnern, das mir geradezu klassisch zu sein scheint, das zeigt, daß noch ganz andere Momente bei der Pensionierung mitsprechen, als der Kriegsminister erwähnte. Ich erinnere an die Erlebnisse des Generals v. Kretschman, der im November 1887 eine Armee gegen den Prinzen Wilhelm, den jetzigen Monarchen, zu führen hatte. Er glaubte natürlich, daß er nicht auf den Thronen und den Thronerben Rücksicht zu nehmen habe, sondern daß es darauf ankomme, den Gegner zu besiegen. Er strengte sich deshalb an und besiegte auch wirklich den nachmaligen Kaiser, der sich darüber sehr gefreut hat, und der Kaiser hat dem General seine Anerkennung ausgesprochen. General v. Kretschman avancierte bald zum Divisionskommandeur. Zwei Jahre darauf änderte sich die Sache vollständig, als sich General v. Kretschman in Wiesbaden sehr scharf gegen die Verwendung großer Kavalleriemassen ansprach. Damals hat Herr v. Kretschman keine Anerkennung bekommen, wohl aber war er wenige Monate darauf General a. D. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Am 10. Januar 1890, ganz kurz nach dem Manöver, kaum zwei Jahre nach der kaiserlichen Anerkennung, erhielt Herr v. Kretschman aus dem kaiserlichen Geheimkabinett einen Brief, unterzeichnet v. Sahlte: „Sie haben mir den Wunsch geäußert, Ihnen mitzuteilen, wann der Moment für Sie gekommen sei, um aus eigenem Entschlusse Ihren Abschied zu nehmen. Ich bedauere, Ihnen mitteilen zu müssen, daß der Kaiser bei der Befehlsgebung der Armeevorsitz für den April Sie nicht zum kommandierenden General befördert, auch eine andere Verwendung nicht in Aussicht genommen hat.“ Das sind die „eigenen Entschlusse“, aus denen heraus hohe Generale ihren Abschied nehmen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) So bringt man ihnen nahe, wozu sie sich „aus eigener Initiative“ entschließen sollen. (Beunruhigt! Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Es sind oft genug Lappalien, aus denen heraus man die Offiziere pensioniert, sie zu solchen Entschlüssen drängt. Das sind Zustände, gegen die der Reichstag sich energisch verwahren muß. (Sehr richtig! links), um so mehr als die Ausgaben für Pensionen schon jetzt ungeheuer groß sind und durch das neue Gesetz neue große Anforderungen an die Reichskasse gestellt werden. Bis Mitte der achtziger Jahre betrug die Pensionssumme 90 Millionen Mark jährlich, dann stieg sie 80 auf 90, 91 auf 94, 92 auf 99, 93 auf 104, 1901 auf 109, 1902 auf 111, 1904 auf 121 Millionen, und im Etatentwurf, der uns jetzt vorliegt, sind 125 Millionen für Pensionen ausgeworfen. Wir wissen alle, daß dieses starke Anwachsen der Pensionen aus verschiedenen Ursachen hervorgeht: Der Erhöhung der Friedenspräsenzstärke und der Aufbesserung der Invalidengelder, der wir selbst zugestimmt haben, insbesondere auch den Pensionen für Rußland und andere Kolonialländer. Aber wenn die Ausgaben so ungeheuer wachsen, hat der Reichstag mehr als je dringenden Anlaß, gegen die Offizierspensionierungen, wie schon der Vorredner aus dem Hause erwähnte, aufs gründlichste vorzugehen, und wir sollten uns in der Kommission über die Einzelheiten dieser Frage auf das eingehendste ausdrücken. Wir müssen diese unnützen vorzeitigen Massenabgängen, Massenabstellungen werden sie auch genannt, aus der Armee beseitigen, umsonst, weil sie sich nach der neuen Vorlage in noch ungeheurerem Maße weiter entwickeln müßten. Das sagt ja die Begründung, die ich vorher anführte, daß man schon die Möglichkeit haben wird, nach 35 Jahren die Herren zu verabschieden, die man jetzt mit Rücksicht darauf noch einige Zeit erhalten hat, daß sie die volle Pension erreichen könnten.

Ehe ich das Offizierskorps verlässe, muß ich noch ein Wort über den Fortfall der Pension in Folge der Anstellung im Zivilstand oder bei Bezug von Zivilpension sagen. § 24 der Vorlage steht vor, daß in diesen Fällen, wenn das Einkommen aus diesem Dienst einen gewissen Betrag übersteigt, die Pension ruht. Die niedrigsten Beträge, die in Betracht kommen, sind bei pensionierten Offizieren von weniger als 21 Jahren 4000 M., der Betrag steigt bis zu den Offizieren von 35 Jahren auf 6000 M. Wenn ich den Grafen Drosta richtig verstanden habe, hat er dieser Bestimmung nicht zustimmen, sondern den pensionierten Offizieren, gleichviel, welches Einkommen sie sonst beziehen! Die

Invalidenpension weiter bezahlen wollen. Da bin ich entgegen-gesetzter Meinung und gehe noch viel weiter als die Vorlage. Sie will nur dann die Pension ruhen lassen, wenn dieses Einkommen aus staatlicher oder kommunaler Anstellung bezogen wird. Ich bin der Meinung, daß die Offiziere, die private Einkünfte haben, die einen so großen Betrag übersteigen, nicht die Invalidengelder des Reiches in Anspruch nehmen dürfen.

Gegenüber den unteren Graden können wir die heutigen ja tatsächlich unhaltbaren Verhältnisse nicht als ausfallgebend betrachten. Eine Pension für invalide Leutnants von 488 M. — für solche, die vor 1897 pensioniert worden sind, ist es noch weniger — oder für Oberleutnants mit 14 Dienstjahren von 808 M. — für die vor 1897 pensionierten von 674 M. jährlich — sind in der Tat Summen, die als lässlich und ungenügend bezeichnet werden müssen. Ob wir gerade so weit gehen können, wie die Regierungsvorlage, wird der näheren Diskussion unterliegen. Aber wenn ich auf der einen Seite einen wirklichen Notstand anerkenne, so bin ich andererseits entsetzt über die Ansicht, daß das Reich nicht die Verpflichtung hat, Bezüge bis über 3000 oder 6000 Mark zu gewähren; diese Invalidenpensionen müßten entsprechend gekürzt werden. Da ist es interessant, welche Anschauungen ein Blatt wie die „Post“ hat, die immer auf das gehässige gegen die Sozialdemokratie kämpft und jeden Versuch der Arbeiter, in eine bessere Lebenslage zu kommen, aufs schändlichste zurückweist. Sie schreibt über diesen Paragraphen: „Der § 24 enthält die größte Härte des Gesetzes. Alle alten Offiziere können vom Staat verlangen, daß er das pensionsfähige Dienstinkommen bis zur Grenze einer ordentlichen Rente hinaushebt. Auskömmlich aber ist heute für sie eine Summe von 4000—6000 M. einschließlich Wohnungsmiete nicht mehr. Niemand wird bestreiten, daß ein Höchst-einkommen von 6000 M. unter den heutigen Lebensverhältnissen zur Befreiung der Bedürfnisse der alten Offiziere nicht ausreicht. Diese Säge müssen bis auf 5—7000 M. erhöht werden. Das wäre kein unbilliches Verlangen.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wenn die Angehörigen der unbemittelten Klassen, deren Einkommen so viel Hunderte beträgt, wie hier Tausende, ihr Einkommen um wenig erhöhen wollen, so erhebt die „Post“ den größten Lärm über die Unzufriedenheit, Begehrtigkeit, Verbeugung der Arbeiter! Im Gegensatz zu ihr halte ich die Grenze der Regierungsvorlage für das höchste Zulässige.

Ich wende mich nun zur Frage der Mannschafspensionen. Je niedriger die Pensionberechtigten im Range stehen, um so lässlicher wird die Gabe. Durch die ganze Vorlage geht hier ein Zug des Beliebens. Es gibt da zahllose Bestimmungen, wonach diejenigen, die eine Invalidenpension beantragen wollen, keine klaren Rechte eingeräumt erhalten, sondern alles ins Belieben der Behörden gestellt wird. In dieser Beziehung will ich nur zwei sehr wichtige Momente herausheben: In § 42 des Pensionsgesetzes für die unteren Ränge wird den Pension beanspruchenden der Rechtsweg gegeben. Aber § 51 erklärt diesen Rechtsweg näher. Danach sind für die Frage, ob eine Gesundheitsverletzung als Dienstbeschädigung, und ob eine Gesundheitsverletzung vorläufig oder grob fahrlässig begangen ist, ausschließlich die Ansichten der obersten Militärbehörde des Kontingents maßgebend. Die Militärbehörden sollen also allein sachverständig und maßgebend für die Beurteilung der Ansprüche sein, die ein Angehöriger der unteren Chargen macht, wenn er in seinem Recht gekränkt zu sein glaubt. Dabei soll nach dem neuen Gesetz nicht die Dienstbeschäftigung, sondern die Erwerbsunfähigkeit maßgebend sein. Wie kann sich die Militärbehörde vermessen, als alleinige Sachverständige über die Erwerbsunfähigkeit eines Schlossers oder Tischlers zu urteilen! Die Entscheidung müßte entweder unparteiischen Ärzten oder einer Instanz der Arbeiterversicherung übertragen werden. Eine ähnliche Willkür, die notwendig zur Beeinträchtigung der Rechte der niederen Chargen führen muß, besteht für den Zivilversorgungsschein. Auch seine Erteilung ist ganz in das Belieben des einzelnen Offiziers gestellt. Auch die höheren Instanzen sind immer auf das Urteil des unmittelbaren Vorgesetzten darüber angewiesen, ob der Befragte würdig sei, eine Anstellung in Zivil- oder Staatsdienst zu erhalten. Auch diese Personen sollten dem Urteil einer unparteiischen Instanz unterstellt werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Ich komme nun zu den Bezügen, die die Unteroffiziere und Mannschaften erhalten. Sie sind völlig unzureichend. Ein ganzlich erwerbsunfähiger Unteroffizier erhält 600 M., ein ganzlich erwerbsunfähiger gewöhnlicher Soldat 300 M. Hier hat also der Reichstag die dringendsten Gründe, mehr zu bewilligen, als die Vorlage will. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Finanzlage kann uns daran nicht hindern. Es muß etwas geschehen und wir sind gewillt, etwas zu tun, namentlich für die sogenannten „Gemeinen“. Der Ausdruck „Der Gemeine“ wird auch in dieser Vorlage leider wieder gebraucht. Ich möchte doch den Herrn Kriegsminister bitten, dafür zu sorgen, daß sowohl aus den Gesetzen wie aus der familiären Sprache der Ausdruck „Gemein“ verschwindet, da dieser an sich schon eine Herabwürdigung bedeutet. (Lebhafter Beifall links.) Ich sehe gar keinen Grund, warum man die Pensionsgelder für gewöhnliche Soldaten nicht mindestens auf die Höhe bringt, wie die der Unteroffiziere beträgt, also auf 600 M. (Zuruf bei der Rechten: Mindestens!) Inwieweit, mindestens, denn die Unteroffiziere erhalten ja, so weit wie sie Kapitalanten sind, noch weitere Bezüge von 12 M. monatlich, also von 144 M. jährlich. Dabei aber waren die Unteroffiziere doch in einer festen Berufsstellung, die anderen dagegen hatten schon an und für sich durch ihren Dienst schwere wirtschaftliche Nachteile. Wie kann man also diese Leute so schlecht stellen wollen, wie es die Regierungsvorlage will. Man sollte viel mehr tun.

Das neue Gesetz hat zur Folge, daß für die bis 20 Proz. erwerbsunfähigen Mannschaften eine erhebliche Verminderung ihrer Pensionsbezüge eintritt, erst von 30 Proz. Erwerbsunfähigkeit an übersteigt der Bezug um etwas die Summe, die sie bisher hatten. Das ist ganz unhaltbar.

Ich komme nun mit einigen Worten auf die Frage der rückwirkenden Kraft des Gesetzes, spreche aber hier nur für meine Person, da ich die Stellung meiner Freunde in der Beziehung nicht kenne. Ich verstehe nicht, wie man jetzt eine doppelte Stellung einführen will für die Militärpersonen, welche bis zum Inkrafttreten des Gesetzes invalide geworden sind und für die, welche nacher invalide werden. Wenn diese Vorlage einen Notstand beseitigen will, so ist es ungeheuerlich, zu sagen, wir wollen für diese Leute nichts tun. Das heißt nichts anderes als: Du hast Deine Schuldigkeit getan, Du kannst gehen. (Sehr wohl! bei den Sozialdemokraten.) Wenn die Militärverwaltung nur für die Offiziere, welche sie in der Zukunft noch braucht, etwas tun will, so schafft sie damit zwei Klassen von pensionierten Offizieren. Wir müssen verlangen, daß für alle Offiziere, soweit sie wirklich bedürftig und notleidend sind, in derselben Weise gesorgt wird. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Herr Kriegsminister sprach von Gründen der Staatseinkasse, die hier maßgebend seien, es sei mit den invaliden Offizieren seinerzeit ein Kontrakt geschlossen, an dem dürfte nichts geändert werden. Ich verstehe nicht, warum man diesen Kontrakt nicht ändern kann. Hat man nicht lange Jahre hindurch die Hoffnung erregt, daß diesen Personen etwas zukünftig kommen wird? Durch diese Offiziere, denen man jetzt die Türe weist, ist doch alles geschaffen, was besteht. Freilich, das große Problem ist ja die Deckungsfrage.

Nach Herrn Speck sind bei rückwirkender Kraft des Gesetzes 23 Millionen erforderlich. Diese Summe schreckt mich in keiner Weise. Die Bekehrten allerdings, die man vorge schlagen hat, ist ganz unüberwindlich. Wer das Unglück hat, nicht dienstfähig zu sein, darf doch nicht dafür noch besonders bestraft werden. Ich weiß nicht, warum man nach der Deckung dieser Summe so sehr sucht. Ich bedaure sehr, daß das Zentrum gerade hier so sparsam sein will, während es für Kolonialpolitik und so weiter kolossale Summen verleiht. Der Herr Reichs-Schatzsekretär sprach zwar mit bonartiger Offenherzigkeit über die Finanznot, aber sehr wenig offen darüber, wie die Regierung sich die Deckung der Militär- und dieser Vorlage denkt. Da möchte ich doch den Herrn Kriegsminister,

der selber beklagt hat, daß die Finanzlage nicht gestatte, mehr für die pensionierten Soldaten zu tun, recht sehr bitten, recht bald eine Unterredung mit dem Reichsfinanzminister zu suchen und ihm dabei etwa folgendes zu sagen: „Erzellenz Graf Bülow, Sie haben eben im Reichstage bewiesen, wie man mit Wicken und Spaltreben eine große Bewegung so hübsch bestreift. Wollen Sie jetzt nicht einen ersten und eindringlichen Appell an die bestehenden und wohlhabenden Kreise des deutschen Volkes richten, um diese an ihre Pflicht zu mahnen, die nötigen Summen zur Beseitigung der Notstände der pensionierten Soldaten aufzubringen.“ (Heiterkeit und sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Durch eine Reichs-Einkommen-, eine Reichs-Vermögens-, eine Reichs-Erbchaftsteuer sind nicht nur die Summen aufzubringen, die nötig sind, um die Vorlage der Regierung durchzuführen, sondern auch alle erforderlichen Summen, um sämtliche Wünsche des Reichstages zu dieser Vorlage zu befriedigen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das ist der Weg, den der Reichsfinanzminister gehen sollte, und in der Kommission wird dieser Weg hoffentlich gründlich beleuchtet werden. Wenn je eine Situation günstig war, um endlich die begüterten Kreise zu den Kosten heranzuziehen, dann ist es diese Gelegenheit, wo endlich ein Teil von dem erfüllt wird, was solange versprochen worden ist. Wenn der Herr Reichsfinanzminister so zu sprechen liebden wollte, dann, davon bin ich überzeugt, werden unsere reichen Patrioten in Haufen herbeistürmen und werden rufen: Ja, wir sind bereit, dem Notstand abzugeben, wir drängen uns dazu! (Große Heiterkeit und sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Diesen unseren Standpunkt wird hoffentlich die Kommission einnehmen und alle Schwierigkeiten so beseitigen. Hoffen wir, daß es ihr gelingt, alles Unnötige in der Vorlage zu beseitigen, alles unbedingt Notwendige aber durchzuführen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Kriegsminister v. Einem: Der Herr Vorredner hat dadurch, daß er die Rede selber gehalten hat, mir den Weg zum Reichsfinanzminister erspart. (Heiterkeit.) Ich möchte ihm des weiteren sagen, daß er irrt, wenn er glaubt, daß den alten Pensionären von der Regierung größere Hoffnungen erweckt worden sind. Der Vorredner hat damit eine rührsame Geschichte von dem verdienten General v. Kretschman erzählt. Ich habe das Buch auch gelesen, aber schon vor einigen Jahren. Soweit ich mich erinnere, erzählt die Geschichte nicht der General selbst, sondern die Verfasserin des Buches. (Auf links: Es liegt doch der Brief vor!) Ich meine die Manövergeschichte. Im Jahre 1857 war das letzte Kaisermandat unter dem alten Kaiser. Es fand nur die Befestigung eines einzigen Korps statt, zwei Armeen wurden nicht formiert. Armeen hätten weder v. Kretschman noch Prinz Wilhelm geführt, denn jener war damals Generalmajor, dieser erst Oberst. Die ganze rührsame Geschichte ist also ein Phantasiegemälde. (Heiterkeit rechts.) Dann hat der Vorredner gesagt, der Reichstag solle bestimmen, wer kommandierender General wird und wer verabschiedet wird. (Lebhafter Widerspruch links.) Na, dem Sinne nach. Der Reichstag müsse solchen freiwilligen Entschlüssen, zu geben, einen Kegel vorschieben. Darauf kann ich nur sagen: Se. Majestät wird sich von seinen Verfügungen, die kommandierenden Generale zu ernennen und zu verabschieden, kein Nota nehmen lassen. Da können Sie machen was Sie wollen. (Beifall rechts.)

Abg. v. Nassow (konf.): Wenn Sie die Vorlage der Budget-Kommission überweisen, so heißt das, sie begraben; denn die Budget-Kommission hat mindestens bis zum April mit ihren sonstigen Aufgaben zu tun. Ich stelle daher im Namen meiner Partei den Antrag, daß die Vorlage einer besonderen Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen werde. Ich halte es für eine alte Schuld, eine Ehrenschuld des Reichstages, die Sache zu erledigen, ganz abgesehen von der Deckungsfrage. Ich habe noch nie gehört, daß Sie Ihre Diäten-Forderung von der Deckungsfrage abhängig gemacht haben. (Große Heiterkeit links und im Zentrum.) Die Friedensinvaliden müssen wirklich den Kriegsinvaliden gleich gestellt werden, obgleich Krieg und Frieden ja an sich eine sehr verschiedene Sache ist. (Große Unruhe im Hause, trotz wiederholtem Stillsitzen des Präsidenten.) Doch möchte ich dem Herrn Kriegsminister unseren Dank aussprechen dafür, daß er eine so schwierige Vorlage hier hat ausarbeiten lassen zum Wohle der Armee und unseres Vaterlandes. (Beifall rechts.)

Hierauf verläßt sich das Haus auf Donnerstag 1 Uhr. Tagesordnung: Beendigung der heutigen Tagesordnung. Schluß 6 1/2 Uhr.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dieß Verlag) ist soeben das 11. Heft des 24. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Kritisches zur Eatsdebatte. — Republik und Sozialdemokratie in Frankreich. 5. Das zweite Kaiserreich und die Pariser Kommune. Von R. Kamitz. — Eöglingschulz und sibirische Verwaltung. Von Dr. Hermann Beul. — Der Parteitag der schwedischen Sozialdemokratie. Von Dennis Jänner. — Literarische Rundschau: Sten-Duchätelle. Die Prostitution in Paris. Wilhelm Fisher, Die Prostitution. Von H. B. — Otto Krikke. Aus engen Gassen. Von P. M. — André Coriart. Les secretariats ouvriers en Allemagne. August Müller. Arbeitersekretariate und Arbeiterversicherung in Deutschland. Von Gustav Hochmann. — Bibliographia Economica Universalis. Von ad. br. — Dr. Max Bräuer. Die Mittelstandsfrage. Von ad. br. — Stenographischer Bericht über die Verhandlungen des deutschen Vereins für Armenpflege und Wohlthätigkeit. Von ad. br.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von 35 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. Probeummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Dieß Verlag) ist soeben die Nr. 26 des 14. Jahrganges ausgegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Unter dem Volk. — Die Wohnungsfrage und der preussische Wohnungsgesetz. Entwurf. Von ad. br. — Die Befreiung des Gebärmutterleibes. Von Dr. Kurt Freudenberg und Dr. A. Jabel-Berlin. — Aus der Bewegung. — Frauenleben: Frau Nächstelinde. Von E. Freygang. — Kollegial: Gewerkschaftliche Arbeiterinnen-Organisation. — Vereinstrecht der Frauen. — Frauenbewegung. — Verchiedenes.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Postgeld 55 Pf., unter Kreuzband 85 Pf.

Die Weihnachtsnummer des „Wahren Jacob“ ist soeben erschienen. Aus dem Inhalt derselben erwähnen wir die farbigen Bilder „Unter dem deutsch-russischen Handelsvertrage“ und die Erlöse von 1904“ sowie die Illustrationen „Weihnachtskinder in der Wandhülle“, „Im Berliner Tiergarten“, „Der Herr General als Aufwärtler“, „Der Jar hat Abdruken“ und „Weihnachts-Vorbereitung“. Der fertige Teil der Nummer bringt die Geschichte „Michels Weihnachts“, „Russische Befreiung“, „Der neue Arminius“, „Die Toten an die Lebenden“, „Schneeberger“ von Ludw. Kellen, „Weihnacht“ von Alara Müller, „Reichlich kontra Vier“, „Weihnachtsbetrachtung von Erich Wähnam“, „Zufersprot und Feitche“ und außer zahlreichen kleineren Beiträgen die Novelle „Die Witwe“ von Edmund Fischer und die größeren satirischen Feuilletons „Moralisches Geheißchen“, „Konfessionalisierung“, „Russische Geldwäsche“ und „Kiste Kompagnie Eisen hosen!“. Entworfen zu einem militärischen Drama in drei Akten von Adam Freygelein. Der Preis der Nummer, welche diesmal 16 Seiten stark ist, ist 10 Pfennig.

Annalen des deutschen Reiches für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft. Heft 12. Herausgegeben von Dr. Karl Theodor Eschberg und Dr. Anton Dyroff. München 1904. J. Schönerher Verlag (Arthur Keller). Inhalt: Naturalverpflanzung des deutschen Soldaten. Von Geh. Regierungsrat W. Thron in Potsdam. — Württembergisches Einkommensgesetz und seine Durchführung. Von Finanzprofessor Dr. Wismann in München i. B. — Reichsgesetzliche Judikatur über den Gesetzes- und Verwaltungsgeheim nach preussischem Staatsrecht. Von Prof. Dr. Eduard Dührich in Königsberg i. Pr. (Schluß). — Bemerkungen zu dem Ruffah von Dr. Kellse u. Stadonig über die rechtliche Tragweite des Appellischen Schiedspruch vom 22. Juni 1897. Von Dr. jur. Wilhelm Dreier in Heidelberg und Prof. Dr. Kuschky in Heidelberg. — Schlüsse und Koligen. Verhältnisse Ergänzungs der Reichsgerichtlichen Verhandlungen vom Jahre 1900. — F. v. den Gesellschaftern. — Altbayerisches Gesamtrecht über die Ehejahre 1868—1904. — Inhalt zum Jahrgang 1904.

Straubes neuester Plan von Berlin. Geographisches Institut und Landkartenverlag Julius Straube, Berlin SW. 61.

Kurt Strien. Geschehen des Christentums! 11 Seiten. Preis 2,30 M. Selbstverlag Kurt Strien, Berlin-Südende.

Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68,
Lindenstraße 69, Laden.

Zum Weihnachtsfeste
empfehlen wir:

- Die französische Revolution von 1789-1804.** Selbstständige Darstellung der Ereignisse und Zustände von B. Blos, anstatt M. 5,50 jetzt M. 5.-
- Geschichte der französischen Revolution von 1848** und der zweiten Republik. Selbstständig dargestellt von E. Heritier anstatt M. 5,50 jetzt M. 5.-
- Die deutsche Revolution von 1848 und 1849.** Geschichte der Revolutionsbewegung dieser Zeit. Dargestellt von B. Blos anstatt M. 5,70 jetzt M. 5.-
- Großer deutscher Bauernkrieg** von Dr. B. Zimmermann, herausgegeben von B. Blos anstatt M. 6,70 jetzt M. 5.-
- Der Mensch und seine Rassen** von B. Langhavel anstatt M. 5,50 jetzt M. 5.-
- Die Geschichte der Erde** von R. Sömmeli anstatt 5,00 jetzt M. 5.-
- Die Pflanzenwelt** von R. Sömmeli anstatt M. 5,50 jetzt M. 5.-
- Die Tierwelt** von R. Sömmeli anstatt M. 7,10 jetzt M. 5.-
- Die Wunder des Kosmos** populär dargestellt von D. Köhler anstatt M. 5,50 jetzt M. 5.-
- Weltschöpfung und Weltuntergang** populär darg. v. D. Köhler anst. M. 4,75 jetzt M. 4.25
- Sämtliche Bücher sind in Prachteinbänden gebunden. Der Text ist durch zahlreiche Illustrationen und viele farbige Tafeln veranschaulicht und erläutert.

Serner:

- Die Armee der Demokratie.** Eine Begründung der Notwendigkeit des Militärs in allen Kulturstaaten. Von Gaston Moch. Statt 4,60 M. 1,50 M.
- Daselbe**, gut broschiert und beschnitten 1 M.
- Um die Freiheit.** Geschichtlicher Roman aus dem deutschen Bauernkriege 1525. 3 Teile. Von Robert Schweichel. Statt 7,50 M. 3 M.
- Daselbe**, gut broschiert und beschnitten 2 M.
- Viktoria.** Sozialer Roman in zwei Büchern. Von Minna Kautsky. Statt 5 M. 2 M.
- Daselbe**, gut broschiert und beschnitten 1 M.
- Helene.** Roman in drei Büchern. Von Minna Kautsky. Statt 5 M. 2 M.
- Daselbe**, gut broschiert und beschnitten 1 M.

- Hunde von Nirgendwo.** Ein, utopischer Roman von William Morris. Herausgegeben von Wilhelm Liebknecht. Illustriert von H. G. Jontsch. Statt 4 M. 2 M.
- Albert Duls sämtliche Dramen.** Alle drei Bände zusammen. Statt 9 M. 3 M.
- Daselbe**, gut broschiert und beschnitten 1,50 M.
- Albert Dulk, Gedichte.** Statt 1,50 M. 1 M.
- Lichtstrahlen der Poesie.** Gedicht-Sammlung. Ausgewählt von Max Kegel. Illustriert von O. E. Lau. Statt 3 M. 1,50 M.
- Sturmlieder vom Meer.** Gedichte von Klara Müller. Statt 2 M. 1 M.

Besonders machen wir aufmerksam auf das in unserem Verlage erscheinende Werk:

Wider die Pfaffenherrschaft.

Kulturbilder aus den Religionskämpfen des 16. und 17. Jahrhunderts von **Emil Rosenow.**
Der erste Band liegt vollständig vor und kostet in Leinen geb. 7.- M., Halbfranz geb. 8.- M. 234/16*

Wir haben in den Parterre-Räumen unseres Verwaltungsgebäudes, Luisen-Strasse 85, eine

Dauernde Ausstellung

elektrischer Verbrauchsartikel, Lampen, Motoren, Ventilatoren, Heizapparate, Installationsmaterialien etc.

eröffnet und beehren uns, zum Besuch ergebenst einzuladen. 1475 L.*

Berliner Elektrizitäts-Werke.

Seltener Gelegenheitskauf.
Zum Feste.

- | | | |
|--------------|----------|--------------------|
| Saal- | Teppiche | à 50, 65 bis 90 M. |
| Salon- | Teppiche | 30, 40 . 65 . |
| Speise- | Teppiche | 25, 30 . 50 . |
| Wohn-Zimmer- | Teppiche | 20, 25 . 35 . |
| Herren- | Teppiche | 15, 18 . 25 . |
| Sofa- | Teppiche | 6, 8 . 14 . |
| Bett- | Teppiche | 1, 2, 50 bis 5 . |

Außerdem offeriere circa 680 Stück prima echt Velours, echt Arminier, echt Tournay, echt Brüssel, echte Perler und Orient, sowie echte Schmiedeberger Smyrna-Teppiche, handgetnüpft, und echte Perler und Orient in allen Größen und reicher Musterwahl, mit kleinen, unmerkbaren Musterfehlern, 3 u m Feste für die Hälfte des regulären Wertes.

Teppich-Haus
B. Hurwitz, Rotes Schloß
vis-à-vis dem National-Denkmal.
Telephon Amt I, 8311.

Kaiser's Kaffee-Geschäft
Europa's grösster Kaffee-Rösterei-Betrieb.

1000 Filialen

ff. Fest-Kaffee
in anerkannt feinsten Qualitäten.

Chocoladen Biscuits
Baumbehang

in reicher Auswahl.

- Filialen in Berlin und Vororten:
- | N. | S.W. | C. |
|---|--|---|
| Berlin, Ackerstr. 29-36
Ackerstr. 111
Brunnenstr. 81
Brunnenstr. 151
Brunnenstr. 185
Badstr. 18
Chausseestr. 28
Chorinerstr. 20a
Danzigerstr. 90
Daldorferstr. 23
Fennstr. 53
Franseckistr. 50
Invalidenstr. 144
Müllerstr. 1
Müllerstr. 166
Putzbasenstr. 41
Remickendorferstr. 10
Swinemünderstr. 87
Schwedterstr. 245a
Tresckowstr. 18
Usedomstr. 17
Prinzen-Allee 81
Weinbergsweg 5
Wollmerstr. 43 | Berlin, Bergmannstr. 93
Zossenerstr. 227

S.
Berlin, Graefestr. 25
Sebastianstr. 88

S.O.
Berlin, Admiralstr. 81/83
Köpenickerstr. 144
Muskauerstr. 21
Neanderstr. 87
Oranienstr. 1
Reichenbergerstr. 120
Wrangelstr. 23
Wrangelstr. 54 | Berlin, Kaiser Wilhelmstr. 20
Alte Sandhauserstr. 80.

Charlottenburg, Angbar-
garstr. 59-60
Berlinerstr. 98
Berlinerstr. 125
Dankmannstr. 60
Hottensdorferstr. 4
Kleinstr. 19
Kaiser Friedrichstr. 57
Pestalozzstr. 9a
Pestalozzstr. 23
Spandauerstr. 23
Tauxemünderstr. 19
Uhländerstr. 83
Wilmsdorferstr. 126
Wilmsdorferstr. 148
Di. Wilmsstr., Berlinerstr. 131
Friedenau, Rheinstr. 10
Friedrichsh., Frankf. Ch. 121
Lichtenberg, Frankf. Allee 171
Neu-Wellensees, Königs-
Chaussee 82
Pankow, Breitestr. 21a
Rixdorf, Hermannstr. 40
Rixdorf, Steinmetzstr. 116
Rixdorf, Kaiser Friedrich-
Strasse 243
Rammelsburg, Schillerstr. 12
Schöneberg, Kolonnenstr. 66
Goltzstr. 86
Hauptstr. 139
Neue Winterfeldt-
Strasse 9
Tempelhoferstr. 21
Steglitz, Schlossstr. 85
Schmargendorf, Breitestr. 22a
Reinickendorf, Schwarzweber-
Strasse 16
Friedrichsfelde, Berliner-
Strasse 45
Boxhagen, Alt-Boxhagen 4-5
Tempelhof, Berlinerstr. 15 |
| N.W. | O. | N.O. |
| Berlin, Turmstr. 30
Turmstr. 47a
Bredowstr. 43
Brennst. 29
Haldenstr. 15/16
Hüttenstr. 4
Lübeckstr. 20
Luisenstr. 43/44
Melanchthonstr.
Wilsenckerstr. 30
Stephanstr. 42 | Berlin, Andreasstr. 55
Andreasstr. 67
Frankfurter Allee 51
Frankfurter Allee 71
Grüner Weg 41
Ebertstr. 50
Krautstr. 48b
Königsbergerstr. 81
Petersburgerstr. 81
Rothhofenstr. 23
Stralauer Allee 82
Zorndorferstr. 48 | Berlin, Gollnowstr. 11
Greitswalderstr. 4
Landsberger Allee 29 |

1466L

**Weihnachts-
Ausnahmepreis!**

Reichgestickte
abgepaßte **Portieren**

Die **komplette Dekoration**
(bestehend aus 2 Flügeln und 1 Querbehang)
in **Plüsch** 10⁵⁰ (Wert 16,00)
in **Wollserge** 5⁸⁵ (Wert 9,50)
in **Victoriatuch** 9⁰⁰ (Wert 13,50)

Eine Partie Wollportieren mit allerliebster Blumenkante per Schal 2 Mark.

Teppich-Spezial-Haus
Emil Lefèvre

Berlin Oranienstraße 158.
Nach auswärts per Nachnahme.

Weihnachts-
Extra-Liste

und Katalog
mit zirka 600 Illustrationen gratis und franko.

Extra billig!
div. Teppiche
mit kleinen Webfehlern!

Achtung! Genossen!
Wer zu Weihnachten einen schönen Baum schmücken will, laufe von unseren Genossen aus Lauscha den gold- u. silberglänzenden Glaschmuck.



Sortiment I. Ein Kistchen für 5 M. gegen Nachnahme oder vorherige Einzahlung von 5 M. Drei Schiffswäner, prachtvolle, sinnige Kunstwerke, mechanisch bewegliche Glasfliegen u. Raftbaum. Gehehl geschützt unter Nr. 74 196. Ferner 9 cm große, dreifarbige bemalte Kugel mit der Aufschrift „Frohliche Weihnachten“. Kugeln und Eier, bemalt und un bemalt, glatt und überdoppelt. Reflexe, Phantasie-Artikel, klingende Gloden, 100 Stück verfilberte Strangkugeln, Bögel, Eisfugeln, Schneebälle, verschiedene Sorten Früchte, Kametta, Fingerringe, Korsetthalter usw. Hierzu als Gratis-Beilage: Eine Stehlampe in Tulpenform mit beweglichen Blättern und brennbarem Licht, strahlend in Regenbogenfarben. 9942*

Sortiment II. Eine Doppelseilung zu 10 M., der wegen Porto-Ersparnis extra etwas beigelegt werden kann.

Sortiment III. Eine Sendung in zufriedenstellender Weise zu 3,50 M. Bestende auch in allen Quanten und sichere Zufriedenheit zu.

Guido Müller, Ortvertrauensmann Lauscha Z.-M.

Eine Mark
wöchentlich Lieferung selbstspielende
Musikwerke,
Sprechmaschinen
und echte
**Menzenhauer-
Zithern.**

Schönste Familienunterhaltung.
J. Kurzberg
An der Jannowitzbrücke 1, 1.

Pianino, Schwedten, zu verk. Ritterstr. 121 b. West

WARENHAUS A. WERTHEIM

Spielwaren

Gekleidete Puppen 95 Pf., 1.35, 1.40, 2.85 Mk.
Puppen mit Ausstattung 45,
Musikpuppen zum Drehen 90 Pf.
Schaukel mit Puppe 45 Pf. u. 1.40 Mk.

Badeständer mit Eimer 48, gar. niert 85 Pf.
Kaffeesevice 45, 90 Pf., 2.90
Fahrfiguren 45, 90 Pf.
Puppentruhen 42 Pf., gar. niert 90 Pf.
Kochmaschinen 1.50, 2.85 Mk.

Gehende Puppen mit Uhrwerk 2.75 Mk.

Automobil mit 2 Figuren und Uhrwerk 50 Pf.
Amme mit Kind durch Uhrwerk laufend 90 Pf.
Bierbrauer durch Luftdruck beweglich 85 Pf.
Feuerwehr mit Uhrwerk 90 Pf.
August am Reck 48 Pf.

Max u. Moritz auf der Leiter 48 Pf.
Kegeljunge mit Uhrwerk 90 Pf.
Violinspieler mit Uhrwerk 90 Pf.
Mann mit Leiter mit Uhrwerk 85 Pf.
Katze mit Ball mit Uhrwerk 48 Pf.

Bellende Hunde Neuheit! 33 Pf.

Wettrennspiel 1.40, 2 Mk., 2.75
Der kl. Dachdecker 85 Pf., 2 Mk.
Lese-Spiele Gesellschafts- 42, 85 Pf.
Spielmagazin 2.75 Mk.
Stop-Stop Gesellschafts- 45 Pf.

Ich hab's Gesellschafts- 38 Pf.
Druckereien 2 Mk., 2.75 Mk.
Tuschkasten 42 u. 90 Pf.
Carbograph Zeichens- 42 Pf.
Wagenbauer Beschäftigungs- 4 Mk., 5 Mk.

Salta-Spiele 48 Pf. u. 1.90 Mk.

Stickkasten 42 u. 85 Pf.
Garten Zusammensetz- 4.50 b. 18 Mk.
Laubsägekasten 90 Pf. u. 1.40

Rollwagen mit Pferd & Grössen 65 Pf. b. 1.65
Boote durch Uhrwerk beweglich 1.75 Mk.
Schafe mit Fellbezug und Stimme 1.75, 2.40 Mk.

Werkzeugschrank mit guten Werkzeugen 4.75 Mk.

Trommeln mit Schrauben 42 u. 95 Pf.
Ziehharmonika 45 u. 95 Pf.
Blasharmonika 95 Pf.
Klarinette mit Noten 35 Pf.
Phonographen 2.60 Mk.

Phonographen für Aufnahme u. Wiedergabe 7.75
Bespielte Walzen 35 u. 65 Pf.
Apollo-Walzen 90 Pf.
Platten-Apparat m. Messingtrichter 16.50
Platten klein 1.35 Mk., gross 2.60 Mk.

Tiroler Glockengeläute Baumschmuck 1 Mk.
Eistau Karton 10, 18, 30 Pf. | Klapplaternen mit Licht 15 Pf.

Mal-Utensilien

Tuschkasten 10 Pf. bis 5 Mk.
Tuschbücher 10 Pf. bis 1 Mk.
Zeichenvorlagen Heft 40 Blatt 40 Pf.
Zeichenvorlagen ca. 200 verschied. 90 Pf.
Schul-Reisszeuge 1.65 b. 20 Mk.

Buntstifte Etuis 8 bis 90 Pf.
Spritz-Malkasten 1.50 b. 4.50
Aquarell-Malkasten 1.50 b. 20 Mk.
Öl-Malkasten 1.65 b. 20 Mk.
Emaille-Malkasten 1.85 b. 4.85

Aquarell-Blechkasten für die Schule mit 12 Farben 50 Pf.

Malvorlagen nach Originalen von K. Klein
Grösse ca. 20/28 16/28 35/50 cm
Blumen 15 22 35 Pf.
Stilleben Grösse ca. 40/60 cm 40 Pf.
Landschaften u. Stilleben
Grösse ca. 35/50 45/75 cm
45 85 Pf.

Köpfe nach Entwürfen von A. Asti ca. 45/62 cm 1.60
Sportbilder nach Entwürfen von E. Boding ca. 30/45 cm 40 Pf.
Mappe mit 6 Blatt Kerbschnittvorlagen, ca. 34/47 cm 50 Pf.
Brenn-Apparate und allerlei Gegenstände zum Brennen, Bemalen u. Schnitzen

Bilderbücher

Fritz Pfiffikus 16 Ränke u. Schwänke 90 Pf.
v. Wedel, 90 Zeichnungen v. Krause
Der mod. Struwwelpeter 1.25
Lustige Geschichten von Onkel Franz
Die Struwwelliese Lustige Geschichten und drollige Bilder für Kinder 1.40 Mk.
Lasset die Kindlein zu mir kommen 2.85
Festgabe f. d. deutsche Haus, Prachtbilderbuch, früh. 7 Mk.

Der Tittelmax und andere Geschichten mit vielen Illustrationen 1.25
Billis Erdengang E. Elefantengeschichte für artige Kinder, mit vielen Bildern, 1.25
Busch Max u. Moritz 3 Mk.

Märchenbücher

Andersen, Märchen Jeder Band ca. 125 S. und 2 grosse bunt. Bild., eleg. geb. 48 Pf.
Bechstein, Märchenbuch 200 S. und 5. gr. bunte Bild. 75 Pf.
Grimm, Märchen eleg. geb. 1.25
Hauff, Märchen 45 Pf.
Reinick, Märchen 45 Pf.
Rübezahl - Erzählungen 45 Pf.
1001 Nacht scherzhaftes Märlein für Gross und Klein 45 Pf.
Dornröschen 45 Pf.

Deutsches Jugendbuch 75 Pf.
von Dr. Weddigen, m. 5 farb. Bildern elegant gebunden 1.25
Die schönsten Märchen 2.25
aus allen Ländern. D. Jugend erzählt v. E. Ludwig, reich illustr., hocheleg. Geschenkbd.
50 Fabeln für Kinder 90 Pf.
v. E. Fischer, 50 Abb., früh. 2 Mk.
Perigukelchen u. Weissmäuschen 1 Mk.
Märch. u. d. Tierleben v. M. Köhler, ill., früh. 3 Mk.

Jugendschriften

Für jüngere Knaben

Die Rache des Indianers Jed. Bd. 200 S. m. 5 farb. od. schwarz. Abbild., eleg. geb. 75 Pf.
Robinson Crusoe
Till Eulenspiegel
Unter schwarzen Rebellen
Wilde Szenen aus allen Zonen
Schwab, Deutsche Volksagen - Schönste Sagen d. klass. Altert. 1.25 Mk.

An Bord des Sklavenhändl.
Die Weltumseglung
Gullivers Reisen
Hebels Schatzkästlein
In der Wildnis
Lederstrumpf
Münchhausens Abenteuer

Für ältere Knaben

Abenteuer in Sibirien | Dietrich v. Bern | Erober. d. Nordpols
Der Held des Niger | E. deutsch. Ritter | Mozart, Ein Künstlerleben 75 Pf.
hocheleg. Geschenkbd., 1.25
E. v. Enzberg | hocheleg. gebund. 3 Bände
Der Freiheitskampf der Buren | 2.25 Mk.
Der Krieg in China
Dr. Spielmann | Dr. L. Staby
Burggraf, Kurfürst und Junker | Aus Natur und Leben

Für jüngere Mädchen

Luise Anklam | Jeder Band ca. 200 Seit. | Emilie Ludwig | Jeder Band ca. 200 S. m. 5 farb. od. schwarz. Abb. 75 Pf. u. 1.25
Kindergeschichten | 90 Pf. u. 1.40 | Ferida v. and. Erzähl. | Kinderglück
Marie Beeg | Goldene Kinderzeit | Helene Stökl | Kinderglück
Schulmädchengeschichten von Emilie Ludwig, mit 5 farbigen Bildern und vielen Textillustrationen, gebunden, 2.25 Mk.

Für junge Mädchen

Lilli Fredrich | Schön Suschen | E. v. Winterfeld | Bei Tante Charlotte B. Pensionat- geschichte
Hermes-Gnevkow | Junge Mädchen | Nanny Necker | Aus der Werdezeit
Emilie Ludwig | Frühlingsstürme | 1.40 Mk.
Pauline Doubberck | Fräulein Falters Reiseerfahr. - Aus der Jugendzeit

Abreiss-Kalender 1905

Die Abreissblöcke sind mit Küchensetzeln u. Sprüchen versehen.
im Karton 18 Pf. | Bronze-Imitation 25 u. 38 Pf. | mit Uhr 30 Pf. | Weckeruhr 1.35 1.90

Am nächsten Sonntag sind unsere Geschäftshäuser
Leipzigerstrasse nur von 12 bis 4 Uhr
Rosenthaler- u. Oranienstrasse von 1 bis 7 Uhr
geöffnet.

Die Vertrauensämter der Berliner Sozialdemokratie.

A. Vertrauenspersonen:

1. Wahlkreis: Georg Opper, Rosenthalerstr. 50, III. Georg Weichardt, Grünstr. 21 part.
 2. Wahlkreis: Hermann Berner, Rittenwalderstr. 30 part. Ernst Schneider, Händlerstr. 21, Hof links III.
 3. Wahlkreis: Franz Hock, Admiralstr. 7, vorn IV. Aug. Voigt, Raumbstr. 80, vorn IV.
 4. Wahlkreis (Ost): Otto Franke, Bornsdorferstr. 8, vorn part. Albert Wasewitz, Friedrichsbergerstr. 19, vorn part.
 4. Wahlkreis (Südost): Rich. Gadelbusch, Brangelstr. 59, Duergeb. IV. Wilhelm Jöchel, Köpnickestr. 190.
 5. Wahlkreis: Leopold Liepmann, Sienstr. 242 I. Leo Jucht, Georgenstr. 57 II.
 6. Wahlkreis (Moabit): Karl Fischer, Waldstr. 8. (Wedding und Oranienburger Vorstadt): Eugen Ernst, Ackerstr. 62, II. (Rosenthaler Vorstadt und Gesundbrunnen): Adam Vittorf, Rehrbellinerstr. 25. (Schönhäuser Vorstadt): Karl Marx, Kasanien-Allee 96.
- Nieder-Barnim:** Georg Freiwaldt, Pankow, Florastr. 66. D. Seidel, Berlin O., Kronprinzenstr. 50.
- Teltow-Beeskow:** Paul Hirsch, Charlottenburg, Rosinenstr. 3. Emil Boeske, Rixdorf, Köpferstr. 28.
- Für die Frauen Berlins:** Frau Panzeram, Pappel-Allee 128 I. Frau Luz, Waterloo-Ufer 8, Laden. Frau Hausfle, Rostockerstr. 43, Duergebäude I. Frau Wulff, Rostockerstr. 9, Hof partierre. Ottilie Gaader, Wilscherstr. 49, Hof II.
- Nieder-Barnim:** Frau Jung, Ober-Schöneweide, Frischenstr. 10.
- Teltow-Beeskow:** Frau Marie Thiel, Tempelhof, Friedrich-Wilhelmstr. 17.

B. Pressekommision:

1. Wahlkreis: Robert Diezeler, Grunnenstr. 145. Waldec Manasse, Friedenstr. 13.
 2. Wahlkreis: Julius Reyer, Urbanstr. 131, vorn IV. H. Königs, Hasenheide 50.
 3. Wahlkreis: Adolf Buschid, Oranienstr. 177, vorn III bei Bendo. Karl Gehrmann, Raumbstr. 22.
 4. Wahlkreis (Osten): Otto Wagner, Andreastr. 75, vorn IV.
 4. Wahlkreis (Südosten): Karl Wermuth, Sorauerstr. 21.
 5. Wahlkreis: Wilhelm Friedländer, Elsterstr. 25 II. Otto Weis, Greifswalderstr. 45 IV.
 6. Wahlkreis: Max Richter, Gehlowsstr. 13. Hans Weber, Carmen Sylvastr. 5.
- Nieder-Barnim:** Oswald Grauer, Berlin O., Frankfurt-Allee 198. W. Kubig, Pankow, Florastr. 9.
- Teltow-Beeskow:** Fritz Hoppe, Rixdorf, Berlinerstr. 14. Karl Vogheimer, Groß-Schliefersfelde-Vankov, Siemensstr. 31.

C. Lokalkommision:

1. Wahlkreis: Jakob Ege, Köpferstr. 23. Karl Goldt, Kanonenstr. 13.
 2. Wahlkreis: Heinrich Schröder, Kreuzbergstr. 15. Albert Eisenhauer, Rottbuscher Dam 88/87.
 3. Wahlkreis: Wilhelm Hinz, Prinzenstr. 68, vorn IV. Paul Jakob, Grünauerstr. 26, Hof III.
 4. Wahlkreis (Osten): Karl Rott, Straßmannstr. 29, vorn part. Heinrich Förster, Wallisadenstr. 48, vorn Keller.
 4. Wahlkreis (Südosten): Wilh. Sedler, Kaufherstr. 14 III. Hermann Görke, Rottbuscherstr. 15.
 5. Wahlkreis: Friedrich Kausch, Windstr. 12. Julius Stange, Gaubnystr. 3.
 6. Wahlkreis: Hans Buchweitz, Wilhelmshaberstr. 38 (Moabit). Richard Thiel, Chausseest. 68/69 (für Oranienburger Vorstadt und Wedding). Richard Henchel, Volknerstr. 51 (für Rosenthaler Vorstadt und Gesundbrunnen). Wenzel, Schlemmerstr. 43 (für Schönhäuser Vorstadt).
- Nieder-Barnim:** Robert Niel, Nummelsdorferstr. 22.
- Teltow-Beeskow:** Robert Gramenz, Baumjulenweg, Kiechholzstr. 293.

D. Agitationskommission für die Provinz Brandenburg:

1. Wahlkreis: Albin Schuster, Straßmannstr. 2.
 2. Wahlkreis: Fritz Zinke, Reichenbergerstr. 128.
 3. Wahlkreis: Karl Dimmig, Luisen-Ufer 11.
 4. Wahlkreis (Osten): Jean Janzen, Landsberger Allee 148, linker Seitenflügel IV.
 4. Wahlkreis (Südosten): Karl Scholz, Brangelstr. 110.
 5. Wahlkreis: Georg Davidsohn, Heinersdorferstr. 8 IV.
 6. Wahlkreis: Gustav Lautant, Volkstr. 45. Paul Dobrowald, Eberswalderstr. 1.
- Nieder-Barnim:** W. Liesegang, Berlin O., Kaiserstr. 2.
- Teltow-Beeskow:** Hermann Fischer, Schöneberg, Gothenstr. 36.

E. Vorsitzende der Kreis-Wahlvereine:

1. Wahlkreis: Richard Stehl, Sienewalderstr. 118.
 2. Wahlkreis: Hermann Berner, Rittenwalderstr. 30.
 3. Wahlkreis: Stephan Frig, Oranienstr. 157, IV.
 4. Wahlkreis (Osten): Paul Mann, Friedenstr. 61.
 4. Wahlkreis (Südosten): Paul Hoffmann, Appelerstr. 21.
 5. Wahlkreis: Leo Jucht, Georgenstr. 57 II.
 6. Wahlkreis: Wilh. Reithaler, Gartenplatz 1.
- Central-Wahlverein für Teltow-Beeskow:** Paul Hirsch, Charlottenburg, Rosinenstr. 3.

F. Kassierer der Kreis-Wahlvereine:

1. Wahlkreis: Karl Wittner, Feilnerstr. 11.
 2. Wahlkreis: H. Schmidt, Köpferstr. 48, Hof I.
 3. Wahlkreis: Arthur Vogt, Admiralstr. 18a, Duergeb. IV.
 4. Wahlkreis (Osten): Franz Thiele, Wallisadenstr. 52, v. part.
 4. Wahlkreis (Südosten): Rich. Gadelbusch, Kaufherplatz 14/15 (Parteispedition).
 5. Wahlkreis: Leo Liepmann, Sienstr. 242.
 6. Wahlkreis: Karl Fahrenow, Ravenstr. 6.
- Teltow-Beeskow:** Wilh. Eberhard, Charlottenburg, Rosinenstr. 3.

Zur Weihnachtsbescherung

für die Kinder der ausgesperrten und freitenden Metallarbeiter, Holzarbeiter und der Kinder anderer ausgesperrter Arbeiter gingen bei der Berliner Gewerkschaftskommission folgende Beiträge ein:

- Aus dem Unfall G. D. G. 5.—. Von dem Verband der Väter, Jahreshilfe Steglitz 15,00. Disziplinarclub des Verb. 12,30. R. Langenberger 9,20. Familienratel 1900 10.—. Rathhaus-Nummerischer Gesangverein 20.—. Unterstützungsfonds der Glasarbeiter Stralau 29.—. Autischer u. Dausdriener der Handbuch-Verleih-Anstalt Ligner 20.—. Buchdruckerei-Disziplinarclub des „Vorwärts“ (Rotations-Jah) 10.—. Lotterieverein Guts Hofmannung 8,25. St. 10.—. Wolter 4.—. Werkstelle Koch 3,45. Zentral-Vorstand des Verbandes der Steinfeiler 100.—. Ges. d. Galvanoplastik Friedrichstraße 4,53. Bauhilfsverein von Rixdorf, Luisen-Ufer 12, 34.—. Zentral-Verband der Maurer 500.—. Tischlerei Schöpp 18,50. Ein Vourgeois 5.—. Tischlerei Schory 10.—. Laubstammen-

- brüder 1.—. Buchdruckerei H. E. Hermann 19,15. Ueberichau, Kranzstr. Wittkopf 3,50. Tischfabrik Bremer, Grüner Weg 10.—. Liste 20,20. Ledertwaren, S. Markwitz 6.—. Tischlerei Rehband u. Kammelsow 11.—. Arb.-Radfahr. Baumjulenweg 3.—. Gef. d. Vail 16,70. Spichaleth 9,90. Ueberichau der Sechlerklasse, Tischlerei Cujas 12.—. R. Höchlestr. 1 1.—. Töpfer der Firma Schwarz, Hohenlohestr. 18,00. Arbeiter d. Möbelfabr. Sachs u. Haase, Kochstr. 26.—. Werkstatt Oder, Liste 1886 21,45. Tischlerei Detert, Fruchtstr. 6,50. Schlosser von C. Kern u. Geb. Ludewig 8.—. Telegraphentischler, Döschler 33,85. Möbelsticker u. Maschinenarb. Döschler 55,90. Tischlerei Gottfr. Kramer Händlerstr. 23,50. Riffenfabrik G. Müller, Charlottenburg 19,75. Räte Rosenbergs, Niergartenstr. 5.—. Hartung, Eisen-Geheirei, Prenzlauer Allee 45,40. Kollegen von Hinrichs, Mitterstraße 10,95. Personal der Buchdruckerei Janitzgewölz 15.—. Personal der Buchdruckerei B. Wansch 5,75. Van Wolmarerstr. 27/28 6,20. Tapezierer der Firma Blumenreich 5.—. Kolonie Bergfelde, Georg Fischer 5.—. Ueberichau vom Kranz d. G. Heinemann 13.—. Tischlerei v. Altdiner, Hagelobergerstr. 31.—. W. Stengert, Kohlenhändler, Pappel-Allee 4.—. Stammtisch Vieda, Stolperstr. 19, durch Grimm 10.—. Köwert 10.—. Arbeiter-Schwimmerbund 50.—. Zwei Portiers a. d. Garten Sylvastr. 1.—. Les. u. Diskutierklub Nordlante 5.—. Ruckmühlensstr. 3. Schwarzer, Wienerstr. 7,60. Berliner Langlehrer-Verband 10.—. R. Dufte 11,20. Wolf, Liste 280, 26,65. Schlosserei Sarotti Cholodan-Fabrik 4,30. Spar- u. Kreditverein Einigkeit 16,00. Verband d. Brauerarbeiten, Sektion 2, 250.—. Vennewitz, Liste 908, 14,15. Turnber. Trepptom 7,03. Morz, Liste 204, 22,95. Sparverein „Steif und Fest“ 88,60. Textilarbeiter-Verband (Stidierarb.) 20.—. Werkstatt Karl Rattner 7,70. Angestellte der Ortskonferenz der Buchbinder 6,50. Wiedemann, Liste 819, 19,80. Tidayle, Liste 955, 11,50. Paul, Liste 904, 17,85. Böhm 4.—. Albumarbeiter des Buchbinderverb. 15.—. Aufschneider der Firma Blumenau u. Sohn 3.—. E. Hagemann, Liste 1402, 23,70; do. Liste 1463, 18,05. Emil Brandt, Liste 1816, 14,00. Werkstatt Ebelich, Kronenstr. 41,55. Bureaupersonal des Rabatt-Sparvereins Süd-Ost 14.—. S. E. 2.—. Ratiborsstraße 3.—. Tischlerei P. Wener u. Starb 5,90. Werkstatt Hille, Kochstraße, 25,50. Liste 1279, darunter drei Herren von Kirschenberg, 7,00. Werkstatt von Vohmann, Kommissstraße, 12,50. Männerchor „Rote Kote“ 8.—. Liste 1296, Hennyer u. Co., Alte Jakobstraße, 35,45. Tischlerei Gebr. Schürmeister, Langestraße 14.—. Arb. der Telegraphenbau-Anstalt Haunmayer u. Bachold 4.—. Liste 862, Wittig 16,65. Sparverein Liegnitzer Schweiz 15.—. Bautischlerei G. Molnd, Pankow 12,30. Firma Briggemann, Rixdorsdorferstraße, 1. Rate 23,05. Liste 965, F. Thurnau 23,75. Liste 966 3,20. Tapezierer der Firma C. Hoffmann 4.—. Risten 226/27, Ecke 23.—. Risten 1273—76, Georgi 49,80. Ruffin 10,30. Tischlerei Schwarz, Urbanstraße, 2. Rate 12,15.
- Summa 2303,50 M., bereits quittiert 1827,20 M., Gesamtsomme 4180,70 M.
- Die weiteren Quittungen erfolgen in der nächsten Nummer des „Vorwärts“.
- Weitere Sendungen werden entgegen genommen im Bureau der Berliner Gewerkschaftskommission, Engel-Ufer 15, in der Zeit von 11—1 Uhr vormittags und 6—8 Uhr nachmittags.
- Geldsendungen sind zu richten an Karwin Köster, Engel-Ufer 15. Der Auspruch der Berliner Gewerkschaftskommission.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Reichstags-Wahlkreis Nieder-Barnim. Sonnabend abend 8 Uhr findet in Stralau-Rummelsburg, im Restaurant „Schonert, Stralauer Weg, eine Kreisversammlung statt. Tagesordnung:

1. Die bevorstehende Landeskonferenz für Preußen und welche Aufgaben hat dieselbe zu erfüllen. Referent: Arthur Stadthagen.
2. Diskussion.
3. Wahl von Delegierten.

J. A.: G. Freiwaldt, Kreisvertrauensmann, Pankow.

Neuenhagen (Ostbahn). Sonntag nachmittag 4 Uhr, Mitglieder-versammlung des Wahlvereins in Rogers Restaurant, Bruchmühle. Tagesordnung: Die deutsche Politik und der russisch-japanische Krieg. Ref. Boeske.

Friedrichshagen. Sonnabend abend 9 Uhr hält der Arbeiter-Bildungsverein bei Neynd, Friedrichstraße 114, seine Mitgliederversammlung ab, in welcher Genosse M. G. Waage über „Die Entstehung des Weltalls und der Erde“ einen Vortrag halten wird. Gäste, auch Frauen, haben Zutritt. Die Mitglieder, welche mit ihren Beiträgen länger als sechs Monate rückständig sind, werden erjucht, noch im alten Jahre zu bezahlen, damit der Ausschluss vermieden wird.

Lokales.

Ihr Kinderlein, kommet . . . !

Eine der ersten Abendstunden an der Ecke der Leipziger und Jerusalemstr. Das bekannte Menschengewimmel in dreifacher Verstärkung, da die Schaufenster von Licht in ihrer blendenden Beleuchtung Kilometerweit jeden anlocken, der nicht mit der Minute geizen muß. Ruz langsam kommt man in solchem Gewühl vorwärts.

Blötzlich ein Bild, das der Fußgänger an dieser Stelle regsten weltstädtischen Verkehrs am wenigsten vermutet. Zwölf bis zwanzig Kinder, Knaben und Mädchen im Alter von sechs bis zwölf Jahren, laufen spornstreichs um die Ecke. Söhne und Töchter des Volkes, nicht sehr nobel gekleidet; aber alle halten irgend etwas zum Spielen in der Hand, manche haben gar ein Zigarettenstück voll bunter Sachen bei sich. Gewiß erfreut es das Auge, so eine Schar sich austoben zu sehen; eine merkwürdige Laune ist es allerdings, daß die Knaben gerade den belebtesten Platz Berlins zum Zockspiel wählen. Die kleine Truppe stürmt weiter, nach der Krausenstraße hin; manche rennen quer über die Straße durch die Straßenbahn, Omnibusse und Droschken hindurch, um auf den Dönhoff-Platz sich verstecken zu können. Eine Leichtfertigkeit, denn es ist hier oft ein Kunststück, mit heißen Knochen dem Wagengewühl zu entrinnen.

Wir betrachten uns einige der Kinder näher. Seltsam! Von jugendlicher Heiterkeit ist wenig in ihren Zügen zu spüren, etwas Ärtiges, Rädes, spricht aus den glanzlosen Augen, und eine gewisse Angst, die sie zur Schau tragen, sowie die Rufer „er kommt, er kommt“, deuten Freude und gar nicht darauf hin, daß ihnen das Rennen große trümmen, verkommenen Hände scheinen dafür zu sprechen, daß die ganze Gesellschaft unter Frösteln leidet, obgleich es gar nicht besonders kalt ist und Kinder beim Rennen doch leicht warm werden.

Das Rästel ist bald gelöst. Diese Kinder denken gar nicht ans Spielen, und die Schmutzspiele, die sie mit sich führen, die „Schäffens“, Flechmäufe und Kugelnader, sind ihre Handelsartikel. In langer Reihe stehen sie an der verkehrs-

reichen Ecke, um diesen Land für einen Groschen das Stück dem Publikum anzupreisen. Allerdings, dabei wird einen in der dünnen, abgetragenen Kleidung frieren. Aber warum ist denn das Völlchen mit einem Male spornstreichs davon gelaufen? Auch das hat seinen guten Grund. Von weitem tauchte ein Schutzmannshelm auf, und der Vertreter der Obrigkeit hat darauf zu achten, daß an dieser Stelle kein Straßenhandel getrieben werde. Besonders von Kindern nicht, da es in sozialpolitischer Hinsicht nicht zu verantworten ist, wenn kleine Kerle, statt in ihren Freistunden zu spielen, auf ermüdenden, anstrengenden Geldewerb ausgehen.

Der Menschheit Jammer paßt uns. Zum Besten der Kleinen ist der Straßenhandel verboten, und doch zwingt die Not der Eltern sie, dem Verbot entgegen zu handeln. Man mag sagen, was man will; nicht alle Väter, nicht alle Mütter schicken ihre Kinder aus purer Gewissenlosigkeit mit dem Zigarettenstück auf die Straße. Und wo doch das Trauerspiel eines unordentlichen Haushalts die Kleinen zwingt, Schürbänder und Hampelmänner zu verkaufen, ist es um so schlimmer. Im Kleinen offenbart sich in diesem Bilde die Unzulänglichkeit sozialreformerischen Strebens im Gegenwartstaate.

Der Schutzmann geht gemessenen Schrittes vorüber. Er sieht nichts von der Erscheinungsmassen. Mühselig sammelt sich die Gesellschaft wieder zusammen und die bekannten Anpreisungen sind von neuem zu vernehmen.

Wir wollen von nutzlosen Lamentationen ablassen; auch uns ist leichter ums Herz, da keiner abgefecht worden ist und das grauenhafte Schauspiel, etwa ein sechsjähriges Mädchen auf die Polizeiwache geschleppt zu sehen, der Menschheit erspart blieb.

Nur eine Frage drängt sich uns auf. Wie elend mag es in den Bergen dieser Kleinen aussehen, die in der fröhlichen, seligen Weihnachtszeit frierend mit „Schäffens“ handeln, und besonders, welches Bild mügen sie sich vom Staate machen, der, wenn er sie verfolgt, eigentlich ihr Bestes will, und dessen Vertreter ihnen dennoch nur als der Inbegriff aller Schrecken vor die Augen tritt?

Die Stichwahl im 30. Kommunal-Wahlbezirk

Hat der Sozialdemokratie keinen Sieg gebracht. Sie hat gerundet mit einem Siege des Freisinn — oder, richtiger gesagt, der Koalition zwischen Freisinn und Bürgerpartei. Denn die Bürgerpartei hat — entgegen der Erklärung, die ein paar ihrer Führer nach der Hauptwahl abgegeben hatten — dem Kampf zwischen Freisinn und Sozialdemokratie nicht Gewalt bei Fuß zugesaut. Vielmehr haben die Wähler des Herrn Prekel, soweit sie an der Stichwahl sich beteiligten, fast ausnahmslos für den freisinnigen Herrn Reitig gestimmt, und sie haben schließlich zu seinen Gunsten den Ausschlag gegeben. Das stand im voraus fest, und niemand wird sich darüber wundern.

Das Ergebnis der Wahl ist dieses:

	Hauptwahl	Stichwahl
Eingeschriebene Wähler:	5628	5628
Davon haben gewählt:	1800	1088
und zwar:		
sozialdemokratisch . . .	760	920
freisinnig	658	1088
antisemitisch	436	—
zerpflütert	9	—

Gewählt ist Reitig (freisinnig).

Bei der Hauptwahl war unser Genosse Sassenbach dem freisinnigen Reitig um 116 Stimmen voraus gewesen, bei der Stichwahl blieb er um 148 Stimmen hinter ihm zurück. In der Stichwahl hat er noch 151 Stimmen dazugewonnen, Reitig aber 415 Stimmen. Der Freisinn wird das als einen glänzenden Sieg feiern wollen, der durch eigene Kraft errungen sei. Da möchten wir gleich jetzt feststellen, was eine Auszählung ergeben hat, die nach Schluß der Wahl von unseren im 30. Bezirk tätigen Genossen vorgenommen wurde. Von den 436 Prekelschen Wählern der Hauptwahl beteiligten sich 283 an der Stichwahl, und von diesen stimmten nur 6 für Sassenbach, aber 277 für Reitig. Nicht man diese ab von dem oben mitgeteilten Stimmenergebnis, den die Stichwahl brachte, so bleiben an eigenen Referren für uns 151 — 8 = 145, für den Freisinn 415 — 277 = 138. Wir haben hiernach den Vorprung, den wir bei der Hauptwahl gehabt hatten, bei der Stichwahl voll behauptet, und der Freisinn hat es lediglich der Bürgerpartei zu danken, daß er noch einmal „gesiegt“ hat.

Wir sagen: „noch einmal“. Denn es kann keinem Zweifel unterliegen, daß auch im 30. Bezirk dieser „Sieg“ der letzte gewesen ist. Dem Freisinn ist hier noch einmal eine Galgenfrist bewilligt worden. Möge er sich ihrer freuen, so lange sie währt. Die freisinnige Presse wird sich auf dieses Wahlergebnis stützen, wie eine Meute hungeriger Hunde auf einen mageren Knochen, der unter sie geworfen wird. Sie wird mit Stillschweigen darüber hinwegschlafen, daß hier freisinnige und konservative, Juden und Antisemiten gemeinsame Sache gemacht haben, um den für die Sozialdemokratie reisenden Bezirk noch einmal zu retten. Früher pflegte der Freisinn dem Bürgerparteiliker Prekel höhnend vorzuhaken, er sei der Auserkorene der Postfalsen. Nun ist dem freisinnigen Reitig dieselbe Ehre zu teil geworden. Aber wahrhaftig hätte nicht einmal die ihm von den Antisemiten geleistete Wählhilfe ihn vor der Niederlage bewahrt, wenn nicht die Stichwahl auf einen für unsere Parteigenossen so sehr ungünstigen Zeitpunkt gelegt worden wäre. Wir stehen jetzt kurz vor Weihnachten, da sind viele Geschäftsdienere, die zu uns halten, in den Geschäften unadäquat, und viele bereits Beschäftigungslos; geordnete Arbeiter müssen dem Rebenewerb nachgehen, der sich ihnen in dieser Zeit bietet. Der Freisinn wird den Magistrat preisen, daß er erst bis zur Hauptwahl elf Wochen und dann bis zur Stichwahl noch drei Wochen verschreiben ließ.

Unsere Genossen im 30. Bezirk sind durch den Ausfall der Stichwahl nicht im geringsten entmutigt. Sie haben allen Grund, auf diese Wahlbewegung stolz zu sein. Die Hauptwahl hat gezeigt, daß auch hier die Sozialdemokratie vorwärts gelangt ist und der Freisinn samt der Bürgerpartei an Anhang weiter verlieren hat. Die Zukunft gehört uns.

Der Streitposten-Antrag steht wieder auf der Tagesordnung

der heutigen Stadtverordneten-Sitzung. Der Vorsitzende, Herr Langerhans, hat es sich überlegt und will nun keinen Einspruch mehr dagegen erheben, daß über den Antrag verhandelt wird. Den Gedanken an eine Niederlegung seines Vorkammeramtes hatte er schon sehr bald wieder vergessen. Aber auch die Sorge, daß die Staatsregierung einschreiten könnte, scheint ihn nun nicht mehr zu quälen. Andere freisinnige Stadtverordnete sollen ein solches Einschreiten nicht beschränken, sondern „gehofft“ haben, wie in der freisinnigen Presse zu lesen stand. Aber bisher hat man nicht gehört, ob der Oberpräsident ihnen diesen Besallens tun will. Die nächste Wirkung dieses sehnsüchtigen Winkens war nur die, daß der Berliner Freisinn von der reaktionären Presse erbarmungslos verhöhnt wurde. Der Antrag selber wird ja voraussichtlich abgelehnt werden; nach den Erklärungen,

die in der letzten Stadtverordneten-Sitzung von den einzelnen Fraktionen des Freisinn abgegeben wurden, ist daran kaum zu zweifeln.

Zum Bau der Untergrundbahn vom Potsdamer Tor nach dem Spittelmarkt wird uns noch berichtet:

Der Vertrag zwischen den der Gesellschaft für Hoch- und Untergrundbahnen in Vorverhandlungen mit einigen Magistrats-Mitgliedern fertiggestellt hat, war Gegenstand der Beratung in der städtischen Verkehrsdeputation.

Unter Vorsitz des Oberbürgermeisters wurde der Entwurf in einer mehrere Stunden dauernden allgemeinen Diskussion erörtert. Die Hauptbestimmungen des Vertrages wurden einer scharfen und ablehnenden Kritik unterzogen, die dahin zusammengefaßt werden kann, daß unter Förderung des Planes der Weiterführung der Bahn vom Potsdamer Platz nach dem Spittelmarkt der Vertrag auf eine andere, der Gemeinde günstigere Grundlage gestellt werden muß. In Verbindung mit dem vorgelegten Projekt wurde auch die Anlegung einer neuen Straße vom Hausvogteiplatz nach dem Spittelmarkt zur Entlastung der Leipzigerstraße besprochen.

Die Deputations-Verhandlungen ergaben volle Übereinstimmung über die Voraussetzungen, unter denen ein Vertrag mit der Gesellschaft abgeschlossen werden kann und endet mit der Einsetzung einer Kommission, die einen den Intentionen der Verkehrsdeputation entsprechenden Entwurf aufstellen wird. Zu Mitgliedern der Kommission wurden der Oberbürgermeister, die Stadträte Albert, Rolle und Krause sowie die Stadtv. Jacoby, Kallmann, Rosenow und Singer gewählt. Die Arbeiten der Kommission sollen nach Möglichkeit beschleunigt werden. Zur Herstellung eines Schleifenverkehrs hat die Große Berliner Straßenbahn-Gesellschaft die Genehmigung zur Einlegung von Kurven am Wedding und in der Reinickendorferstraße beantragt. Die Genehmigung auf Widerruf wurde mit der Bedingung erteilt, daß eine Verklärung der jetzt in Betrieb befindlichen Linien oder Teilstrecken nicht eintritt.

Die letzte Arbeit unseres Genossen Kurt Freudenberg enthält die soeben ausgegebene Nummer 26 der „Gleichheit“. Sie handelt über die Bekämpfung des Gebärmutterkrebses. Noch wenige Tage vor seinem Ableben entwarf Freudenberg einen großzügigen Organisationsplan, wie dem mörderischen Feinde unserer Frauen durch Aufklärung auf breiter Grundlage wirksam zu begegnen sei. Der Artikel der „Gleichheit“ sollte nicht nur in der Parteipresse zum Ausdruck gelangen, sondern als Flugblatt gedruckt, allen Krankenkassen mit weiblichen Mitgliedern und mit Familienversicherung überhandt werden mit der Aufforderung, es ihren Mitgliedern einzuhandigen und zur Beachtung zu empfehlen.

Indem wir die Parteigenossinnen auf den Artikel der „Gleichheit“ verweisen, richten wir an die Vorstände der Krankenkassen die dringliche Bitte, durch zahlreiche Entnahme des Merkblattes und Verteilung unter ihre weiblichen Mitglieder im Sinne des verstorbenen Genossen zu handeln, um so Tausende und Abertausende von Frauen vor schrecklichem Siechtum und Tod zu bewahren.

Das Merkblatt ist für den Preis von 1 Mark pro 1000 Exemplare vom Verlag der „Gleichheit“ zu beziehen. Porto zu Lasten des Bestellers.

Das Magistratsbureau für Invalidenversicherung, in dem u. a. Anträge auf Invalidenrente und Altersrente anzubringen sind, wird am 21. d. M. nach dem neuen Dienstgebäude der Landesversicherungsanstalt Berlin, am Kölnischen Platz 8, verlegt.

Der Magistrat hat beschlossen, vorbehaltlich der Zustimmung der Stadtverordneten-Versammlung, das ehemalige Verwaltungsgebäude der Landesversicherungsanstalt Berlin, Klosterstraße 41, das jetzt frei geworden ist, auf 3 Jahre zu mieten und die Steuerabteilung III, die sich jetzt im Erdgeschoß des Rathauses Zimmer 6 bis 10 befindet, dorthin zu verlegen. Die übrigen Räume sollen für Zwecke des Statistischen Amtes der Stadt Berlin, besonders für die bevorstehende Volkszählung, eingerichtet und benutzt werden. Die freierwerdenden Räume im Erdgeschoß des Rathauses soll die Stadthauptkasse erhalten, die mit ihren Kägen nicht mehr auskommt.

In der gestrigen Sitzung der städtischen Parlamentarier unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Dr. Reiche wurden die Entwürfe des Gartenbaudirektors Käsling für den Brunnen- und Artimplatz genehmigt. Das Projekt für den Brunnenplatz an der Parkstraße gegenüber dem neuen Amtsgericht sieht nunmehr genau so aus wie früher. Der Artimplatz liegt unweit des Ringbahnhofs Schönhauser Allee an der Stolpischen- und Behmstraße. Ferner hat die Deputation beschlossen, versuchsweise auf dem Andreas- und Dönhofsplatz einige Bänke ausschließlich für Kinder und Frauen bereitzustellen.

Die Besetzung des Parlamentariers Dr. Friedrich Dammacher hat Mittwochs mittag auf dem Zwölfapostelkirchhof in der Kolonnenstraße unter großem Trauergelicht stattgefunden. Am Grabe sprach der Abgeordnete Vespermann, der dem entschlafenen Führer der nationalliberalen Partei einen ehrenden Nachruf widmete. Vorher wurde in der Wohnung des Verbliebenen, Kurfürstenstraße 115/116, eine Trauerfeier abgehalten.

Das Hochzeitsgeschenk. Die für gestern andereraunte Sitzung der städtischen Deputation, die unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Kirschner darüber beraten wollte, welcher Art die Hochzeitsgabe der Stadt für die Vermählungsfeier des Kronprinzen sein soll, wurde abgefragt. Der Termin für die nächste Sitzung wird noch bestimmt werden.

Ueber Betrügereien größten Umfangs veröffentlicht die „Berl. Morgenpost“ einen langen Artikel, aus dem wir unter anderem vornehmlich folgendes wiedergeben: Gegen den 23jährigen Reichsgraf Hugo v. S. und G., der in einem der vornehmlichen Gasthöfe wohnt, zurzeit unbekanntem Aufenthaltsort, ist Strafanzeige wegen Betruges erlassen worden. Der junge Reichsgraf hat es unter Beihilfe seines Sekretärs W. verstanden, in kaum einem halben Jahre Schulden von Hunderttausenden zu machen. Zuerst wurden gegen Wechsel Pferde gekauft und bald in Geld umgewandelt. Dann ward, natürlich nur gegen Wechsel, ein Automobil erworben. Ein Rentner Sch. stellte dem „momentan in einer kleinen Verlegenheit“ befindlichen Reichsgrafen 7000 M. zur Verfügung. Das Darlehen wurde an dem bestimmten Termin zurückgezahlt, und Sch. nahm nun keinen Anstand, dem Kavaliereine viel höhere Summe zu leihen. Ein Bankier gab 60 000 M. als Darlehen. Dann wurde gegen Wechsel im Betrage von 150 000 M. ein Landstück gekauft, als dessen Besitzer der angegebene Baron und Sekretär W. austrat. Der Reichsgraf „belieh“ das Grundstück erst für 70 000 M. Ein Rechtsanwalt soll so unglaublich leichtsinnig gewesen sein, dem Grafen 45 000 M. Kündelgelder als Hypothek zu geben. Das Grundstück hatte dabei nur einen Wert von höchstens 20 000 M. Ein Rentner R. verkaufte dem Grafen ein Grundstück und gab ihm sogar noch 20 000 M. bar her. Sein Bruder soll gegen Wechsel seine Biegelei für 350 000 M. verkauft haben und zugrunde gerichtet sein. Schließlich betrauten der Graf und sein Sekretär ins Ausland. Vergeblich haben die Gläubiger auf die Rückkehr der beiden gewartet.

Dem Vorstehen des Verbandes der Bäcker, unserem Parteigenossen Karl Schönbald erhalten wir folgende Zuschrift zu der gestrigen von Herrn Behm eingelassnen Berichtigung: Behm war in der fraglichen Versammlung im Lokal „Königsplatz“ anwesend, er hat dort gerade das, was ich in bezug auf die Hände in einzelnen Bäckereien ausführte, sich genau aufgezeichnet, wie er vor Gericht vorzutragen. Diese Aufzeichnungen hat er sowohl dem Bäckereimeister Börner, Küstnerplatz 2, als auch dem Bäckereimeister Köhler, Behmstraße, mitgeteilt. Diese seine Mitteilungen hatten beiden Bäckereimeistern die - gleichviel ob mittelbare oder unmittelbare - Veranlassung gegeben, Strafantrag gegen mich zu stellen. Welchen Zweck Herr Behm mit seinem Angebereien an die betreffenden Bäckereimeister verfolgte, ob er diese zur Klage bewegen oder für mich eine

Befolgung erlangen wollte, läßt sich wohl beurteilen aber nicht behaupten. Jedenfalls spricht die Tatsache, daß Herr Behm vor Gericht die lebenswürdige Bemerkung machte, die Versammlung hätte einen „aufheuerischen“ Charakter gehabt, nicht für die letztere Annahme.

Liebesdrama im Hotel. Der 20 Jahre alte, aus Berlin gebürtige Stellmacher Valentin Marzinkowski, der in der Andreasstraße 20 wohnte, unterhielt seit einem halben Jahr ein Verhältnis mit einer Martha Schulz, die bis zum 1. d. M. bei einem Bädermeister diente, seitdem keine Beschäftigung hatte und in der Kappensstraße 26 in Schloßstraße wohnte. Seit drei Tagen waren beide nicht mehr in ihren Wohnungen gewesen. Der junge Mann wurde von der Polizei gesucht, weil er sich nicht zum Militärdienst gestellt hatte. Gestern morgen schrieb er seinen Brüdern Abschiedsbriefe. Nachmittags um 4 Uhr besuchte das Paar ein Hotel am Schlesischen Bahnhof. Nach dem Abendessen begaben sich beide ins Schlafzimmer. Eine halbe Stunde später wurde dort festig und anhaltend geklingelt. Bekannte Hülfserufe empfingen das eintretende Personal. Der junge Mann lag regungslos auf dem Sofa, während Martha Schulz laut aufschrie und dann zusammenbrach. Beide hatten Erschöpfung erlitten und wurden mit einem Rettungswagen nach Bethanien gebracht.

Ein Rechtsstreit um Leoncavallos Oper „Der Roland von Berlin“, hat sich zwischen zwei hiesigen Zeitungsverlegern entsponnen. Die Firma Ullstein u. Co. hatte von dem Komponisten das Recht erworben, den Abdruck einer Komposition aus der Oper in der von Bogumil Seidler herausgegebenen „Musik für Alle“ vorzunehmen. In dem schriftlichen Vertrag hatte sich Leoncavallo verpflichtet, keiner anderen Berliner Zeitung dasselbe Recht einzuräumen. Als der Vertreter der Firma vor einigen Tagen bei dem Komponisten erschien, um den von ihm unterzeichneten Vertrag nebst der Partitur abzuholen, wurde ihm erklärt, daß kurz zuvor ihm der Verlag Aug. Scherl zur Verfügung gekommen und ein Abdruckrecht für die „Wochensche“ erworben habe. Herr Scherl war durch Vermittelung des Schriftstellers Holzbock bereits vor längerer Zeit mit Leoncavallo beim feinem Verleger Sonzogno in Verbindung getreten. Die Firma Ullstein u. Co. bestand auf ihrem vertragsmäßigen Recht und ließ durch den Rechtsanwalt Dr. Schubert ein Verbot an Leoncavallo und den Verlag Aug. Scherl ergehen. Das Verbot traf den Komponisten gerade inmitten der Vorbereitungen zu seiner Generalprobe. Dieser antwortete durch Eildruck an den Anwalt, daß er der Firma Ullstein eine bezügliche Zusicherung nicht gegeben habe und fürchte sich, die den Abdruck einer Komposition aus der Oper in der „Musik für Alle“ einzuräumen, sofern sie auf ihr ausschließliches Recht verzichte. Gleichzeitig behauptete aber auch Herr Scherl, daß er von dem Verleger Sonzogno und von Leoncavallo das alleinige Recht zugesichert erhalten habe und die Komposition bereits in dieser Woche zu veröffentlichen beabsichtige. Dem Vernehmen nach hat der Verlag Ullstein u. Co. zur Klärung der Rechtsfrage den gerichtlichen Weg beschritten. Eigentlich gibt dieser Krieg deutlicher als alle Kritik Kunde davon, daß man es in der neuen Oper mit einer Sensationsmacherei zu tun hat.

Das rätselhafte Verschwinden eines Photographen wird aus Friedenau gemeldet. Es handelt sich um den 23jährigen Hermann Prizbilla, der vor längerer Zeit in dem Hause Handjersstraße 67 ein photographisches Atelier eröffnet hatte. Prizbilla entfernte sich am Mittwoch, den 30. November, abends gegen 6 Uhr, in seinem Arbeitsanjam, um spazieren zu gehen. Bis heute ist er jedoch von diesem Spaziergange nicht zurückgekehrt. An dem fraglichen Abend wurde der Vermisste in der Rheinstraße promenierend zum letzten Male gesehen. Seitdem fehlt jede Spur von dem jungen Manne. Die Friedenauer Polizei hat bisher vergeblich in sämtlichen Krankenhäusern nach dem Verbleib des Verschwindenden gesucht. Da auch die Möglichkeit eines Verbrechens nicht ausgeschlossen ist, ist bereits eine Abklärung der Umgebung von Friedenau erfolgt. Doch sie verlief gleichfalls resultatlos. Prizbilla lebte in geordneten Verhältnissen. Die Eltern des jungen Mannes haben auf die Auffindung ihres Sohnes eine Belohnung von 100 M. gesetzt. Der Verschwindene ist 1,80 Meter groß, von schlanken, kräftigem Körperbau, hat blondes, etwas gelocktes Haar und weist als besonderes Kennzeichen eine eingedrückte Nase auf. Bekleidet war Prizbilla mit dunklem Schlafhut und Winterpaletot, grauen Weinleibern und Jackett.

Im Betriebe der Brauerei Königstadt hat gestern der Brauer Stefan Jeshone! dadurch einen entsetzlichen Tod gefunden, daß er von einem Gerstenhaufen mitgerissen wurde, den man durch ein Durchlaßrohr aus der oberen Etage abließ, worauf Jeshone! unter dem Getreide erstickte. Während es seinem Kollegen Sellenner gelang, sich festzuhalten, wurde Jeshone! bis an die Mündung des Rohres gezogen. Die Gerstenhaufen schlugen über ihn zusammen, und als Hilfe nahte, war es zu spät. Sellenner konnte dem Verunglückten nicht beibringen, da er selbst bis zur Brusthöhe verschüttet war. Nach sachmännischem Urteil liegt die Schuld an dem Unglück daran, daß die Betriebseinrichtungen in der Brauerei unzulänglich sind und der Getreide, der erst am Morgen des Unglückstages in die Brauerei eingetrennt war, auf die Lebensgefahr, die die Arbeit in sich schloß, nicht hingewiesen wurde. Daß diese Arbeit äußerst gefährlich ist, weiß man aber im Betriebe der Brauerei, da schon mehrfach Brauer von der herabstürzenden Gerste mitgerissen wurden. In anderen Brauereien sind Sicherheitsvorrichtungen vorhanden, in der Brauerei Königstadt nicht. Der Zentralverband der Brauer, von dem uns die Unfallnachricht zugeht, meint, daß der Vorfall nicht den schlimmsten Ausgang genommen hätte, wenn die Brauerei den Vorschriften über Unfallverhütung gebührende Beachtung geschenkt hätte.

Es ist eine bekannte Leichtfertigkeit mancher Geschäftleute, daß sie blutigen Leuten beträchtliche Geldsummen anvertrauen und sie dadurch in Versuchung bringen. Das hat sich von neuem an einem heute gemeldeten Vorgange gezeigt. Mit 1500 M. ist der 16 Jahre alte aus Dresden gebürtige Hausdiener Rudolf Keppen verschwunden, der seit Jahresfrist in einem Zigarrengeschäft in der Friedrickstraße, dessen Inhaber auch Stempeldirektor ist, angestellt war. Der junge Mann ist der Sohn adölerer Eltern, genöh das volle Vertrauen seines Arbeitgebers, der er bisher auch immer geredigt hatte, und erhielt schon oft größere Geldbeträge anvertraut. Gestern morgen wurde er um 9 1/2 Uhr mit 1500 M. weggeschickt, um bei der Hauptsteuerkasse die Stempel zu ergänzen, kam aber dort nicht an und lehnte auch nicht wieder zurück. Die Erkundigungen, ob er vielleicht irgendwo auf der Straße verunglückt sei und ein Krankenhaus habe aufsuchen müssen, hatten ein negatives Ergebnis. Man nimmt daher jetzt an, daß er mit dem Gelde durchgebrannt ist.

Unter dem Verdacht des Kindesmordes wurde gestern das 19 Jahre alte, aus Jpehoe gebürtige Dienstmädchen Ella Sumawski verhaftet. Der Wirt des Hauses Wilsdorfstraße Nr. 95, bei dem sie diente, nahm gestern in seinem Wohnzimmer, in dem geheizt wurde, einen üblen Brandgeruch wahr und fand im Ofen die angelohlte Leiche eines neugeborenen Kindes. Die Ermittlungen ergaben, daß Ella Sumawski dieses bereits am vergangenen Sonnabend heimlich zur Welt gebracht hatte. Ob es eines gewalttätigen Todes gestorben war, bedarf noch der Feststellung. Die Leiche hatte das Mädchen in der Schublade seiner Kommode verborgen, bis es eine Gelegenheit gefunden zu haben glaubte, sie durch Verbrennen beseitigen zu können.

Feuerbericht. Mittwochs vormittag 11 Uhr wurde die Wehe nach der Neuen Grünstraße 21 gerufen, weil hier im zweiten Stock des rechten Seitenflügels in einer Wohnung durch einen eisernen Ofen Feuer ausgebrochen war. Der 17. Löschiig konnte die Gefahr leicht beseitigen. Auf der Fahrt zur Brandstelle brach an der Ecke der Kommandanten- und Lindenstraße das linke Hinterrad der Gaspräge vom 17. Zuge. — Derselbe Löschiig hatte dann gegen abend kurze Zeit in der Lindenstraße 99 zu tun. Hier war in einer Ackammer der Graphischen Kunstanstalt von N. Labisch u. Co. durch Unvorsichtigkeit Terpent in Brand geraten. — In der Luisenstraße 41 mußte vorher ein Feuer abgelöscht werden, das den Fuß-

boden und die Balkenlage ergriffen hatte, während in der Großwalderstraße 1 Kartons, Äpfel usw. in Flammen standen. — Abends war dann in der Königsbergerstraße 34 in dem Schaufenster der Konstitutionshandlung von B. Geisler durch eine Gaslampe ein Brand entstanden, der indes vom 17. Löschiig in kurzer Zeit erstickt werden konnte. — Die übrigen Alarmierungen, die noch aus der Frankfurter Allee 47, Kamlerstraße 17 und noch aus einigen anderen Orten einliefen, waren durchweg auf „blinden Alarm“ zurückzuführen.

Das Adressbuch der westlichen Berliner Vororte ist im 2. Jahrgang 1906 (Verlag des „Grunewald“, Berlin - Grunewald, Königs-Allee 6) erschienen. Das auf Grund amtlicher Listen bearbeitete Buch umfaßt die Orte: Grunewald, Halensee, Wilmersdorf, Schömerding, Dahlem, Schlachtensee, Rikolassee, Wannsee, Neubabelsberg und das Gebiet des Grunewalder Forstes. Es enthält einen Pharus-Plan der westlichen Vororte in 10 Farben und einen Separatplan von Wannsee.

Im Verlage von Magnus Kiebling in Berlin SW. Kleinbeerstraße 26, erschien soeben der 29. Jahrgang von Kieblings Berliner Waedeler, praktischer Führer durch Berlin und Umgebung, in einer illustrierten Ausgabe mit 48 Ansichten der hervorragendsten Bauwerke und Denkmäler zum Preise von 1,50 M. für das brochierte, 2 M. für das gebundene Exemplar.

Bogel-Ausstellung. Drei unserer bedeutendsten Vereine für Vogelzucht, die „Canaria“, der „Verein Berliner Taubenzüchter“ und der über ganz Deutschland verbreitete „Verein Deutscher Kanarienzüchter“, veranstalten in der Zeit vom 17. bis 19. Dezember 1904 in den Andreas-Festsaal, Andreasstr. 21, eine große Ausstellung, speziell von edlen Kanariern und erklaffigen Rasen-Tauben. Verbunden mit dieser Ausstellung ist der Verkauf der ausgestellten Tiere; außerdem findet am Dienstag, den 20. d. M. eine Auktion von Kanariern und Tauben statt. Es sind bereits mehrere hundert Aussteller gemeldet.

Im Passage-Vanoptikum ist der Riese Mächow wieder eingeleitet. Er gilt als der größte Mensch, der je gelebt hat. Es ist authentisch nachgewiesen, daß er während der Zeit, die er von Berlin abwesend war, noch um 4 1/2 Zentimeter gewachsen ist.

Theater. „Die Negerlein“. Grottesk-Operette in 3 Akten von Franz Arnold, Musik von Waldemar Bendland, gelangt am ersten Weihnachtstag zur erstmaligen Aufführung am „Central-Theater“. — Lustspielhaus. Zu der am Sonnabend, nachmittags 3 Uhr, stattfindenden Erstaufführung von „Das böse Prinzchen“, ein Märchenpiel für Kinder in drei Aufzügen, ist fast das gesamte Personal des Lustspielhauses beschickigt. — Heute geht im Rational-Theater „Der Millionenbauer“ in Szene. — Im Apollo-Theater treten die amerikanischen Spezialitäten nur bis zum 16. d. Mts. auf.

Aus den Nachbarorten.

Rixdorf.

Der Geist der Provinzial-Schulskommission scheint auch in Rixdorf umzugehen. Der Magistrat sieht es wohl gern, daß die Arbeiter den Steuersädel füllen helfen; ihnen aber zugestehen zu sollen, daß sie nach vollbrachtem Tagewerk etwa in städtischen Turnhallen sich am Gerat und beim fröhlichen Spiel tummeln können - das kann er nicht; zu solcher selbstverständlichen Toleranz hat sich der Magistrat der Arbeiterstadt Rixdorf noch nicht aufschwingen können. Aber nicht genug damit, scheint der Kampf gegen den „Umschwung“ noch in anderer Hinsicht aufgenommen zu sein. Und diesmal sind es „Volksschullehrer“, die darin um die Palme ringen. Von Parteigenossen wird uns nämlich mitgeteilt, daß jüngst in einer hiesigen Gemeindefrühstimmung - angeblich auf Anordnung des Direktors - eine förmliche Razzia nach solchen Kindern stattgefunden habe, die der Jugend-Abteilung der „Freien Turnerschaft Rixdorf-Brig“ angehörend. In diesem Verein - so wurde den Festgestellten eröffnet - dürften sie nicht turnen. Welche Gründe den Herrn Direktor geleitet haben, braucht nicht erst gesagt zu werden; jedenfalls läßt er sehr das bei dem Leiter einer Volksschule nötige Verständnis für das Volksemphynd vermessen. Ein Recht zu solchen Maßnahmen muß ihm unbedingt bestritten werden. Den Vätern solcher eingeschuldeten Kinder aber raten wir - ganz unbeschadet unseres Standpunktes, daß Schule und Haus gemeinsam an der Erziehung wirken sollen -, sich nicht bezirren zu lassen und solchen Uebergriffen entgegenzutreten.

Ein anderes Stüchden, das des komischen Beigeschmacks nicht entbehrt, wird uns noch berichtet: Das Kind eines Genossen hatte seine Schreibhefte in der mit unserer Partei-Expedition verbundenen Schulbuchhandlung gekauft. In der Schule erklärte ihm nun der Lehrer, nachdem er die Bezugsquelle erfahren, die aus diesem Gescheh bezeugenen Bücher seien der reine Schund. Wenn man demgegenüber erwägt, daß von unserem Parteigeschäft nur die vorchristmähigen Bücher und Hefte geliefert, ja daß diese sogar aus der für dieselben einzig in Frage kommenden Handlung bezogen werden, dann weiß man nicht, was man zu solchen Uebergriffen eines Volkserziehers sagen soll.

Spandau.

Bei der heutigen Stadtverordneten-Erskwahl wurde Genosse Emil Köplich mit 563 Stimmen gewählt; sein Gegner, Tischlermeister Weber, erhielt 169 Stimmen. Die Wahlbeteiligung war eine sehr flau.

Unter dem Druck der Verhältnisse hat die Stadtverwaltung doch ein Nachzahl für die Obdachlosen schaffen müssen. Fast schien es, daß dieses Projekt noch im letzten Augenblick scheitern sollte, da der einzige Hausbesitzer, der Stadtv. Ruppe, der für diesen Zweck Mieträumlichkeiten herzugeben sich erboten hatte, seine Offerte zurücksog, als die Stadtverordneten-Versammlung nicht statt abgelehrt, sondern auf Antrag unserer Genossen zunächst örtliche Beschäftigung der betr. Räumlichkeiten beschloß. Nunmehr haben die städtischen Körperschaften folgenden Ausweg gefunden: Die jetzt vom städtischen Eichamt benutzten Räume im Rathaus werden für die Zwecke des Obdachlofenanstalt frei gemacht. Das Eichamt siedelt nach der alten Feuerwerksfabrikerie in der Worlichstraße über, wofür noch ein kleiner Anbau zu machen ist. Die freigegebenen Räume im Rathaus sind ja äußerst primitiv; Genosse Duffsch forderte deshalb auch in der letzten Stadtverordneten-sitzung, daß aus hygienischen Rücksichten noch unzulässig eine Wad- und Desinfektionsgelegenheit mit dem Anst verbunden wird. Sein Antrag, die beschriebene Spezialkommission aus diesen Gründen noch fortbestehen zu lassen, fand Annahme, so daß zu erwarten steht, daß alle die Mängel, welche dieser neuen städtischen Einrichtung anhaften, bald beseitigt werden können.

Weißensee.

Die Gemeindevertretung nahm in ihrer letzten Sitzung die Vorkantgabe der Genehmigung des Vertrages über die Vereinigung der Gemeinde Weißensee mit Neu-Weißensee entgegen. Hierbei wurde der Wunsch ausgesprochen, die Eingemeindung nicht ohne Sang und Klang vor sich gehen zu lassen, wenigstens wolle man durch ein kleines Abendessen mit Bier diesem Akt die rechte Weihe geben; die beiderseitigen Gemeindevertretungen und einige Auserwählte dürfen an dem Feste teilnehmen. Dem Gemeindevorteiler Frensh (Soz.) wurde auf eine Anfrage, ob diese Feier etwa patriotischen Zwecken dienen soll, eine Antwort zuteil, aus der man entnehmen konnte, daß die Herren ganz gern unter sich bleiben wollen. — Der Bericht über die Gemeindeverwaltung für die Zeit vom 1. April 1903 bis zum 31. März 1904 wurde verlesen. — Die Errichtung zweier neuer Lehrstellen zum 1. April 1905 wurde beschlossen, und zwar je eine für die evangelische und katholische Gemeindefrühstimmung. — Das Kuratorium der hiesigen bestehenden Mädchen-Fortbildungsschule teilt mit, daß die Aufbringung der unlosten erhebliche Schwierigkeiten

Bereite; es ist verübt worden, eine Staatsbehilfe zu erhalten, leider ohne Erfolg. Gemeindevertreter Taubmann (Soz.) regte an, für die Mädchen-Fortbildungsschule ebenfalls wie bei den Knaben ein Obligatorium zu schaffen, jedoch schweifte der Antrag an den guten Willen der Mehrheit, die wohl ein sah, daß es das vernünftigste sei, auf diese Art die Schule lebensfähig zu machen; doch hielt man den Antrag für verfrüht. Das bestehende Kuratorium der Knaben-Fortbildungsschule soll die Angelegenheit prüfen und geeignete Vorschläge machen. — Die Festschließung des Brennkalenders für das Jahr 1905 gab unseren Genossen Veranlassung, über die immer noch mangelhafte Beleuchtung des Ortes mit Erfolg Beschwerde zu führen, denn die Beleuchtungskommission wurde ermächtigt, dem Romb größere Aufmerksamkeit zuzuwenden, und wenn dieser Gefelle trotz Aulenderbestimmung sein Licht nicht leuchten lassen will, die Gasanstalt einspringen zu lassen. Ebenso wurde die Vermehrung der Nachtlaternen um 32 beschlossen. Hierbei konnte es sich der Herr Wasserkontrolleur, der mehrfache Hausbesitzer und Fleischbedauer Kotke nicht verheihen, von neuem zu sagen, daß die Kritiker unserer örtlichen Verhältnisse lieber den Weizenfeer Staub von den Füßen schütteln, als fortwährend die Bürgerchaft mit den miserablen Verhältnissen beunruhigen sollten. — Zu dem Pfarrhaus-Neubau in Weizensee hat Neu-Weizensee 12 419,92 M. beizutragen; eine Summe, die gegen die Stimmen der Sozialdemokraten bewilligt wurde. — Die vom Berliner Magistrat herausgegebenen Formulare für die nächstjährige Volkszählung sollen mißbenutzt werden, jedoch wird die Bewilligung der dadurch entstehenden Mehrkosten (800 M.) abgelehnt. — Der von dem Pferdewerks-Richter erzielte Ertrag für eingeleagte Pferde-Kartionen in Höhe von 1600 M. kommt insofern zur Verwendung, daß 1000 M. zur Weihnachtserbahrung für Waisen und Witwen und 600 M. für Feuerung an Arme bestimmt sind, jedoch wird dieses nicht als Armenunterstützung angerechnet.

Pantow.

Eine Vergrößerung des zu Kieselzwecken bestimmten Rittergutes Mühlenteb hat die Gemeinde Pantow durch den Ankauf des 12 Morgen großen Tonwerkes vollzogen. Das Tonwerk, welches sich in Liquidation befindet, ist mit allen Gebäuden für den Preis von 68 000 M. in das Eigentum der Gemeinde übergegangen. Mit dieser Kaufsache ist die Erbauung eines neuen Arbeiterwohnhauses auf Mühlenteb hinänglich geworden. Es wird nunmehr das mit angekauftete Maschinenhaus als Arbeiterwohnhaus ausgebaut werden, womit eine Ersparnis von circa 10 000 M. verbunden sein soll. Die Schwenmkanalisation Pantows geht ihrer Vollendung entgegen und die Einrichtung soll im nächsten Jahre in Betrieb gesetzt werden. Die Kanalisationskommission hat, um Geld zu sparen, weil der Voranschlag schon bedeutend überschritten ist, den unbegreiflichen Beschluß gefaßt, die sogenannten wilde Kieselung in den ersten Jahren vorzunehmen. Man will die Abwässer einfach über die Felder laufen lassen, wodurch der Boden versauert und verjumpt. Ein rationeller Betrieb verlangt die sofortige Drainierung der Felder, welche auch bei wilder Kieselung in kurzer Zeit vorgenommen werden muß. Es handelt sich hier um eine finanzielle Manipulation, welche darauf hinausläuft, den Etat später doppelt zu belasten. Da unsere Genossen in der Kanalisationskommission nicht vertreten sind, so werden sie gezwungen sein, in der nächsten öffentlichen Sitzung Aufklärung zu verlangen.

Schmargendorf.

Kirchlich-sozial. Um die schulentlassene Jugend zu sammeln, hat die Gemeinde einen hier längst gegründeten „Jünglings- und Jungfrauen-Verein“, der unter Leitung eines Pastors steht, für Zusammenkünfte die Turnhalle und andere Schulaume zur Verfügung gestellt. Ein Konflikt mit dem Provinzial-Schullokaleum soll nicht zu befürchten sein. Wir glauben.

Mariendorf.

Die Sitzungen der Gemeindevertretung sind bisher in den seltensten Fällen öffentlich bekannt gegeben worden, so daß die Bürgerchaft nicht instande war, die Verhandlungen zu kontrollieren. Erst zur letzten Sitzung ist eine Ausnahme von diesem Brauch gemacht worden. In einer Versammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins war am 10. Oktober d. J. der Antrag an die Gemeindevertretung gestellt worden, die Bade-Anstalt im Gemeindefachshause aus Erweiterung zur Verfügung zu stellen. Bedauerlicherweise ist dieser Antrag bis jetzt noch keiner Antwort gewürdigt worden. Der Ge-

meindevorstand fand inzwischen andere Mittel des Bedauerns. Es tut ihm leid, daß die Straßennamen so häufig sind. Zeichnungen wie Wiesenweg, Ackerstraße, Feldstraße ziemen sich nicht für einen Ort von 8000 Einwohnern. Die neue, von der Chausseestraße zum Rathaus führende Straße soll jetzt Kaiserstraße heißen. Die Frage der Unterhaltung der Bürgersteige führte in der Gemeindevertretung zu einer lebhaften Debatte. Der Gemeindevorsteher zog verschiedene Entscheidungen des Oberverwaltungsgerichts heran und hatte Lust, gegen die in Betracht kommenden Eigentümer zu klagen. Dem Gemeindevorordneten Hünze gelang es, das Ortsoberrhaupt von diesem schiedlichen Vorhaben abzubringen.

Ober-Schöne weide.

Die Gemeindevertretung hat den Einspruch des Genossen Grunow gegen die erfolgte Proklamation des Eigentümers Birzyl zum Gemeindevorordneten als berechtigt anerkannt. Birzyl hat als Kandidat der Katholiken bei der für ungültig erklärten Wahl unseres Genossen Kaufholt die zweitmeisten, aber nicht die Hälfte der abgegebenen Stimmen erhalten. Hieran stützt sich der Einspruch. Es hat also in Kürze eine Neuwahl stattfinden. — In Sachen der höheren Schule ist für April 1905 die Einrichtung einer Sexta, für welche schon eine größere Schülerzahl gemeldet ist, beschlossen worden. Dem Kommunaldeamenderein bewilligte auf seinen Antrag die Gemeindevertretung 300 M. für eine Unterstüßungs-kasse. In den Schulvorstand wurde auf einen Antrag katholischer Einwohner ein Katholik gewählt. — Die Anliegerbeiträge für neu herzustellende Kanalisationsleitungen sollen von 15 auf 30 M. pro Meter Front erhöht werden. — Für die Feuerwehre ist die Anschaffung einer neuen mechanischen Leiter gutgeheißen worden. Die jetzt vorhandene hat sich für verschiedene Gebäude als zu kurz erwiesen. — Eine Petition der Gemeindebehörde wegen Einrichtung von Nachtlempen für den Ort ist von der Postbehörde dahin beantwortet worden, daß hierfür eine Mindestsumme von 2000 M. sichergestellt werden müßte. Durch Fragebogen will man die Interessenten hierfür zu gewinnen suchen. Der Beschluß der evangelischen Gemeinde-Kirchenbehörde, auch für Verordnungen ohne geistliches Geleit Gebühren zu fordern, fand allseitige abfällige Beurteilung. Daß hierbei auch von Dissidenten diese Beiträge gefordert wurden, bezeichnete Genosse Grunow als für den guten Willen der Kirche sprechend. Im übrigen ergeben sich schlimme Mißstände daraus, daß die Gemeinde die Gebühren für ihren eigenen Friedhof nicht selbst einzieht, sondern dies dem Rister der Kirchgemeinde überläßt, dem sie dafür noch 800 M. zahlt.

Vermischtes.

Ein furchtbarer Sturm herrscht an der schottischen Küste. Der Dampfer „Har“ aus Glasgow ist an der Küste gesunken. Zehn Mann sollen ertrunken sein. Es liegen noch mehr Nachrichten über kleinere Schiffsunfälle vor, bei denen jedoch Verluste an Menschenleben nicht zu beklagen sind.

Terrorismus. In der kapitalistisch-katholischen „Germania“ begeht der gewerdmäßige Sünder gegen das achte Gebot von neuem die Geschmackslosigkeit, über den Terrorismus der — Sozialdemokratie zu jammern. Diesmal muß der Umstand herhalten, daß die Spandauer Parteigenossen kürzlich eine Erklärung erlassen haben, in der sie sagen, daß ein von unserem Genossen Goerke in Charloitenburg herausgegebenes Lohalblatt nicht als Nachfolgerin der eingegangenen Spandauer „Laternen“ zu betrachten sei. Durch diese Erklärung sei Goerke terrorisiert worden. Wer im Klashaufe sitzt, soll nicht mit Steinen werfen, und wenn irgend jemand Ursache hat, das Gerede vom Terrorismus beiseite zu lassen, dann ein Katholik, der es mit seiner Sache gut meint. Das zeigt sich unter anderem an einem Beispiel, das wir in Rosentow's bekanntem Werk „Wider die Pfaffenherzhaft“ finden. Darin wird berichtet:

„Vor Mitte des dreißigjährigen Krieges hat es 245 Päpste gegeben, darunter 24 Gegenpäpste und — nach der lange für historische Wahrheit gehaltenen Fabel — eine „Päpstin“. 19 Päpste haben Rom verlassen, 35 regierten im Auslande, 8 Päpste regierten nicht länger als 1 Monat, 40 1 Jahr, 22 bis zu 2 Jahren, 54 bis zu 5, 57 bis zu 10, 51 bis zu 15, 18 bis zu 20 Jahren und nur 10 Päpste regierten länger als 20 Jahre. Von den 245 Päpsten wurden 31 für Ufurpatoren und Ketzer erklärt, während unter den legitimen Päpsten 64 eines gewalttätigen Todes starben, 18 Päpste wurden vergiftet, 4 erdroffelt, 13 andere starben auf verschiedene

Weise: Stephan VI. wurde erdroffelt, Johann XVI. verbrannt, Johann X. erstickt, Benedikt VI. starb mit der Schlinge am Halse. Von Johann XIV. wird erzählt, er sei Hungers gestorben. Gregor VIII. wurde in einen eisernen Käfig gesperrt, Celestin V. starb durch das Einschlagen von Nägeln in seine Schläfen usw. Die Päpste von Avignon nicht gerechnet, wurden 28 Päpste abgesetzt, vertrieben, verbannt. 29 Päpste konnten sich nur erhalten, indem sie fremde Intervention herbeiführten.“
Heute ist solcher Terrorismus in der katholischen Kirche allerdings nicht mehr üblich. Aber man braucht nur daran zu erinnern, daß die Kirche nach wie vor das Leben altkatholischer Sacerditen und der nicht von ihr purgierten Kleriker mit Exkommunikation bestraft, um die Geschmackslosigkeit des Sünders in der „Germania“ zu verstehen.

Das Eisenbahn-Unglück auf Bahnhof Kuhlhand der Köhlfurt-Hallenberger Straße hat, wie jetzt gemeldet wird, noch weitere Opfer gefordert, so daß nunmehr vier Menschenleben zu beklagen sind. Der Führer Hertel und der Feizer Kluge von der Leertotomotive, die bei dem Zusammenstoß mit dem Güterzuge 8558 ihren Tod fanden, sind inzwischen auf dem Friedhofe in Doyerswerda unter großer Teilnahme beerdigt worden. Die Unglücklichen fanden, vereint wie auf der Todesfahrt, auch nebeneinander die letzte Ruhestätte. Ihren schweren Verletzungen erliegen fünf ferner der Führer und der Feizer des Güterzuges; sie erlitten komplizierte Arm- und Rippenbrüche, während die beiden Bremser mit leichteren Verletzungen davonkamen. Der Materialschaden beläuft sich auf etwa 20 000 M.

Die Brand- und Nordfatastrophe von Oberheina. Das Dunkel, das über dem furchtbaren Drama von Oberheina bei Pulsnitz ruht, ist noch nicht gelichtet. Wie bekannt, ist nur der Schwiegersohn des Freudenbergschen Ehepaars, der Steinbrucharbeiter Thomschke, entkommen und als des Raubmordes verdächtig verhaftet worden. Der Verdacht, die Familienangehörigen getötet und dann das Haus angezündet zu haben, lenkte sich so schreibt man aus Wauben, auf ihn, da er tief in Schulden stecte und seinen Schwiegervater öfters um Geld anging. Gerade kurz vor dem grauenigen Geschehnisse hatte er mit Geldschwierigkeiten zu kämpfen. So konnte er nicht einmal seine Steinbrucharbeiter ablohnen. Außerdem wußte er auch, daß Freudeberg seine Kuh verkauft und daher Geld bei sich hatte. Als die ersten Menschen vor dem brennenden Hause anlangten, soll ihnen Thomschke mit dem Rufe entgegengerufen sein: „Was ist denn los?“ Bei seiner Vernehmung gab er an, daß sein Schwiegervater der Täter sei. Er sei infolge schwerer pekuniärer Verluste plötzlich irrsinnig geworden, habe seine Angehörigen mit der Machade erschlagen, das Haus angezündet und dann sich selbst in die Flammen gestürzt. Diese Behauptung wird durch die Tatsache gestützt, daß man den alten Freudeberg mit einem Strick um den Hals auffand. Doch hat diese Entdeckung noch nicht zur Haftentlassung Thomschkes geführt. Am Orte traut man Freudeberg die Tat nicht zu, da er als ein ruhiger und harmloser Mann bekannt ist.

Briefkasten der Redaktion.

Gretchen. In solchen Sachen kann man nicht raten, weil alles dem persönlichen Takt überlassen werden muß. — G. E. Eine solche Zentralstelle existiert nicht. — S. 1000. Nicht alademlich, dafür durch das Leben und durch Selbststudium um so gelegener vorgebildet. — T. M. Wir haben darüber kein sicheres Urteil. Bedenken Sie sich daher an Herrn v. Vollmar, R. d. R., hier, Reichstagsgebäude am Königsplatz, und zwar freilich oder persönlich. Seine bairische Adresse ist Solenhof am Walden-see, Post Urfeld. — Vogliano. Das befragt Ihnen jede Apotheke. — Steineder. Siehe vorher unter Vogliano. — C. E. 78. Die Antwort würde zu umfangreich ausfallen. Wir können Ihnen daher nur raten, sich vertrauensvoll an die Buchhandlung Bornhörs, Lindenstr. 69, 3. Hof, zu wenden. — E. R. 89. Ohne Cultung keine Antwort. — S. M. 13. Am Reichstagsgebäude vor der Sitzung. Bedenken Sie sich an einen Portier. — C. E. 22. Uns leider unbekannt; existiert wahrscheinlich nicht. — G. G. 66. Das Recht ist minderwertig, daher der geringere Preis. — Goldberg. Der spätere Marschall R. wurde seinerzeit von der preussischen Armee beurlaubt, ging nach Konstantinopel, machte den Feldzug in Kleinasien mit sowie die Entsendung des Botschafters, die trotz seiner strategischen Maßnahme verloren ging. Nach mehrjährigem Aufenthalt im Orient setzte er seine Karriere in der preussischen Armee fort. Der Lebenslauf läßt sich nicht wiedergeben, lesen Sie daher ein Spezialwerk nach. — G. R. 24. Wenn der Preis ein geringer ist, können Sie es riskieren, wenn nicht, so sollten Sie es lieber unterlassen. — Schmidt, Schmidt. Uns nicht bekannt. Das können Sie aber erfahren durch die Redaktion des „Volksblatt“. Halle a. S., Geiststr. 21. — D. J. 100. „Wich“ in beiden Fällen. — E. W. 77. Wir empfehlen Herze grundbesichtig nicht, ebenso wenig wie Rechtsanwält. — Wir oder mich? „Wich“ gewinnt 5 M. —

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, 15. Dezember.
Anfang 7 1/2 Uhr:

Opernhaus. Die lustigen Weiber von Windsor.
Neues königl. Opern-Theater. Weß dem, der lügt!
Deutsches. Golden. Die lustigen Weiber von Windsor.
Berliner. Ein Teufelskern.
Vertrag. Traummuldu.
Welken. Undine.
Nachmittags 3 Uhr: Die Räder.
Thalia. Der Weiberförmig.
Rational. Die Millionenbraut.
Zentral. Der Generalkonjul.
Anfang 8 Uhr:
Wette. Alliance. Die Lugendglocke.
Schiller O. (Ballner-Theater.) Wallensteins Tod.
Schiller N. (Friedrich Wilhelmshöftisches Theater.) Die Gaudenlerche.
Kleines. Des Pastors Riese.
Reibens. Artalespinnen.
Carl Weiss. Senta Wollsbürg.
Lustspielhaus. Der Familienstag.
Luisen. Hamlet.
Trionan. Gaskens Frauen.
Deutsch-Amerikanisches. Rem-Hort.
Metropol. Die Herren von Maxim.
Kosius. In Vertretung.
Apollo. Berliner Lust Amerikanische Sensations-Roolitäten.
Palast. Spezialitäten.
Herrnsfeld-Theater. Beim Lech in Wilden.
Passage-Theater. Die Gefangene. Spezialitäten. Anf. 5 Uhr.
Wintergarten. Spezialitäten.
Weitgehallen. Stettiner Sänges.
Urania. Taubenstraße 48/49. Um 8 Uhr abends: Frühlingstage an der Riviera.
Sternwarte Invalidenstr. 57/62.
Hörssaal: Tierleben in der Wildnis.

P. CASTAN'S PANOPTICUM.

Friedrichstr. 165.

Achmet Effendi
mit sein. sprechenden Puppen.
Abdul Chan,
der geheimnisvolle Zauberer aus Bagdad.
Orientalische Märchenwelt.

Passage-Panoptikum.

Der **Riese Machnow**
ist wieder da!
Der größte Mensch, der je gelebt hat!
Ohne Extra-Entree!

National-Theater

Weinbergstr. 12a-13b.
Donnerstag, den 15. Dezember 1904:
Gastspiel Fritz Werner: Die Millionenbraut.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Freitag: Der Waffenschmied.
Sonabend: Gastspiel Alberti: Die Hugenotten.

Sanssouci.

Kottbuser Tor — Einst. der Hochbahn.
Sonntag, Montag, Donnerstag.
Hofmanns Nordf. Sänger u. Tanzkränzchen.
Diensttag, den 20. und Mittwoch, 21. Dezember:
Weihnachtsbilder.
Bilder aus der Weihnachtszeit in 3 Abteilungen.
An diesen beiden Theaterabenden hat jeder Erwachsene ein Kind frei.

Zentral-Theater

Anfang 7 1/2 Uhr.
Der Generalkonjul.
Operette in 3 Akten v. G. Reinhardt.
Freitag: Der Zigeunerbaron.
Sonabend, nachm. 4 Uhr: Kinder-Vorstellung. Halbe Preise, 2 Kinder ein Billet. Däumelchen. Abends: Die Puppe.

Luisen-Theater.

Hamlet.
Freitag zum erstenmal: Dr. Fausts Hauskätzchen.
Sonabend: Die Reise durch Berlin in 80 Stunden.
Sonntag, nachmittags: Das Käthchen von Heilbronn. Abends: Dr. Fausts Hauskätzchen.
Montag: Die Reise durch Berlin in 80 Stunden.

Kasino-Theater

Lohringstr. 37 (Rosenhaler Tor).
Täglich 8 Uhr. Sonnt. 7 1/2 - 8 Konzert.

In Vertretung.

Wittichschwanz in 3 Akten von Gordon.
Sonntag nachm. 4 Uhr (H. Preise): Wildes Blut.

Passage-Theater.

Anfang d. Abendvorst. 8 Uhr. Anf. nachm. Wochent. 5 Uhr, Sonntags 3 Uhr.

Eudolf Waldmann

Berlins populärster Lieder-Komponist.

Carla Lingen

in ihrer Szene
„Die Gefangene.“
Ein Drama im Kerkerhof.
14 neue erstklassige Nummern.

Residenz-Theater.

Dir.: **Richard Alexander.**
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Herfulespinnen.
Schwank in 3 Akten von Paul Bilhaud und R. Fenouillet. Deutsch von R. Schönau.

Zirkus Schumann.

Heute, Donnerstag, den 15. d. Mtz., abends präz. 7 1/2 Uhr:
Erste große brillante
Gala-Parforce-Vorstellung
und
Münstedts Liliputaner.
reizende
ferner:
Nur noch einige Male der phänomenale
Sprung in den Mond
mit dem **Moto-Cycle, Mlle. Hélène.**
ausgeführt von der tollkühnen Französin
Freitag, den 16. d. Mtz., präz. 8 Uhr:
Große Wohlthätigkeits-Vorstellung
zum Besten des Vereins für Kassenstudien u. Erntungsarbeiten zu Berlin.
Grossartiges Gala-Sport-Programm.

Apollo-Theater.

Abends 8 Uhr:
Berliner Luft.
Musik von Paul Lincke.
9 1/2 Uhr: Die amerikanische Sensations-Novitäten! **Wundersterne**, elektrische Tanzbilder.
The Holloways.
Akrobaten auf dem Drahtseil.
Kasseneröffn. 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.

Etablisement Buggenhagen

Horitzplatz.
Täglich von 12-4 Uhr: Mittagstisch.
In den unteren Sälen jeden Abend 8 Uhr:
Militär-Konzert.
Diensttag, Donnerstag, Sonnabend, Sonntag.
Fritz Steidl-Sänger.
Nach jeder Vorstellung im Kaiseraal **Tanz.**

Zirkus Busch.

Katharina II.
Die Original-Japaner.
„Isako“, engl. Dolmetsch. Hr. Direktor Busch: Steeple-Chaise ohne Reiter. Die dress. Affen des Clovis Armando. Prof. Herrmann: Der Luftschiffer-Afse und die vorzähl. Vogelsammeln.

Deutsch-Amerikanisches Theater.

Köpenickerstr. 67.
Gastspiel Adolf Philipp. Anf. 8 Uhr.

NEW-YORK

Sonntag nachm. 3 Uhr! Halbo Pr.
Ueber'n grossen Teich.

Gebrüder
Herrnsfeld-Theater.
Die härmlich bejaelte Situation's Komödie:

Prinz Levy in Ahlbeck

Schwank in drei Akten von Anton und Donat Herrnsfeld.
Hauptrollen:
Magnus Prinz Levy: Donat Herrnsfeld, Brähdal, dessen Reisebegleiter: Anton Herrnsfeld.
Anfang 8 Uhr. Vorverkauf 11-12 Uhr.

Lustspielhaus

Friedrichstraße 296.
Täglich abends 8 Uhr:
Der Familientag.
Sonabend nachmittag, 17. Dezember, zum erstenmal:
Das böse Prinzchen.
Carl Weiß-Theater.
Große Frankfurter Straße Nr. 132.
Vorleser Kuffnung:
Senta Wolfsburg.
Morgen: Letzte Aufführung Senta Wolfsburg. Sonabend, nachm. 4 Uhr: Kinder-Vorstellung: **Dornröschen.** Abends zum erstenmal: Aus der Märchenwelt (Kostümpfen) bei ganz kleinen Preisen für Groß und Klein.

Metropol-Theater

Die Herren von Maxim.
Große Ausstattungspasse mit Gesang und Tanz in 5 Bildern von Julius Freund.
Musik von Viktor Hollaender.
Inszeniert vom Direktor Richard Schultz.
Henry Bender, Josef Ciampietro, Josef Josephi, Anton Grünfeld, Frid Frid, Fritz Massary.
Das Fest des Lichts. (Ballett.)
Rauchen gestattet. Anf. 8 Uhr.

W. Noacks Theater.

Direktion: Rob. Hill. Blumenstr. 16.
Der Wilddieb.
Weihnachts-Komik in vier Akten von Fritz Dreiner.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Freitag zum letztenmal: Die Kammeliendame. Montag, 19. Dez.: Letzte Vorstellung, vor Weihnachten.

Skala-Theater.

Eintrichstr. 132 (a. d. Friedrichstr.).
Sensationelles Programm!
Moderne Vauzevlanten.
Vollst. mit Gesang in einem Akt, sowie
30 internationale Spezialitäten.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Vor der Vorstellung: Konzert.

Victoria-Brauerei

Lützowstr. 111-112.
Zed. Montag, Donnerstag u. Freitag: Horst's Norddeutsche Sänger.
Jeden Donnerstag nach der Soiree: **Tanz-Kränzchen.**
Täglich: Gr. Böttgerl. Mittagstisch.
Salle zu Vereinsfeiern, Versammlungen usw. zu sehr billigen Bedingungen.

Freie Volksbühne

Dienstag, den 27. Dezember, abends 6 Uhr,
im Rathaus:

III. Kunstabend: Märchen-Abend.

Eintrittskarten à 30 Pf. sind in den bekannten acht
Zahlstellen zu haben.

Die Kinder der Mitglieder haben Zutritt gegen
Vorzeigung einer Einlaßkarte.

Sonntag, 18. Dezember, nachm. 2 1/4 Uhr:
Metropol-Theater. Berliner Theater.
4. Abteilung: Die Juden. 7. Abteilung: Die Karlsschüler.
5. Serie im Berliner Theater: **Die Räuber**
von Friedrich Schiller (im Originaltext).
230/5 Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr:
Wallensteins Tod.
Trauerspiel in 5 Aufzügen von
Friedrich Schiller.

Freitag, abends 8 Uhr:
Heimg'funden.

Sonnabend, abends 8 Uhr:
Heimg'funden.

Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater).
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Die Haubenleiche.
Schauspiel in 4 Akten von Ernst
v. Wildenbruch.

Freitag, abends 8 Uhr:
Mutter Erde.

Sonnabend, abends 8 Uhr:
Die Jüdin von Toledo.

Invaliden - Unterstützungskasse d. Steindruckers u. Lithographen.

Die Beerdigung des am 13. De-
zember verstorbenen Steindruckers
Gustav Weiß
findet statt am Freitag, den
16. Dezember, nachmittags 2 Uhr,
von der Leichenhalle des Dantes-
Kirchhofes (Räckerstraße) aus.
7225 Das Komitee.

Am 11. Dezember, abds. 11 Uhr,
verschied plötzlich am Herzschlag
unser langjähriger Kollege, der
Klempner 7325
Wilh. Fothe
im 54. Lebensjahre.
Ihre feinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Frei-
tag, 16. Dezember, nachm. 3 Uhr,
auf dem Georgen-Kirchhofe, Lands-
berger Allee, statt.
Die Kollegen
der Firma Ferd. Thielemann.

Stadt-Theater Moabit.

Wt-Moabit 47/49.
Gastspiel des Bernh. Rose-Theaters.
Am Altar.
Schauspiel in 4 Akten v. B. Wurmenreich.
Anfang 8 Uhr.
Entrée 30 Pf. Num. Gl. 50 Pf.
Nach der Vorstellung: **Gr. Ball.**
Dienstag, 20. Dez.: Große Extr-
Vorstellung: **Wilhelm Tell.**

Palast-Theater

Burgstr. 22, früher Zeen-Palast.
Das hervorrag. Dezember-Programm.
Eingeschnitten.
Uhr: Weihnachtsbild in 1 Akt.
Vorher: **Spezialitäten I. Ranges.**
O. C. Shields, Komik-Tänzer.
Mary Ellys, Exzentrik-Soubrette.
John Carl, Manipulator und Magier.
Fatma, indische Sängerin.
Rosa Bonnet, Melange-Akt.
Ludwig Grammer,
der bairische Perfekteste, gibt 1000 Pr.
demjenigen, der seine Leistungen nach-
macht.
Freitag: **Nischenbrädel.** Märchen-
spiel in 6 Akten. Kleine Preise!
2 Kinder einen Plat.
Anfang 8 Uhr. Kassenöffnung 7 Uhr.
Entrée 50 Pf.

Trianon-Theater.

Heute und folgende Tage:
Gastons Frauen.
Anfang 8 Uhr.

Morgen Freitag
Zum letztenmal:
Frische Wurst
in
bekanntester Label-
lofer Qualität.
Lindenstr. 69,
Rich. Augustin, Hofparterre.
Bestes Würstchen:
Am Freitag, den 13. Januar 1906.

Kleines Theater Neues Theater.

Bereinigste Bühnen unter der Leitung von **Max Reinhardt.**
Anfang 8 Uhr.

Die stillen Stuben. Die lustigen Weiber von Windsor.
Freitag: Die stillen Stuben. Sonnabend: Salome.

Anfang 8 Uhr.
Freitag: Die lustigen Weiber von Windsor. Sonnabend: Die Morgenröte.

Orts - Krankenkasse der Maler.

Montag, 19. Dezember 1904,
abends 8 1/2 - 9 1/2 Uhr:
Delegiertenwahl der Mitglieder
(254 Delegierte Arbeitsnehmer)
im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15.

Dienstag, 20. Dezember 1904,
vormittags 11 Uhr:
Delegiertenwahl der Arbeitgeber
(127 Delegierte)
im Kassenlokal, Spandauerstraße 5,
7175 Der Vorstand.

Verband der Freien Gast- und Schankwirte Deutschlands.

Ortsverwaltung Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß am 12. d. M. der Kollege
Albert Böhl
Rädersdorfstr. 26 70/2
verstorben ist.
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 16. d. M., nachmittags
2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des
Zentral-Friedhofes in Friedrichs-
felde aus statt.
Uns rege Beteiligung erucht
Der Vorstand. I. A.: Emil Kerlin.

Neue freie Volksbühne

Sonntag, den 18. Dezember, nachmittags 5 Uhr,
in den Industrie-Festhallen, Bouthstr. 19/20:

* * Kinder-Abend * *

unter gütiger Mitwirkung
von Paula Dehmel, Meta Illing, Fri. Gut, Fri. Sant, Frau Beatrice
Mého, Fr. Lucien de Flagny, Fri. Martha Altenberg, Herrn u. Frau
Schütt-Pickart, Herrn Egon Hugo Straßburger, Herrn Rektor
Gramberg und Herrn Wilhelm Kotzde,
arrangiert von Egon Hugo Straßburger.

Eintritt für Mitglieder und deren Kinder gegen Vorzeigung
der Mitgliedskarte frei.

Sonntag, 25. und Montag, 26. Dezember (Weihnachts-Feiertage),
nachmittags 3 Uhr, im Neuen Theater:
Die lustigen Weiber von Windsor.
Komödie von Shakespeare.
Karten für Mitglieder a 1 M., für Gäste a 1,25 M. sind in
allen Zahlstellen zu haben. 151/9
Der Vorstand. I. A.: Heinrich Neft, Kassierer, Veteranenstr. 6.

Herren-Moden Wilhelm Seide,

20. Dresdenerstr. 20, Oranienplatz.
Empfehle mein großes Lager
Paletots u. Jackett-Anzüge
M. 9.-, 12.-, 15.-, 20.-, 25.- u. 30.-
Rock- u. Gehrock-Anzüge
von 18 M. an, in Tuch u. Sammgarn
von 30 M. an. - Maßanfertigung zu
soliden Preisen. Großes Stofflager.
Frack- u. Gesellschafts-Anzüge
werden verliehen. 1124/L*

Somit die traurige Nachricht,
daß unser langjähriges Mitglied,
der Restaurateur 282/19
Albert Böhl,
Rädersdorfstr. 29, am Montag,
den 12. d. Mts., verstorben ist.
Die Beerdigung findet am
Freitag, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der
Leichenhalle des Zentral-
Friedhofes, Friedrichsfelde, aus statt.
Die Mitglieder des Rauchklubs
„Kernspitze“.

WINTERGARTEN

Täglich
Wettrennen
zwischen dem
amerikanischen Radfahrer Walthour
und
1. Berliner Rennfahrern,
2. dem amerikanischen
Rennpferd „Dolly“,
geritten vom Jockey Kreamer.
Das Dezember-Programm
enthält 15 hervorragende Nummern.

Große Vogel-Ausstellung

(Kanarienvogel, Tauben)
vom 17. bis 19. Dezember, Andreasstr. 21, geöffnet von 9-8 Uhr,
verbunden mit Verkauf von Tauben und Kanarienvogel.
Eintritt 50 Pfennige.
„Canaria“. „Verein Berliner Taubenzüchter“.
„Verein Deutscher Kanarienzüchter“.
14092*

Der Verkauf des Max Lachotzkischen Konkurswarenlagers

und der dazu sortierten Waren, bestehend aus
besseren fertigen
Herren-Garderoben
unter anderem:
Ein Posten Herren-Paletots, bish. Verkaufspr. b. 75 M.
jetzt von 7 1/2 Mark an und höher.
Ein Posten Herren-Anzüge, bish. Verkaufspr. b. 70 M.
jetzt von 8 1/2 Mark an und höher.
Ein Posten Herren-Hosen, bish. Verkaufspreis b. 35 M.
jetzt von 4 1/4 Mark an und höher.
Herren-Schlafrocke - Joppen - Westen u.
Stoffe sollen jetzt im Geschäftslokale
Friedrichstraße 105c
zwischen der Kaserne und Weidendammer Brücke
ausverkauft werden. 1416/L

Verein der Lithographen, Stein- drucker und Berufsgen. Deutschl.

Filiale III Berlin.
Todes-Anzeige.
Am 12. d. M. verschied unser
Mitglied und Kollege, der Litho-
graph 282/18
Otto Papenbrok.
Wir werden ihm stets ein
ehrenvolles Andenken bewahren.
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 15. d. M., nach-
mittags 2 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des neuen St. Johannes-
Kirchhofes in Widnessee aus statt.
282/18 Die Ortsverwaltung.

Otto Pritzloys Abnormitäten - Ausstellung

Wannstraße 15.
Zahl der Vorstellungen:
lebender Kuriositäten!
Medizinische Rätsel,
anatomische Wunder.
Riesen! Zwerge!

Gustav Behrens
Spezialitäten-
Theater,
Frankfurter-
Allee 55.
Das neue Dezember-Programm.

Neu! Madame Pompadour mit
ihren Katzen.
Neu! Der Reformrichter.
Neu! Geschw. Norsaah, Gefangs-
buchtisten.
Neu! Mr. Gibson, Neger-Crown,
sowie die übrigen Spezialitäten.

Donnerstag, Freitag, Sonnabend d. W.

nur in meinem Ladengeschäft
16, Dragoner-Strasse 16
Ausnahme-Preise

prima Schellfisch	prima Cablian
klein pro Pfund 20 Pf.	ganze Fische pro Pfd. 30 Pf.
3 Pfund 50	im Ausschnitt . . . 30
mittel pro Pfund 25	pa. Zander . . . 50 u. 60
3 Pfund 65	

und verschiedene andere Fischarten.

Otto Gundermann
Fisch-Großhandlung.

Am Dienstag, den 13. d. Mts.,
starb nach längerer Krankheit mein
innigstgeliebter Mann, unser guter
Vater, Bruder und Schwager
Paul Gieseler
im Alter von 88 Jahren.
Die Beerdigung findet Sonntag,
nachmittags 2 Uhr, von der Leichen-
halle des Markus-Kirchhofes in
Wilhelmsberg aus statt. 7168

Wäsche

Gardinen, Stepp- u. Tischdecken,
Teppiche, auf Wunsch Teilzahlung
1898/9) Bandt, Süsslenstr. 12.

!Wurst!

Land-Zwiebelwurst a Pfd.	60 Pf.
Braunschweig. Kalsleberw.	95
Thüringer Rotwurst	50
Westfälische Mettwurst	65
Pommersche Schlnackwurst	95
Salami	
Westfälische Schinkenwurst	1,20
Wolsteiner Zervelatwurst	1,25
Landspeck (deutsche Schlacht) a Pfd.	70
Landshinken (gar. gepresst)	95
Delikates (Schinken, ohne Knochen,	
2-3 Pfd. je a Pfd.)	1,05
Pomm. Gänsebrüste a Pfd.	1,45

Handelslokal
J. Striepling, Köpnickstr. 150/151
II. Geschäft Invalidenstrasse 147.
III. Brunnenstr. 106 (am
Rolentaler Tor.)
IV. Friedrichstr. 21 u. d. Halle.

Werte Hausfrau

naben Sie schon den Versuch gemacht, bei Tisch und in Ihrer
Küche **MOHRA-Margarine** anstatt Butter zu verwenden?
Ganz abgesehen von der grossen Ersparnis, die Sie machen
(ca. 40 %), ist **MOHRA** der besten Naturbutter gleichwertig
und für Koch- und Backzwecke nahezu unentbehrlich. **MOHRA**
ist in allen einschlägigen Geschäften käuflich. Sie können
MOHRA jederzeit wie Butter gebrauchen, glauben Sie uns

Niemand merkt es!

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß
unser Mitglied, der Schlosser
Otto Vogel
am 9. d. Mts. gestorben ist.
Ihre feinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 15. Dezember,
nachm. 3 Uhr, von der Leichen-
halle des Kirchhofes in Wilhelms-
berg aus statt.
Rege Beteiligung wird erwartet.
102/18 Die Ortsverwaltung.

Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger.
Neu! Der Bassisten-
kampf in Perleberg. Zum
Schluß: Exzellenz kommt
Anfang: 8 Uhr,
Soabend: 7 Uhr.
Montag, 26. Dezbr. (2. Feiertag):
Große Benefiz-Fest-Soiree.
Zum erstenmal: Bei Sateru.
Ein Weihnachtsbild von Reijel.
Anfang 12 Uhr. Entrée 50 Pf.

Liquidations - Ausverkauf.

Unser gesamtes großes Warenlager, bestehend in:
Tafelservicen, Waschgarnituren, Weinglas-Garnituren,
Majoliken, Mettlicher Krügen u. Wandplatten, Meißener
Zwiebelmuster-Tafelgeschirren, sowie Haus- u. Küchen-
geräten, soll **20-50 %** unter dem bisherigen Kostenpreis total
ausverkauft werden. 1479/L*

C. Oberländer's Erben i. Ligu.

Berlin O., Andreas-Str. 19.

Heute nachmittags 4 1/2 Uhr ver-
schied sanft nach langen, schweren
Leiden mein innigst geliebter
Mann, unser herzensguter Vater,
Schwiegerater, Großvater und
Bruder, der Tischler
Friedrich Haack
im 65. Lebensjahre. 7308
Dies zeigen selbsttrüb an
Die trauernden Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet Freitag
nachmittags 1 1/2 Uhr vom Trauer-
hause Reichenderpecker 151 aus
auf dem Gmnans-Kirchhof in
Rixdorf statt.

Am Sonntag verstarb unsere
langjährige Mitarbeiterin
Marie Mönch.
Ihre feinem Andenken!
Personal der Kontobuch-Fabrik
Riesenstein, Zump & Co.
Beerdigung: Donnerstag nach-
mittags 3 Uhr auf dem Nikolai-
Kirchhof, Prenzlauer Allee. 7318

Jahr die vielen Beweise der Teil-
nahme bei dem Hinscheiden und der
Beerdigung unseres lieben Bruders
und Schwagers **Otto Seidel**
sagen wir hiermit allen, insbesondere
dem Nachbarn der Musikinstrumenten-
Arbeiter unserer herzoglichen Pflanz-
Berlin, den 15. Dezember 1904.
Im Namen der Hinterbliebenen:
7318 **Karl Seidel.**

Mordprozeß Berger.

Dritter Tag.

„Leng ist da!“ so hieß es heute, als Landgerichtsrat v. Hochhammer die Sitzung eröffnete.

Zeuge Otto Leng: Ich habe mich feinerzeit selbst der Polizei gestellt; der Verdacht der Täterschaft hat sich in keiner Weise halten lassen...

selbst bei der Polizei gestellt

habe und dort geblieben sei, bis er ins Untersuchungsgefängnis übergeführt wurde. — Rechtsanwalt Bah n: Bei der ersten Vernehmung des Zeugen am 13. Juni hat dieser andere Zeitangaben gemacht...

großer Erregung.

so daß ihn der Präsident wiederholt beruhigen muß. Der Zeuge bleibt dabei, daß seine heutigen Angaben der Wahrheit entsprechen und er nach bestem Wissen die einzelnen Zeitabschnitte angegeben habe...

Es werden alsdann einige Zeugen vernommen, auf die sich der Verteidiger berufen hat, um die Un glaubwürdigkeit der Zeugin Röber nachzuweisen...

Der Verteidiger macht der Zeugin Röber noch eine große Reihe in die Form von Fragen geäußerte Vorhaltungen, um festzustellen, daß ihre Angaben mit denjenigen, die sie in der Voruntersuchung gemacht, in vielen Punkten übereinstimmen seien...

Gutsvorsteher Siebel ist am 15. Juni nachmittags telephonisch benachrichtigt worden, daß in dem Charlottenburger Verbindungskanal in der Nähe des Johannisstifts durch einen Schiffer Leichenteile an Land geschloßt worden wären...

Kindertarne,

die im Wasser schwammen. Er dachte sofort an den Mord der Lucie Berlin. Das fand auch seine Bestätigung darin, daß der Zeuge an den Armen der sonst bloßen Leichenteile die Reste eines rötlichen Luches bemerkte...

Ueber den Fund des Kopfes und der Arme werden noch drei halbtägliche Anaben vernommen, die das Paket zuerst im Wasser haben schwimmen sehen und es herausgeholt haben.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung werden der Arbeiter St ü b l e r und der Polizeiwachmeister K n o l l vernommen. Diese Zeugen machen Angaben über die Auffindung der beiden mit Strümpfen und braunen Knöpfstiefeln an der Sandstrahlbrücke bezogen am Schiffbauerdamm gefundenen Beine...

Die Zeugin Frau Buchholz, eine Schwester der Zeugin Liebetruh, wehrt, daß ihre Schwester einen ähnlichen Korb, wie er auf dem Gerichtstisch steht, besitzen hat, kann aber nicht sagen, ob es derselbe Korb ist.

Ueber die Identität des Korbes werden noch mehrere Zeugen vernommen. Richter Hermann Buchholz, der seit vierzehn Tagen mit der Vorzeugin verheiratet ist, bekämpft, daß die Liebetruh einen solchen Korb besitzen habe...

Zeuge Emil Kühr war 1892—1893 der Bräutigam der Liebetruh und ist auch später noch in deren Wohnung gewesen. Sie besah, wie er sich erinnert, einen kleinen und einen großen Korb, er kann aber näheres über deren Beschaffenheit nicht angeben.

Auf Antrag des Verteidigers wird der Korb vom Zeugenitisch weggenommen, um ihn der nächsten Zeugin erst vorzuweisen, wenn sie eine Beschreibung des Korbes gegeben haben werde.

Johanna Liebetruh.

Sie erklärt auf Befragen des Vorsitzenden, daß sie sich im Jahre 1901 mit Berger in Breslau in aller Form verlobt gehabt habe. Jetzt, seit der Verhaftung Bergers, betrachte sie die Verlobung für aufgelöst...

Korb, bringender Ermahnung zur Wahrheit bekundet die Zeugin Liebetruh, die ihr Alter auf 32 Jahre angibt: Mein kleiner Korb stand in dem großen Reisekorb, in welchem sich schmutzige Wäsche befand...

Insoweit an dem Verflecht, als auch an einer defekten Heinen Stelle an der Schlaufe. Mein Korb war genau so wie dieser. Als ich zum Herrn Kommissar kam, habe ich sofort gesagt: „Da ist ja mein Korb!“...

Es wird alsdann der Zeuge Gottlieb Henschel aus Breslau vernommen. Der Angeklagte war Gast in seiner Restauration und hat sich niemals brutal, sondern stets ruhig betragen...

Bei dem Zeugen Restaurateur Paul aus Schimppe bei Dresden, hat der Angeklagte zur Erholung eines Sommers gewohnt. Er sagt ungefähr daselbe aus, wie der Vorzeuge. Berger habe sich anständig benommen und es sei nichts an ihm anzufehen gewesen.

Restaurateur Kirchner, Berlin kennt den Angeklagten, der bei ihm verkehrte. Er weiß, daß Berger mit Seife gehandelt hat und kann über ihn nichts Schlechtes anfragen.

Auch die Zeugin Frau Sander, bei der Berger im vorigen Jahre kurze Zeit gewohnt, gibt diesem ein gutes Zeugnis. Hier wird die Vernehmung unterbrochen und die Verhandlung auf Donnerstag 1/2 Uhr vertagt.

Soziales.

Der allgemeine obligatorische Kindergarten.

Indem die Sozialdemokratie Preußens sich anspricht, programmatisch auszudrücken, in welcher Form und Ausdehnung sie den Einfluß des Staates und der Kommune auf die Erziehung der Jugend für notwendig erachtet...

In diesem Alter beginnt das Kind der Kinderstube zu entwachsen und erhält die ersten und darum dauerhaftesten Eindrücke von der Welt außerhalb des Heims. Durch schlechte Einflüsse oder auch nur durch Unterlassungen kann jetzt die junge Menschenknope von Grund aus verdorben werden...

Ich will ganz davon absehen, daß es auch böswillige und pflichtvergeßene Mütter gibt. Aber auch die liebevolle Mutter ist darum, weil sie liebevoll und weil sie Mutter ist, noch lange nicht mit erzieherischen Fähigkeiten ausgestattet; und wenn sie es ist, so bedürfte die Fähigkeit immer erst der sorgfältigen fachgemäßen Ausbildung...

Die pädagogischen Methoden für das frühe Kindesalter haben, so ausbaufähig sie immer sein mögen, doch eine sehr achtunggebietende Höhe erreicht, ja sie gehen, wie mir scheint, vielfach von gesünderen Voraussetzungen aus, als es beim Unterricht in unseren Schulen geschieht.

Der allgemeinen obligatorischen Volksschule hat voranzugehen der allgemeine obligatorische Volkskindergarten.

Der Konsumverein Plogwitz beschloß in einer Generalversammlung die Uebernahme eines großen Teiles der Bestände und des Inventars des Konsumvereins, sowie auch die Uebernahme der Mietverträge für die Verkaufsstellen dieses Vereins...

Die „Leipziger Volkszeitung“ teilt mit, daß ihr Berichterstatter zu der Versammlung nicht zugelassen worden sei. Ein Grund dafür wird nicht genannt.

Die Kaufmannswahlen in Würzburg sind dadurch überflüssig geworden, daß nur eine Vorkandidatenliste eingereicht wurde, die nach dem Statut als gewählt gilt, ohne daß die Vernahme eines Wahlergebnisses notwendig wäre.

Wartreise von Berlin am 13. Dezember. Nach Ermittlungen des hgl. Polizei-Präsidenten. Für 1 Doppel-Zentner: Weizen, gute Sorte 17,75—17,78 M., mittel 17,71—17,69 M., geringe 17,67—17,65 M.

Wasserstand am 13. Dezember. Elbe bei Haffig + 0,97 Meter, bei Dresden - 0,47 Meter, bei Magdeburg + 1,77 Meter. — Unstrut bei Straußfurt + 1,55 Meter. — Oberrhein bei Raibitz + 3,05 Meter, bei Breslau Ober-Regel + 5,18 Meter, bei Breslau Unter-Regel + 0,90 Meter, bei Frankfurt + 1,94 Meter.

Witterungsübersicht vom 14. Dezember 1904, morgens 8 Uhr.

Table with columns: Stationen, Temperatur, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Stationsnamen, Temperatur, Windrichtung, Windstärke, Wetter.

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 15. Dezember 1904. Ein wenig wärmer, vielfach neblig, sonst ziemlich heiter, bei mäßigen südlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

